

Stenographischer Bericht

73. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

XIV. Gesetzgebungsperiode – 15. März 2005

Inhalt:

Personelles:

Entschuldigt: Abg. Dr. Reinprecht.

Aktuelle Stunde:

Zum Thema: „Semmeringbasistunnel“.

Begründung der Aktuellen Stunde: Abg. Kröpfl.

Redner: Landeshauptmann Klasnic, Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl, Abg. Mag. Drexler, Abg. Wiedner, Abg. Hagenauer, Erster Landeshauptmannstellvertreter Mag. Voves, Abg. Straßberger, Abg. Schrittwieser, Abg. Bittmann, Abg. Prattes, Abg. Dipl.-Ing. Wöhry, Abg. Stöhrmann, Abg. Ferstl, Landesrat Schützenhöfer, Abg. Gennaro.

1. Zuweisungen, Bekanntgabe von Anträgen und Mitteilungen (4854).
2. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 1666/1, der Abgeordneten Lechner-Sonnek, Hagenauer und Mag. Zitz, betreffend Wirtschaftsförderung für Klein- und Mittelbetriebe.
Berichterstatter: Abg. Hagenauer.
Redner: Abg. Lechner-Sonnek, Landesrat DDr. Schöpfer.
Beschlussfassung.
3. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 2160/1, der Abgeordneten Kröpfl, Dr. Bachmaier-Geltewa, Böhmer, Breithuber, Gennaro, Dipl.-Ing. Grabner, Gross, Detlef Gruber, Margarethe Gruber, Halper, Kaufmann, Mag. Lackner, Petinger, Prattes, Dr. Reinprecht, Dr. Rieder, Schleich und Schrittwieser, betreffend ein Infrastruktursonderprogramm für die Region in und rund um Weiz.
Berichterstatter: Abg. Gennaro.
Redner: Abg. Erwin Gruber, Abg. Gennaro, Abg. Majcen, Abg. Wiedner, Abg. Schleich, Landesrat DDr. Schöpfer, Erster Landeshauptmannstellvertreter Mag. Voves, Landesrat DDr. Schöpfer.
Beschlussfassung.
4. Bericht des Ausschusses für Europäische Integration über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2176/1, betreffend den vierten Vierteljahresbericht 2004 über den Stand der Europäischen Integration.
Berichterstatter: Abg. Ing. Ober.
Redner: Abg. Majcen, Abg. Dipl.-Ing. Grabner.
Beschlussfassung.
5. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 989/2, zum Beschluss Nr. 657 des Steiermärkischen Landtages vom 3. Juli 2002 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Böhmer und Kaufmann, betreffend Haftungsregelungen Futtermittelproduzenten.
Berichterstatterin: Abg. Kaufmann.
Redner: Abg. Kaufmann, Abg. Dr. Forenbacher, Abg. Rieser.
Beschlussfassung.
6. Bericht des Ausschusses für Gemeinden und Sicherheit über den Antrag, Einl.-Zahl 2143/1, der Abgeordneten Schrittwieser, Gennaro, Schleich und Margarethe Gruber, betreffend Aufrechterhaltung der Bundesheerstandorte in der Steiermark.
Berichterstatter: Abg. Schrittwieser.
Redner: Abg. Rieser, Abg. Gennaro, Abg. List, Abg. Dipl.-Ing. Wöhry, Abg. Lechner-Sonnek.
Beschlussfassung.
7. Bericht des Ausschusses für Kultur und Sport über den Antrag, Einl.-Zahl 2161/1, der Abgeordneten Detlef Gruber und Schleich, betreffend eine Landesausstellung „Lebensader Mur“ in der Region um Mureck.
Berichterstatter: Abg. Detlef Gruber.
Redner: Abg. Gangl, Abg. Mag. Zitz, Abg. Böhmer.
Beschlussfassung.

8. Bericht des Ausschusses für Kultur und Sport über den Antrag, Einl.-Zahl 2158/1, der Abgeordneten Mag. Zitz, Lechner-Sonnek und Hagenauer, betreffend Veröffentlichung des Kulturförderungsberichtes auf dem Landes-Kulturserver.
Berichterstatlerin: Abg. Mag. Zitz.
Redner: Abg. Dr. Rauch.
Beschlussfassung.
9. Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform über den Antrag, Einl.-Zahl 1742/1, der Abgeordneten Mag. Zitz, Lechner-Sonnek und Hagenauer, betreffend Versagung der öffentlichen Anerkennung für den Leopold Stocker Verlag durch das Land Steiermark.
Berichterstatlerin: Abg. Mag. Zitz.
Redner: Abg. Mag. Zitz, Abg. Margarethe Gruber, Abg. Mag. Drexler, Abg. Mag. Zitz.
Beschlussfassung.
10. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht des Rechnungshofes, Einl.-Zahl 2116/1, gemäß Artikel 1 Paragraf 8 Bezügebungsgesetz, BGBl. I Nr. 64/1997 für die Jahre 2002 und 2003.
Berichterstatler: Abg. Prattes.
Beschlussfassung.
11. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2163/1, betreffend Sicherstellung der Errichtung der Koralmbahn; Vereinbarung zwischen den Ländern Steiermark und Kärnten sowie der Republik Österreich, HL-AG. und ÖBB.
Berichterstatler: Abg. Dirnberger.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 12.
Beschlussfassung.
12. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2180/1, betreffend Vereinbarung über Betrieb und Finanzierung der Steirertaktleistungen der ÖBB.
Berichterstatler: Abg. Wiedner.
Redner zu den Tagesordnungspunkten 11 und 12: Präsident Purr, Abg. Stöhrmann, Abg. Schrittwieser, Präsident Purr, Abg. Hagenauer, Abg. Wicher, Abg. Straßberger, Abg. Schrittwieser, Abg. Wiedner, Landesrätin Mag. Edlinger-Ploder, Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl.
Beschlussfassung.
13. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2155/1, betreffend Grundeinlösungen für das Bauvorhaben „Triester Straße-Knoten Puntigam bis Kreuzung L 377“ der Landesstraße B 67, Grazer Straße.
Berichterstatler: Abg. List.
Beschlussfassung.
14. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2179/1, betreffend Liegenschaften im Bereich des LKH – Universitätsklinikums Graz; Rücküberweisung des Grundstückes Nr. 23/2, EZ. 1104, KG. 63121 Stiftung im Ausmaß von 1802 Quadratmeter von der Firma J. Hornig Beteiligungsgesellschaft mbH. & Co. KG., Graz an das Land Steiermark zum Kaufpreis von 115.266,38 Euro.
Berichterstatler: Abg. Tschernko.
Beschlussfassung.
15. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2034/2, zum Beschluss Nr. 1615 des Steiermärkischen Landtages vom 19. Oktober 2004 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten List, Dietrich und Ferstl, betreffend die Umsetzung der Empfehlungen des Rechnungshofes hinsichtlich land- und forstwirtschaftlicher Fachschulen in seinem Tätigkeitsbericht über das Bundesland Steiermark – Verwaltungsjahr 2003.
Berichterstatlerin: Abg. Dietrich.
Redner: Abg. Riebenbauer.
Beschlussfassung.
16. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes, Einl.-Zahl 2120/1, betreffend Landeskrankenhaus – Universitätsklinikum Graz, Projekt LKH 2000; Maßnahmen betreffend das Produktionspotenzial für Wein; Teilnahme an der Prüfung des Europäischen Rechnungshofes.
Berichterstatler: Abg. Ferstl.
Redner: Abg. Ferstl, Abg. Kaufmann.
Beschlussfassung.
17. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über den Antrag, Einl.-Zahl 2146/1, der Abgeordneten Lafer und Zierler, betreffend Chefarztspflicht.
Berichterstatler: Abg. Lafer.
Beschlussfassung.

18. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1873/2, zum Beschluss Nr. 1414 des Steiermärkischen Landtages vom 25. Mai 2004 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Majcen, Mag. Koller und Dr. Forenbacher, betreffend Freifahrt für Lehrlinge und KrankenpflegeschülerInnen.
Berichterstatte(r)in: Abg. Mag. Koller.
Redner: Abg. Majcen.
Beschlussfassung.
19. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2162/1, betreffend Hospizstation am Geriatriischen Krankenhaus in Graz.
Berichterstatte(r)in: Abg. Margarethe Gruber.
Redner: Abg. Hammerl.
Beschlussfassung.
20. Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2175/1, betreffend Vereinbarung gemäß Artikel 15 a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern über Sozialbetreuungsberufe.
Berichterstatte(r)in: Abg. Gross.
Redner: Abg. Hammerl.
Beschlussfassung.
21. Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1796/2, zum Beschluss Nr. 1468 des Steiermärkischen Landtages vom 22. Juni 2004 über den Antrag der Abgeordneten Mag. Zitz, Lechner-Sonnek und Hagenauer, betreffend Unterkünfte für Flüchtlinge in der Steiermark.
Berichterstatte(r)in: Abg. Mag. Zitz.
Beschlussfassung.
22. Bericht des Ausschusses für Gemeinden und Sicherheit über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1530/2, zum Beschluss Nr. 1278 des Steiermärkischen Landtages vom 4. Dezember 2003 über den Antrag der Abgeordneten Gross, Margarethe Gruber und Stöhrmann, betreffend Unfallversicherung für ehrenamtliche HelferInnen aller Hilfsorganisationen.
Berichterstatte(r): Abg. Schrittwieser.
Beschlussfassung.
23. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über den Antrag, Einl.-Zahl 2159/1, der Abgeordneten Gangl, List, Bacher, Lafer, Ing. Ober und Tschernko, betreffend Mehrfachtherapeutisches Zentrum – Frühförderung von behinderten Kindern in der Maria-Theresia-Klinik in Bad Radkersburg.
Berichterstatte(r): Abg. Gangl.
Redner: Abg. Gangl, Landesrat Dr. Flecker.
Beschlussfassung.

Beginn der Sitzung: 10.03 Uhr.

Präsident Purr: Hohes Haus!

Heute findet die 73. Sitzung des Steiermärkischen Landtages in der XIV. Gesetzgebungsperiode statt.

Ich begrüße alle Erschienenen, im Besonderen die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic an der Spitze sowie die Damen und Herren des Bundesrates.

Entschuldigt ist Frau Landtagsabgeordnete Dr. Reinprecht.

Die Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Besteht gegen die Tagesordnung ein Einwand?

Das ist nicht der Fall.

Ich begrüße die Damen der Frauenbewegung des Bezirkes Liezen unter der Leitung von Frau Mag. Brigitte Koinegg. (Allgemeiner Beifall.)

Weiters begrüße ich die Schülerinnen und Schüler der Handelsakademie Leibnitz unter der Leitung von Frau Mag. Cäcilia Müller. (Allgemeiner Beifall.)

Vom Landtagsklub der SPÖ wurde ein Antrag auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde zum Thema „Semmeringbasistunnel“ eingebracht.

Gemäß Paragraph 71 GeoLT wird die heutige Landtagssitzung mit dieser Aktuellen Stunde eingeleitet.

Zur Begründung erteile ich dem Erstunterzeichner Herrn Klubobmann Walter Kröpfl das Wort.

Die Redezeit beträgt zehn Minuten.

Abg. Kröpfl (10.05 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, meine Damen und Herren auf der Regierungsbank, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrte Gäste im Zuschauerraum!

„Bahntunnel als Wahlkampfgag“, das war die große Überschrift der „Kronen-Zeitung“ vom 10. März dieses Jahres. Ich muss sagen, leider hat die „Kronen-Zeitung“ meiner Auffassung nach Recht mit diesem Titel, denn das, was hier von der Seite der ÖVP als toller Erfolg für die Steiermark verkauft wird, zeigt sich,

dass es nicht so ist. Ich betrachte diese Vereinbarung oder dieses Gespräch, das da stattgefunden hat zwischen Herrn Schüssel und dem Herrn Landeshauptmann Pröll und unserer Frau Landeshauptmann Klasnic, eher als einen Kniefall der steirischen Frau Landeshauptmann vor dem mächtigen ÖVP-Landeshauptmann Pröll in Niederösterreich.

Dieser Kniefall ist ein sehr teurer Kniefall, weil die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler werden dafür zur Kasse gebeten. Für mich ist es auch deshalb ein Kniefall, verehrte Kolleginnen und Kollegen, weil damit, mit diesem Neustart, es nur einen Nutznießer gibt. Und dieser Nutznießer heißt Landeshauptmann Pröll von Niederösterreich. Und warum? Ich werde Ihnen das begründen. (Abg. Mag. Drexler: „Da sind wir gespannt!“)

Niederösterreich hat, wie wir alle wissen, das Projekt Semmeringbasistunnel ständig verhindert, boykottiert, ja, bis es zum Schluss sogar zu einem Stillstand gekommen ist. Den politischen Nutzen eines Verfahrensabbruches würde einzig und allein der Herr Landeshauptmann haben, denn die bisherigen Naturschutzbescheide des Landes Niederösterreich zum Semmeringbasistunnel wurden von den Höchstgerichten aufgehoben. (Abg. Dirnberger: „Wer hat ausgeschrieben?“)

Tu zuhören, dann lernst was dabei.

Der Verfahrensabbruch durch den Projektbewerber würde weitere, möglicherweise sogar noch unangenehmere Höchstgerichtsurteile für Niederösterreich vermeidbar machen. Mit den nächsten Entscheidungen des Höchstgerichtes wäre aber ohnedies bereits im Mai zu rechnen gewesen. Daher frage ich mich, warum diese Eile, dass man jetzt dieses Projekt plötzlich für tot erklärt?

Noch vor ein paar Jahren, als das erste Mal dieses Projekt beim Verwaltungsgerichtshof anhängig wurde, hat die Frau Klasnic, wenn ich mich recht erinnere, gesagt, jetzt gibt es dann endlich Rechtssicherheit in diesem Staat und sie ist froh, dass dieses Projekt beim Obersten Gerichtshof liegt und sie freut sich schon darauf, wenn die Entscheidung dann für die Steiermark fallen wird.

Ich frage mich jetzt wirklich, warum wartet man nicht das Ergebnis der Höchstgerichte ab, verehrte Damen und Herren? Das muss mir erst einmal jemand erklären.

In diesem Zusammenhang ist auch noch eines äußerst bemerkenswert. Die Betreiber des Projektes Semmeringbasistunnel – das waren früher die Leute von der HL-AG., jetzt von der ÖBB-Infrastruktur Bau AG. – haben noch im Dezember und im Jänner 2004/2005 neue Gutachten eingebracht im Umfang von 500 Seiten, die dieses Projekt, das bestehende Projekt, unterstützen sollten. Warum hat man dann nicht zugewartet und gesagt, wir schauen, was da herauskommt bei den Höchstgerichten? Also, deswegen sage ich, verehrte Damen und Herren, es ist ein Kniefall vor dem mächtigen Landeshauptmann Niederösterreichs, vor dem Herrn Pröll. Damit der nicht sein Gesicht verliert, geht man jetzt daran, dieses Projekt zurückzuziehen.

Sehr geehrte Damen und Herren, Niederösterreich hätte bei einem Abbruch des Projektes noch einen gewaltigen Vorteil, nämlich die Frage nach der Amtshaftung bei laufenden Verletzungen von Verfassungsbestimmungen beziehungsweise durch laufende rechtswidrige Bescheide würden sich bei einem Verfahrensabbruch durch den Projektbewerber für die niederösterreichische Verwaltungsbehörde nicht mehr stellen, da den Projektwerber dann die Haftung treffen würde. Das heißt also, wenn jetzt die Leute von der ÖBB-Infrastruktur Bau AG. dieses Projekt zurückziehen, wäre Niederösterreich wunderbar aus dem Schneider und bräuchte keine Angst vor einer Amtshaftung zu haben.

Aber es stellen sich noch ein paar Fragen dazu: Wer trägt die bisherigen Verfahrenskosten für dieses Projekt, das jetzt angeblich totgesagt werden muss, verehrte Damen und Herren? Durch den Abbruch des bisherigen Projektes kommt es zu verlorenen Aufwendungen und es stellt sich die Frage, wer für diese verlorenen Aufwendungen haftet. Die Haftungsfrage stellt sich ferner auch für den, der für das Verlorengelangen von bereits erstellten Genehmigungen und für das Verlorengelangen von bestehenden Rechtsansprüchen und sonstigen Vorteilen verantwortlich ist. Machen das die Manager der ÖBB-Infrastruktur Bau AG., dann werden sie dafür haften. Oder gehen sie damit in eine Hauptversammlung, so dass die Manager der ÖBB-Holding AG. dafür zuständig sind, dann werden die zur Haftung herangezogen. Oder geht es überhaupt weiter, dass man sagt, auch dort geht man in eine Hauptversammlung, und dann ist dafür die Republik zuständig in der Person des Verkehrsministers? Sie können sich vorstellen, verehrte Damen und Herren, wenn dieses Verfahren so läuft, dann wird das eine Prozesswelle nach sich ziehen, die sich gewaschen hat.

Sehr verehrte Damen und Herren, ich bin neugierig, ob sich wirklich ein Manager findet, der dieses Projekt zurückzieht.

Und noch einmal, verehrte Damen und Herren, es stellen sich noch so viele Fragen dazu. Ich frage mich wirklich, was passiert jetzt mit diesem Waltraud-Stollen? Wir haben dort 93 Millionen Euro hineingesteckt. Vielleicht wird dieser Waltraud-Stollen zu einem großen Wasserreservoir für Niederösterreich. Das wäre ja eine ganz tolle Geschichte. Dann verkaufen wir ihnen wenigstens das Wasser nach Niederösterreich. (Abg. Riebenbauer: „Das ist ja positiv!“)

Noch eines, was auch total bemerkenswert ist. (Abg. Hammerl: „Nasenbohrer!“)

Tu vorsichtig sein, was du sagst. Wenn das der Herr Präsident einmal hört, wenn er einmal zuhören würde, dann wäre das jetzt ein Ordnungsruf, lieber Kollege, weil deine Art, das darzulegen, ist wirklich eine Frechheit, muss ich sagen. (Beifall bei der SPÖ.)

Man kann vieles sagen, aber da tu ein bisschen nachdenken, gelt.

Sehr geehrte Damen und Herren, eines ist aber am Verhalten von Frau Landeshauptmann Klasnic wirklich bemerkenswert. Sie verkaufen etwas als Erfolg, was eigentlich ein Erfolg für Niederösterreich ist, aber kein Erfolg für die Steiermark, Frau Landeshauptmann. Sie bezeichnen es als eine Chance für die Steiermark, wenn ein Projekt, das für die Steiermark so wichtig wäre, auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben wird. Das dauert bis 2020 mindestens, und dabei sollten wir schon längst durch den Tunnel durchfahren. Sie versuchen, den Menschen in diesem Land ernsthaft einzureden, dass bei einem eventuellen Neuprojekt der Landeshauptmann von Niederösterreich plötzlich keine Einwendungen mehr machen wird, obwohl der öffentlich erklärt hat, er kann zu dem Ganzen ja noch gar nichts sagen, es liegt ja noch gar kein Projekt vor. Und was er einwandfrei festgehalten hat, ohne Umweltverträglichkeitsprüfung wird es auch bei einem Projekt Semmeringbasistunnel Neu nicht gehen. Das müsste uns eigentlich zu denken geben, denn das haben wir alles schon gehabt, dass der dann aufsteht und sagt, danke, aber so läuft das mit uns nicht.

Sie werten es als einen Erfolg, wenn ein so genanntes neues Projekt teurer wird. Dabei weiß man bis heute noch gar nicht, was das kosten wird. Da gibt es Schätzungen von 1,25 Milliarden und einige Experten sagen sogar, das wird das Doppelte von dem kosten, was derzeit in Diskussion ist. Und da sagen Sie, das ist ein Erfolg für die Steiermark. Na, ich glaube, wir sollten mit Steuergeldern ein bisserl vorsichtiger umgehen. (Beifall bei der SPÖ.)

Sie, Frau Landeshauptmann, versuchen auch noch, den Menschen etwas einzureden, was mir überhaupt nicht einleuchtet. Sie sagen, wenn der Tunnel jetzt mit zwei Röhren ausgeführt wird, dann ist er umweltträglicher als wenn er mit einer Röhre ausgeführt wird. Also, verehrte Damen und Herren, das muss uns erst einmal erklären, wo es dann diese Probleme, die es bei diesem jetzigen Projekt gibt, nicht mehr geben sollte.

Aber vielleicht werden wir heute in dieser Aktuellen Stunde ein paar Antworten auf unsere Fragen bekommen.

Noch eines zum Schluss, Frau Landeshauptmann: Wenn wir von einem Projekt Neu sprechen, dann müsste doch zumindest ein Finanzierungsvertrag bereits vorliegen. Aber es kann natürlich nicht sein, dass es den gibt, wenn das Projekt noch nicht einmal steht. Es ist angedacht, es ist eine Uraltvariante ausgegraben worden, die man jetzt einbringt und die man diskutiert.

Verehrte Damen und Herren, liebe Frau Landeshauptmann, machen Sie dieses Thema Semmeringbasistunnel nicht wieder zu einem Wahlgag. Sie haben im Jahre 1999 bereits plakatiert „Durchgesetzt“, bis heute leider, leider für die Steirerinnen und Steirer, nicht. Und jetzt gehen wir zurück an den Start. Das ist ein toller Erfolg. Aber ich wünsche mir solche Erfolge für die Steiermark nicht! (Beifall bei der SPÖ. – 10.15 Uhr.)

Präsident: Zur Abgabe einer Stellungnahme erteile ich dem ersten als zuständig bezeichneten Regierungsmitglied Frau Landeshauptmann Klasnic das Wort. Frau Landeshauptmann.

Landeshauptmann Klasnic (10.15 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Aktuelle Stunde heißt, aktuell sein. Semmering heißt, Bahn frei für die Steiermark! Ich bin sehr froh, dass es diese Stunde heute gibt, dass ich manches klarstellen kann. Aber ich sage gleich zu Beginn, warten ist keine Lösung, handeln ist mein Auftrag! (Beifall bei der ÖVP.)

Am 8. März 2005 gab es einen Infrastrukturgipfel mit Herrn Bundeskanzler Schüssel, dem zuständigen Vizekanzler Gorbach, Herrn Landeshauptmann Pröll, Herrn Landeshauptmannstellvertreter Schögggl als Verkehrsreferent dieses Landes und Herrn Landesrat Hiesl aus Oberösterreich, stellvertretend für Oberösterreich und dem Generaldirektor der ÖBB. Nach jahrelangen Diskussionen ist eine Entscheidung gefallen und ich werde Ihnen gleich erläutern, was in der Folge auch alles geschehen ist.

Der Semmeringbasistunnel wird realisiert und das Wirtschaftsdreieck kommt! (Beifall bei der ÖVP. Hochhalten von Tafeln durch Abgeordnete der SPÖ.)

Zweiter Teil. Es kommt ein neues, zweiröhriges Tunnelprojekt durch den Semmering, und nicht nur aus Umweltgründen, sondern vor allem auch aus Gründen der Sicherheit. Die Sicherheit ist das Thema Nummer eins! (Beifall bei der ÖVP.)

Diese Entscheidung bringt nicht nur Arbeitsplätze, bringt nicht nur für künftige Generationen in diesem 21. Jahrhundert eine Geborgenheit und einen Wirtschaftsstandort mit Zukunft, dieses Wirtschaftsdreieck wirkt sich insbesondere auch auf die Stadt Graz aus, die als Drehscheibe für die Zukunftsregion Südost wirkt. Es hat zum Beispiel der SPÖ-Bürgermeister Wallner am Sonntag gesagt, sein Wahlergebnis ist mit der Koralm zustande gekommen. Ich bedanke mich beim Herrn Kollegen Schögggl für die Vorarbeit. Er hat sehr, sehr viel geleistet. Wir waren gemeinsam dann unterwegs und andere sagen dann, ich habe damit das Ziel erreicht. Herzliche Gratulation! (Beifall bei der ÖVP.)

Das Wirtschaftsdreieck Wien–Graz–Linz ist auf Schiene. Es waren hartnäckige Verhandlungen und es waren Voraussetzungen, die nicht einfach waren. Aber ich sage Ihnen, seit 150 Jahren bewegt sich auf dem Bahnnetz, auf dem Schienennetz in Österreich Entscheidendes, und zwar Entscheidendes auch für den Süden Österreichs, auch für die Steiermark. Seit der Ghega-Bahn wissen wir, dass sich nichts verändert hat, über 150 Jahre. Im 20. Jahrhundert haben wir abgebaut, und nicht aufgebaut bei den Geleisen, wenn wir es genau nehmen. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts ist das die größte Infrastrukturentscheidung, die es gibt! (Beifall bei der ÖVP.)

Ich sage, neben der Koralmstrecke, die faktisch der Hebel gewesen ist, wird der Semmering und vor allem auch die Strecke Graz–Linz ausgebaut und nachdem Menschen hier sind, die in Liezen zu Hause sind, wir wissen, was es heißt, eine durchgängige Autobahnverbindung zu haben. Eine europäische Hauptverkehrsachse wird Wirklichkeit und es hat drei Bundeskanzler gebraucht, Herrn Vranitzky, Herrn Klima, aber Wolfgang Schüssel hat es jetzt gemeinsam mit dem achten Verkehrsminister, der mir in der Sache gegenüberstand, umgesetzt und darüber bin ich froh. (Beifall bei der ÖVP.)

Ein 15 Jahre altes Projekt entspricht nicht mehr dem letzten Stand der Planung. (Abg. Gennaro: „Die Steirerinnen und Steirer wissen ohnehin, was sie von den Versprechen halten können!“)

Vielleicht werden mir die Minuten der Zwischenrufe abgezogen. (Präsident: „Am Wort ist die Frau Landeshauptmann!“)

Ich selbst habe im Jahre 2001 um eine Aufplanung angesucht und ich erwarte, dass raschest Detailplanung und Abwicklung vollzogen werden. Die 100 Millionen Euro, die für die Vorbereitung notwendig sind, wurden von der Regierung, sprich vom zuständigen Verkehrsminister Gorbach bereits eingebracht und beschlossen.

Zweiter Teil. Generaldirektor Huber sagt, dass der Tunnel 2018 gemeinsam als durchgängige Strecke in Europa von Ost nach West kommen kann. Dieses Projekt Südbahn entspricht den strukturellen Interessen unseres Landes. Es wird für einen durchgehenden Gütertransport sorgen und ich sage bewusst dazu, auch die Strecke Graz–Linz ist in einer Form auf der Schiene, dass die finanziellen Voraussetzungen geschaffen werden, dass es rasch gelingen kann. Der Wirtschafts- und Lebensstandort unserer künftigen Generationen muss uns am Herzen liegen, viele tausende Arbeitsplätze sind damit verbunden und ich lade alle politisch Verantwortlichen ein mitzuhelfen, und nicht etwas, was uns endlich gelungen ist (Abg. Kröpfl: „Was ist gelungen? Nichts!“) und das schwerstens erarbeitet werden musste, wieder in Frage zu stellen. Das ist nicht die Lösung für die Steiermark und das ist nicht die Lösung für Österreich. Ich sage ja zur Steiermark (Abg. Kröpfl: „Das sagen wir auch!“), ich sage ja zum Wirtschaftsdreieck Graz–Linz–Wien Richtung Klagenfurt und ich sage ja zum Semmeringbasistunnel als Schieneninfrastruktur für das 21. Jahrhundert, der Umwelt und der Sicherheit und unseren Kindern zuliebe! (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Kröpfl: „Das waren schon 1999 die Sager!“)

Ich könnte Ihnen noch vieles an Details erzählen, aber meine einzige Bitte und die einzige Frage ist: „Was haben Sie auf dieser Ebene mir an Hilfestellung geleistet?“ (Beifall bei der ÖVP. – 10.21 Uhr.)

Präsident: Zur Abgabe einer weiteren Stellungnahme erteile ich dem zweiten als zuständig bezeichneten Regierungsmitglied, Herrn Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl das Wort. Herr Landeshauptmannstellvertreter.

Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl (10.22 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, geschätzte Kollegen auf der Regierungsbank, Hohes Haus!

Ich möchte gleich auf die Wortmeldung des Herrn Klubobmannes Kröpfl eingehen. Ich möchte Sie ein bisschen korrigieren. Sie haben gesagt, dieses Projekt ist für die Steiermark wichtig. Das ist schon richtig, aber nicht ganz richtig. Dieses Projekt ist für ganz Österreich und darüber hinaus für ganz Europa wichtig, meine sehr verehrten Damen und Herren! (Beifall bei der FPÖ und ÖVP.) Darum gehen wir es ja an. (Abg. Kröpfl: „Sagen Sie das auch dem Landeshauptmann von Niederösterreich!“)

Tun wir! Ich bitte, mir wohlwollend eine Gutschrift zu erteilen. Der zweite Punkt, Herr Kollege Kröpfl, Sie haben sparsamen Umgang mit Steuergeldern eingefordert. Genau das tun wir, da könnte Ihre Fraktion von uns noch viel lernen, meine sehr verehrten Damen und Herren! (Beifall bei der FPÖ.)

Der dritte Punkt – und es freut mich, dass ein bisschen ein Leben da herinnen ist, danke vielmals –, der dritte Punkt, ich freue mich, dass Sie die seinerzeit von Haider eingeführte Taferltechnik weiter perfektionieren und auch sehr gut einsetzen. Da sieht man, dass diese von Dr. Haider entwickelte demonstrative Technik auch bei Ihnen entsprechende Spuren hinterlässt. Nach langer Zeit, danke vielmals! (Abg. Kröpfl: „93 Millionen im Waltraud-Stollen versenkt!“)

Der vierte Punkt. (Präsident: „Meine Damen und Herren, am Wort ist der Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl. Sie haben die Möglichkeit sich zu melden. Ich merke das gerne vor. Danke!“) Danke vielmals.

Ich gebe Ihnen noch in einem Punkt Recht. Ich gebe Ihnen wirklich in einem Punkt Recht, dieses Projekt, das nunmehr 18 Jahre alt ist und nunmehr 18 Jahre diskutiert wird, mit viel politischem Druck auch verändert wurde – Sie wissen, dass die ursprüngliche Variante diejenige war, die jetzt wieder zur Diskussion steht und richtigerweise zur Diskussion steht auf Grund technischer Gegebenheiten und technischer Änderungen, also dass der Tunnel in Langenwang beginnen soll – das ist ein Projekt, das seinerzeit verändert wurde, und zwar durch eine handschriftliche Weisung des Ministers Klima damals, aus verschiedenen politischen Gründen, dass man jetzt wieder zu einer vernünftigen Lösung zurückkehrt.

Und damit wirklich auch in den Reihen der SPÖ-Fraktion Klarheit herrscht, möchte ich einen sehr einfachen Vergleich wählen, nämlich den Vergleich damit, wenn man sich ein Einfamilienhaus bauen möchte. Man möchte sich ein Einfamilienhaus bauen, hat zuerst einmal Probleme mit der Baugenehmigung, hat einen Entwurf und in 18 Jahren Planung kommt man darauf, dass man eigentlich das nicht richtig angelegt hat, weil man gescheitert geworden ist, weil die Technik fortgeschritten ist. Und dann gibt es zwei Möglichkeiten,

entweder man stellt sich auf den Justamentstandpunkt – (Abg. Kröpfl: „Das ist gut. Er baut den Keller und dann darf er nicht weitermachen!“) bitte, hören Sie mir zu, das ist sehr ernst, ist ein sehr ernstes Problem – man stellt sich auf den Justamentstandpunkt und sagt, ich baue dieses Haus, ich habe zwar keine rechte Freude mehr damit, weil ich mich auch entwickelt habe, weil sich die Technik weiterentwickelt hat, weil sich die Baustoffe weiterentwickelt haben, weil sich die Fenster weiterentwickelt haben. Ich baue dieses Haus in der Form, wie ich es eigentlich gar nicht mehr will und bin dann vielleicht ein Leben lang damit unglücklich.

Vielleicht ist das ein Vergleich, den Sie auch verstehen werden.

Dieses System, neue Südbahn, das, wie wir hoffen, zeitgleich als Ganzes in Betrieb genommen werden wird, als ganz moderne Infrastruktureinrichtung für dieses Land, für diese Republik, hoffe ich, dass es eben zeitgleich, 2018 – (Abg. Detlef Gruber: „Das dauert dann 30 Jahre, bis alles fertig ist!“)

Wissen Sie, ich kann mich an SPÖ-Minister erinnern – ich war damals selber im Parlament –, denen ist nichts anderes eingefallen, als irgendwelche Leute von der Straße wegzuzaubern. Sie können sich daran erinnern, das war ein Minister, der den Kopf immer so schief gehalten hat, damit er entsprechend nachdenken kann, Einem hat er geheißt. Und alle diese Dinge. Da ist nichts weitergegangen. (Abg. Kaufmann: „Das ist eine Frechheit!“ – Abg. Kröpfl: „Superniveau!“) Ihr Niveau. Ich versuche, mich nur auf den gleichen Level einzustellen.

Sie wollen es nicht verstehen. (Beifall bei der FPÖ. – Präsident: „Meine Damen und Herren, ich ersuche Sie um mehr Aufmerksamkeit, um mehr Disziplin!“ – Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Beim Redner einfordern!“)

Der letzte Punkt: Das Projekt ist vernünftig, das Projekt ist richtig, das Projekt ist umsetzbar. Ich sage nur eines dazu, es ist allerdings kein Grund zum Jubeln. (Abg. Kaufmann: „Und zwar?“) Wissen Sie, Frau Agrarsprecherin, Sie sollten sich mit anderen Themen beschäftigen, Sie sind Spezialistin in einem bestimmten Bereich, aber die Verkehrspolitik, wissen Sie, das ist nicht Ihr Thema. (Abg. Kaufmann: „Herr Landeshauptmannstellvertreter!“) Lassen Sie mich doch ausreden. Ich möchte Ihnen ja die Freude machen, Ihnen zu erzählen, was Sie wissen wollen. Es ist kein Grund zum Jubeln. Dieses Projekt von österreichischer und europäischer Bedeutung ist sicherlich ein Projekt, das viele Kräfte brauchen wird, das die Zusammenarbeit aller brauchen wird – auch des Landeshauptmanns von Niederösterreich. Ich habe das auch in der Sitzung angesprochen.

Ich erwarte, dass Niederösterreich, das zwischenzeitlich erkannt hat, dass dieses Projekt auch für Niederösterreich mindestens genauso wichtig ist wie für die Steiermark, weil auch Niederösterreich will nicht umfahren werden, sich konstruktiv einbringt und damit dieses Projekt, das wir nicht bejubeln wollen, sondern gehen wir an die Arbeit, jubeln allein ist zu wenig, gehen wir an die Arbeit, gemeinsam umgesetzt wird zum Wohle unserer gesamten Republik Österreich und zum Wohle unseres Bundeslandes Steiermark. (Beifall bei der FPÖ. – 10.28 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Klubobmann Christopher Drexler. Herr Abgeordneter, bitte.

Abg. Mag. Drexler (10.28 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, sehr verehrte Regierungsmitglieder, meine Damen und Herren!

Es ist normalerweise immer den Grünen vorbehalten, sich besonders ans Publikum zu wenden. Das ist ein sehr charmanter Zug der Grünen. Heute darf ich dem einmal nacheifern und darf vielleicht ganz kurz für die Damen und Herren im Plenum (Abg. Mag. Zitz: „Es ist immer gescheit, die Grünen nachzuzahlen!“), zur Erklärung für die Damen und Herren auf der Zuschauergalerie eine kurze Vorbemerkung machen.

Es waren am Sonntag Gemeinderatswahlen. Da ist jemand noch ganz fiebrig von den Erfolgen, von den so genannten, und es hat der Landtagswahlkampf begonnen. Und das Spektakel, das heute von den Sozialdemokraten inszeniert wird, ist der erste – ein wenig holpertatschige – Versuch, den Landtagswahlkampf mit Dynamik zu erfüllen. Herzlichen Dank! (Abg. Stöhrmann: „Der Herr Oberlehrer ist dabei Noten auszuteilen!“)

Meine sehr verehrten Damen und Herren (Abg. Stöhrmann: „Herr Oberlehrer!“), meine sehr verehrten Damen und Herren, was Sie heute hier erleben ist der Beweis dafür, dass die Sozialdemokraten mit dem Herrn Voves an der Spitze am 8. März dieses Jahres am falschen Fuß erwischt worden sind (Landeshauptmannstellvertreter Mag. Voves: „Das hat die Gemeinderatswahl gezeigt!“), weil am Weltfrauentag hat die erste Frau Landeshauptmann dieser Republik einen der größten Erfolge für die Steiermark gehabt, und das passt euch nicht. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Kröpfl: „Es geht nichts weiter!“)

Am falschen Fuß erwischt in einer Sache, wo ihr in euren Wahlkampfkonzepten drinnen stehen gehabt habt, wahrscheinlich bei der Schwächeanalyse der Mitbewerber habt ihr drinnen stehen gehabt, und beim Semmering geht auch nichts weiter. Das war eine sichere Bank für die SPÖ. Und was ist herausgekommen? Eine sensationelle Einigung, erstmals seit langem Bewegung, ja. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Stöhrmann: „Das ist herausgekommen!“)

Lieber Kollege Stöhrmann, du wirst deinem Namen wieder einmal gerecht. Sogar der Landeshauptmannstellvertreter lächelt.

Aber darf ich euch eines noch ganz kurz sagen, weil ihr immer mit einer Schlagzeile wackelt. Es ist ja, bitte schön, nicht die Aufgabe der Politik, die Medien zu beurteilen. Aber wenn ihr heute mit einer Schlagzeile eines Mediums hier wackelt, das österreichweit dafür bekannt ist, gegen den Semmeringtunnel zu sein, wenn es einmal eine Blattlinie gegeben hat, ja, dann wohl dort, und das sind eure Zeugen. Na bravo!

Also das sind wirklich tolle Zeugen. (Beifall bei der ÖVP.)

Ein Weiteres: Jetzt wird hier heute beklagt, jetzt wird hier heute beklagt von meinem lieben Kollegen Kröpfl, dass gach dann eine UVP notwendig ist, wenn der Tunnel gebaut wird. Herzlichen Dank für den Hinweis – das ist von Haus aus klar. Darf ich Folgendes dazu sagen: Der letzte Durchbruch vor dem Semmeringdurchbruch, den die Frau Landeshauptmann zustande gebracht hat, war auch eine lebensnotwendige Geschichte für die Steiermark. Das war die UVP-Novelle im Nationalrat.

Das hat sogar der Landeshauptmannstellvertreter Voves zu würdigen gewusst, als er im Radio mitgeteilt hat, dass das an sich doch in die richtige Richtung geht. Die, trotz des 21. Jahrhunderts, aber offensichtlich nicht ganz einwandfreien Kommunikationswege innerhalb der Sozialdemokratie haben es aber verhindert, dass sozialdemokratische Abgeordnete im Nationalrat für die UVP-Novelle gestimmt haben. Voves hier dafür, SPÖ-Nationalräte draußen dagegen. Wisst ihr, da brauchen wir nicht mehr darüber diskutieren, wer eine schlüssige Linie für die Steiermark hat und wer sich für dieses Land einsetzt. (Beifall bei der ÖVP.)

Waltraud Klasnic und die Steirische Volkspartei!

Letzter Satz, weil da schon wieder irgendwas blinkt und wackelt bei diesem Pult. (Präsident: „Am Wort ist der Herr Abgeordnete Drexler!“)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein letzter Satz und gleichzeitig ein Appell an die Sozialdemokratie, weil es scheint in diesem Wahlkampf nichts heilig zu sein, auf dem Altar des Wahlkampfes wird alles geopfert, alles geopfert. (Abg. Prattes: „Scheinheilig seid ihr!“)

Es hat in einer entscheidenden Frage für die Steiermark, die Infrastruktur für das 21. Jahrhundert, einen Durchbruch gegeben – mag euch das für den Wahlkampf am falschen Fuß erwischt haben. Aber bitte, wenn es in die richtige Richtung geht, sollten wir eigentlich an einem Strang ziehen (Abg. Gennaro: „Ich hoffe, dass ich das noch erlebe!“), und nicht hier Attentate auf die Steiermark verüben, wie mit dieser Aktuellen Stunde.

Ich appelliere an die SPÖ, sich noch einmal zu überlegen – vielleicht geht es einmal –, nicht dieses Land schlechtreden, nicht alles und jedes in diesem Land verhindern, sondern, bitte (Abg. Kröpfl: „Das macht kein Mensch. Es fällt dir nichts anderes ein!“), bitte einmal an einer zukunftsgewandten Politik für dieses Land teilnehmen. Die Einladung steht, die Frau Landeshauptmann würde sagen, das Miteinander, einmal bitte mit-tun. Dann können wir gemeinsam Erfolge feiern und brauchen uns das nicht anzuhören, wenn die SPÖ an Erfolgen für die Steiermark kein gutes Haar lässt. Das ist nämlich nicht gut für die Steiermark, was seitens der SPÖ hier betrieben wird.

Danke schön! (Beifall bei der ÖVP. – 10.34 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Karl Wiedner. Herr Abgeordneter, bitte.

Abg. Wiedner (10.35 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, meine Herren Landeshauptmannstellvertreter, sehr verehrte Mitglieder der Landesregierung, sehr verehrte Damen und Herren!

Diese Diskussion auf diesem Niveau kennt nur einen Sieger, die Nichtwähler. (Beifall bei der FPÖ.) Wir haben schon das letzte Mal bei der Gemeinderatswahl gesehen, dass gerade in großen Städten bis zu 40 Prozent nicht zur Wahl gegangen sind. Und wer heute hier hinten sitzt und dieser Diskussion zuhört, der wird sich das nächste Mal auch überlegen, noch einen hier zu wählen. (Abg. Kröpfl: „Die Nichtwähler tun dir weh!“)

Liebe Damen und Herren, das, was hier heute abgeführt wird, man kennt sich ja wirklich nicht mehr aus. Einmal sind wir für den Semmeringtunnel (Abg. Kröpfl: „Wir sind für den Tunnel!“), Sie haben zwar Jahre und Jahrzehnte, wie Sie dafür zuständig waren, liebe Kollegen der SPÖ, nichts weitergebracht, sie haben keinen Meter Eisenbahn gebaut quer durch die Steiermark, jetzt geht in dem Fall etwas weiter, jetzt ist natürlich im Herbst Landtagswahl und jetzt muss alles madig gemacht werden. (Beifall bei der FPÖ. – Abg. Kröpfl: „Es wird nichts madig gemacht. Es wäre nur schön, wenn es ein Ergebnis geben würde!“)

Eines ist sicherlich auch nicht angebracht, Frau Landeshauptmann, und zwar übertriebene Euphorie. (Abg. Stöhrmann: „Das hatten wir immer schon!“) Das ist sicher nicht angebracht. Wir haben die Plakate ja schon gesehen und wir haben sie auch im Kopf, was Sie schon alles durchgesetzt haben und was nicht durchsetzbar war. Es war natürlich der Zeitpunkt der Verkündung und des Gipfels schon ein bisschen ein komischer. Der hat schon so ein bisschen gerochen nach der Gemeinderatswahl in Niederösterreich und vor der Gemeinderatswahl in der Steiermark und vor der Landtagswahl in der Steiermark und es war natürlich schon klar, dass man gewisse Erfolge braucht oder zumindest gewisse Erfolge darstellen möchte. Nur, eines ist wichtig, es ist jedes Mittel recht, bei diesem Thema zu einem Erfolg zu kommen. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP.)

Bis jetzt kann man nicht davon sprechen, dass ein großer Erfolg da war. Vielleicht war das jetzt ein Anstoß. Und ich würde alle hier in dem Hause bitten, sich dahinterzuklemmen, sachlich dahinterzuklemmen, nicht nur Polemik jetzt auf den Tisch zu legen und Polemik hier zu verbreiten, sondern sachlich dahinter-

klemmen, jeder in seinem Bereich, jeder auf seiner Ebene, dass wir dieses Projekt schaffen, dass wir diese neue Südbahn bauen und dass wir das alles in einem Zeitraum schaffen, der übersehbar ist. Weil es hilft nichts, an etwas zu hängen, lieber Kollege Kröpfl, ich verstehe dich, ist ja klar, momentan dagegen zu sein ist einmal gut (Abg. Kröpfl: „Wir sind nicht dagegen. Du hast nicht zugehört. Ich habe mit keinem Wort gesagt, dass wir dagegen sind!“), bist einmal sicher, bringt ein paar Wählerstimmen, aber es hilft ja nichts an einem Thema zu hängen, wo wir wissen, wir bringen dort nichts weiter. (Abg. Kröpfl: „Höchstgericht entscheiden lassen!“) Vielleicht setzen wir uns alle an einen Tisch. Das war ein Versuch und das ist auch dem Herrn Vizekanzler Gorbach hoch anzurechnen, dass er versucht hat, diesen gordischen Knoten zu durchschlagen und zu sagen, probieren wir es alle gemeinsam, schauen wir, dass wir eine Lösung zusammenbringen, schauen wir, dass wir die Südbahn in einem Guss bauen und hier nicht anfangen wieder alles, was nur möglich ist, madig zu machen. Liebe Freunde, dass das neue Projekt, und das hat ja der Landeshauptmannstellvertreter schon gesagt, technisch Sinn macht, wissen wir alle, müssen wir zugeben, brauchen wir uns nichts gegenseitig vorzumachen. Wir wissen, dass wir bei der alten Bahn 27 Promille Steigung gehabt hätten, das ist jetzt auf 6 Promille hinuntergegangen, man kann ganz andere Tonnagen fahren, man kann ganz andere Zuglängen fahren, macht ja alles Sinn! Sehr viel mehr Sinn würde es machen, wenn wir alle hinter diesem neuen Projekt stehen. Auch wenn wir sehen, dass eine Landtagswahl kommt, auch wenn wir sehen, dass der Zeitpunkt vor Wahlen gewählt war, aber es hilft uns allen zusammen nichts, liebe Freunde, wenn wir hier auf diesem Niveau alles madig machen, was in der Steiermark weitergeht. Unterstützen wir jene, die hier einen Weg nach vorne finden und unterstützen wir jene, die schauen, dass die Steiermark nicht auf das Abstellgleis kommt. (Beifall bei der FPÖ. – 10.40 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Hagenauer bitte.

Abg. Hagenauer (10.40 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, Kolleginnen und Kollegen, Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ich beginne mit einem Zitat vom Herrn Landeshauptmannstellvertreter Schögggl, der vorhin gesagt hat: „Wir müssen von Jubelmeldungen zu Taten schreiten!“ Das ist genau das, was das Anliegen der Grünen war und was unsere Bedenken waren, als wir diese Meldungen gehört haben, dass der Semmeringtunnel jetzt durchgesetzt sei. Wir führen hier in dem Haus nicht die erste Semmeringbasistunneldebatte, wie Sie wissen. Und nicht alle diese Debatten haben sich durch geistreiche Argumente ausgezeichnet und durch neue Argumente. Sie können es mir glauben, auch ich wäre sehr froh, wenn ich hier nicht heute die 125. Debatte und Wortmeldung zu dem Thema halten müsste und mir persönlich ist es auch sehr schwer gefallen, wie ich diese Meldung gehört habe, mich hinzusetzen und meine Bedenken niederzuschreiben in einer Presseaussendung beziehungsweise zu formulieren gegenüber der Öffentlichkeit. Jemand, der wie die Grünen das jetzt seit vielen Jahren tun, sich für den Eisenbahnbau einsetzt, dem fällt es nicht leicht, in so einer Situation Bedenken zu formulieren, logischerweise. Aber wir waren gezwungen dazu und sind auch hier und heute gezwungen, Folgendes festzuhalten:

Wenn eine derartig wichtige Entscheidung für das Land, und da sind wir uns ja angeblich alle einig, getroffen wird, dann muss man im Interesse dieser Sache alles vermeiden, was irgendwie, es ist gerade vorhin beschworen worden, die Sache allzu tief in die Niederungen der Tagespolitik bringt. Sollte man glauben! Und was ist passiert? Alleine der Termin muss jeden halbwegs begabten Politiker sofort natürlich völlig stutzig machen. Muss es! Wie steht denn jemand da, zum Beispiel ich, wenn er jetzt in dasselbe Jubelgeschrei ausbricht und es stellt sich hintennach heraus, „pass' auf, lieber Hagenauer, was bist denn du für ein einfältiger Tropf, denkst du dir nichts dabei, wenn das genau in derselben Woche bekannt gegeben wird“, und genau in dieser Woche, wo eben zwei Wahlen waren, die in Niederösterreich war vorbei und die in der Steiermark ist vor der Türe gestanden. Stellen Sie sich das einmal vor! Diesen Gedanken kann natürlich jeder, der Verantwortung trägt im Lande, jederzeit nachvollziehen und es musste auch jedem klar sein und war es auch offenbar, was es bedeutet, alleine dieser Termin der Bekanntgabe. Seriöserweise hätte man genau diesen Termin nicht wählen dürfen, sondern genau den hätte man vermeiden müssen, wenn man den Eindruck erwecken will, hier ist jetzt irgendetwas tatsächlich Seriöses im Sinne von Dauerhaftem geschehen. Das ist einmal das Erste.

Das Zweite, was uns natürlich sofort stutzig gemacht hat, es war sehr schön nachvollziehbar in kurzer Zeit, dass die Finanzierung nicht geklärt war. Wir haben sofort in unsere erste Aussendung hineingeschrieben, wir sind gerne bereit mitzufeiern, nichts würden wir lieber tun, aber wir sind verpflichtet darauf hinzuweisen, dass die Finanzierung mit keinem Wort geklärt ist. Die Finanzierung ist offen. Und an ihren Werken sollt ihr sie erkennen! Bundesminister Gorbach hat in diesem Augenblick, wo er interviewt wurde, das erste Mal eine Summe genannt, die war völlig unreal. Er hat sich von der Medienvertreterin noch aufklären lassen müssen, dass das in Wirklichkeit ein Vielfaches braucht und dass er das Geld für den Tunnel schon längst woanders verbratelt hat. Der Minister war auch nicht in der Lage, bis heute irgendeinen Hinweis zu geben, woher er das Geld für diesen Tunnel nehmen wird. Es ist uns allen klar, dass das erst die übernächste Bundesregierung finanzieren muss. Nicht diese und nicht die nächste. Und wenn man nicht in der Lage ist, diese Dinge in der Öffentlichkeit wenigstens anzusprechen, ob man die Maut erhöht, welche anderen Projekte man zurückstellt, sondern man sagt, es wird ein Geld geben und für die Planung stellen wir schon ein Geld auf, das ist nicht seriös und eine derartige Vorgangsweise ist genau diesem fast tragischen Projekt nicht angemessen.

Zum Abschluss möchte ich noch darauf hinweisen, es war augenscheinlich nicht nur der Bundesminister nicht rechtzeitig informiert und vorbereitet, es war auch nachweislich die ÖVP, die ÖBB – Freud schau' oba – es war auch nachweislich die ÖBB nicht rechtzeitig informiert und ist übergangen worden.

So kann man ein derartiges Projekt nicht betreiben.

Noch ein Hinweis: Dieser Generalverkehrsplan und dann in der Folge der Rahmenplan, der erst vor kurzem vorgestellt wurde und der, wie Sie wissen, zahlreiche äußerst schmerzhaft Rückstellungen von Eisenbahnprojekten für die Steiermark gebracht hat, der hat also nicht gehalten und der wird auch in Zukunft nicht halten, wenn er nicht auf seriöse Beine gestellt wird. Der Generalverkehrsplan, den man hier auch in dem Haus so oft bejubelt hat, der ist, wie man sieht, Makulatur, wenn man da nicht eine – und das ist auch die Bundesregierung bis heute schuldig – wirkliche Entscheidungsgrundlage hat. (Präsident: „Bei aller Toleranz muss ich daran erinnern, es ist längst vorbei!“) Bin gleich fertig.

Wenn ich nicht einen Generalverkehrsplan habe, in dem fixiert wird, warum ich welche Eisenbahn von Wien nach Graz baue, von Graz nach Linz, ob der Raum Graz einen Anspruch hat auf eine Hochleistungsverbindung, mit welchem anderen Raum, wenn das nicht schwarz auf weiß drinnen steht, sondern nur dieses Projekt und jenes Projekt, wird wieder das eintreten, was jetzt passiert ist – unter Garantie –, dass nach der nächsten Wahl, nach der übernächsten Wahl in irgendeiner Situation wieder irgendein Landeshauptmann gegen den anderen zieht und wiederum die Projekte gestrichen werden.

Österreich hat keine Grundlage für den Ausbau der Eisenbahn. Auch das ist eine Aufgabe, die die Bundesregierung schuldig geblieben ist und die uns im Zusammenhang mit diesem aktuellen Projekt jetzt und mit dieser Jubelmeldung – unter Anführungszeichen – stutzig macht.

In diesem Sinne danke ich für die Aufmerksamkeit und für die Möglichkeit, meine Redezeit zu überschreiten. Danke! (Beifall bei den Grünen. – 10.48 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Landeshauptmannstellvertreter Mag. Voves.

Landeshauptmannstellvertreter Mag. Voves (10.48 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, geschätzte Kolleginnen und Kollegen auf der Regierungsbank, sehr geehrte Damen und Herren!

Mich hat in dieser Causa ein Schreiben eines Mannes erreicht, dem man wahrlich zugute halten muss, dass er über das alte Projekt wirklich sehr viel weiß und dieses jahrelang begleitet hat. Er war Sekretär dreier Verkehrsminister, die mit dieser Angelegenheit befasst waren und er war ehemaliger Generaldirektor der HL-AG. Ich glaube daher, er war sehr intensiv mit dem alten Projekt beschäftigt. Ich kann es mir nicht ersparen, Ihnen aus seinem Schreiben, das mich erreicht hat, einige Punkte wiederzugeben, was nämlich jetzt die zukünftigen Verfahrensschritte und gutachterlichen Dinge anbelangt.

Er sagt zum Beispiel: Die geologische Erkundung hat sich auf den bisher geplanten Tunnelverlauf erstreckt und ist nur teilweise und mit starken Einschränkungen auf die neuen, seitwärts und tiefer liegenden Tunnel anwendbar und das primär in Niederösterreich, so dass neue Erkundungen mit zusätzlichen Kosten, vor allem in der Steiermark, wo bereits hohe Kosten für einen Sondierstollen getätigt wurden, notwendig werden. Dieser neue Tunnel hat eine um mehr als ein Drittel längere Bauzeit als der bisher betriebene Semmeringbasistunnel. Eine Bauzeit unter zehn Jahren ist daher unwahrscheinlich, wozu noch eine zirka 15-jährige Planungs- und Genehmigungszeit käme, so dass zirka 25 Jahre bis zu einer Fertigstellung verstreichen würden. Auch das entspräche in der Größenordnung den Erfahrungen beim Wienerwaldtunnel und Lainzer Tunnel. Dieser neue Tunnel benötigt ein zweites Mal die vollen Planungs- und Genehmigungszeiten. Diese betragen zum Beispiel beim Lainzer Tunnel und beim Wienerwaldtunnel zirka 15 Jahre. Auch beim Koralm-tunnel sind bereits seit der ersten Übertragungsverordnung zehn Jahre verstrichen und es wird noch Jahre dauern, bis alle Genehmigungen für einen Bau vorliegen werden. 15 Jahre Planungs- und Genehmigungszeitraum sind daher nicht unrealistisch.

Es gibt keine Garantien von Landeshauptmann Pröll – das haben wir alle vernommen –, dass der neue Tunnel genehmigt wird, im Gegenteil. Während auf das laufende Projekt neue Gesetze nicht ohne weiteres angewendet werden können – siehe Verwaltungsgerichtshofsentscheidung –, kann für ein neues Projekt ein verschärftes Naturschutzgesetz sehr wohl zur Anwendung gelangen. Die Projektwerber begeben sich daher in die volle Abhängigkeit von Niederösterreich. In Niederösterreich läge im Gegensatz zur Steiermark die neue Trasse ganz nahe bei der bisher geplanten Linienführung, was sowohl die Höhe als auch die Seite betrifft, so dass die Erkenntnisse des laufenden Naturschutzverfahrens auch für das neue Projekt relevant sind und daher das laufende Verfahren bei einer verantwortungsvollen Vorgangsweise weiter zu betreiben wäre. Wenn aber das derzeit laufende niederösterreichische Naturschutzverfahren abgedreht wird – seine Worte –, können die bisherigen Projektkosten weder für das derzeitige – 100 Millionen Euro Projektkosten und Steuergelder sind bisher geflossen, das sind 1,3 Milliarden Schilling, das sollen wir uns alle ein bisschen vor Augen führen, die sind dann einfach so ins Wasser des Stollens gesetzt –, noch für das neue Projekt genutzt werden. Es stellt sich daher die Haftungsfrage – es wird noch wichtig – für jene Aufwendungen, die durch den Abbruch des bisherigen Projektes zu verlorenen Aufwendungen werden.

Wenn der ÖBB-Infrastruktur-Bau-AG.-Vorstand das laufende Naturschutzverfahren nicht weiter betreibt, ist er zur Haftung verpflichtet.

Nachdem wir diesen Weg sicher gehen werden, weil es nicht so sein kann, dass wir nach 15 Jahren 10 Millionen Euro, das sind 1,3 Milliarden Schilling, investiert haben in dieses Altprojekt und die einfach so im Wasser des Stollens versenkt werden, werden wir uns das auch rechtlich genau anschauen, wer hier zur Haftung herangezogen werden kann. Und dann werden wieder neue Facetten in dieses neue Projekt kommen.

Also, ich wollte Ihnen damit sagen, was der ehemalige Generaldirektor der HL-AG., das heißt der, der das jahrelang betreut hat, gesagt hat. Da wird es also bei neuen Gutachten ordentliche Themen noch geben.

Daher sagen wir eines, es wäre überhaupt nichts dabei gewesen, wenn ÖVP-Abgeordnete im Nationalrat dem Antrag unseres Klubs im Nationalrat zugestimmt hätten oder zustimmen würden – nach wie vor –, dass man wirklich dazu kommt, verfassungsrechtlich eine Änderung vorzunehmen, dass die gesetzlichen Rahmenbedingungen, zu denen der Projektwerber, seinerzeit die HL-AG., dieses alte Projekt eingebracht hat, man dieses Projekt auch wirklich durchsetzt. (Glockenzeichen des Präsidenten.) Das würde uns wirklich viel, viel Zeit ersparen und uns in überschaubarerer Zeit dieses Projekt bringen.

Ich werde den Verdacht auch nicht los, dass der Verwaltungsgerichtshof im April/Mai dieses Jahr sich positiv für das alte Projekt ausgesprochen hätte und dass es sich hier vom Herrn Schüssel ausschließlich um ein Entgegenkommen an den Herrn Landeshauptmann Pröll handelt und keinesfalls, wie Sie von der ÖVP versuchen es dazustellen, um ein Entgegenkommen für die Steiermark. Wir werden den Tunnel wahrscheinlich vor 2025 nicht sehen. (Beifall bei der SPÖ. – 10.54 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Straßberger.

Abg. Straßberger (10.54 Uhr): Danke, Kurt, das habe ich mir auch so gedacht.

Geschätzter Herr Präsident, verehrte Frau Landeshauptmann, geschätzte Regierungsmitglieder, verehrte Damen und Herren Abgeordnete, geschätzte Damen und Herren!

Es tut natürlich schon weh, wenn man eine politische Gruppe genau auf jenem Fuß erwischt, wo sie nicht steht. Verehrte Damen und Herren, es ist schon sonderbar, ein Projekt, das alle wollen, das zum Stillstand gekommen ist.

Durch die Frau Landeshauptmann, durch Bundeskanzler, durch Verkehrsminister, durch den Landeshauptmann von Niederösterreich ist wieder Bewegung hineingekommen. Und jene Gruppe, die immer gesagt hat, ihr bringt nichts zusammen, sagt jetzt nein, das darf nicht passieren. (Abg. Gennaro: „Blödsinn! Das stimmt ja nicht!“)

Kein Blödsinn! Also diese Haltung ist ja wirklich schlimm!

Verehrte Damen und Herren, ich darf Ihnen einmal etwas sagen. Ich bin ein Zeitzeuge. Am 17. Juni 1994 im Nationalrat ist beschlossen worden, 5,2 Milliarden Schilling damals für den Tunnel. Da waren Klima, Scholten, Einem verantwortlich. Bis 1999 habt ihr die Verantwortung gehabt. Können Sie bitte zuhören, Herr Landeshauptmannstellvertreter, weil damals waren Sie noch überhaupt nicht in der Politik. Da habt ihr nichts zusammengebracht und da ist die Schuld einzufordern. Und wenn heute der Landeshauptmannstellvertreter hier großmündig über die Haftung und diese Dinge spricht, ja bitte, 5,2 Milliarden Schilling damals – jetzt kostet es 10 Milliarden – ja, bitte, wer hat denn dieses Zeitintervall verzögert? Ausschließlich die roten Verkehrsminister mit den roten Bundeskanzlern seinerzeit Vranitzky und Klima.

Werte Damen und Herren, es ist schon sehr merkwürdig, was hier diskutiert wird, aber über die Sicherheit (Abg. Kröpf: „Darüber streiten die Experten!“) hat bis jetzt niemand ein Wort verloren, verehrte Damen und Herren! (Abg. Kröpf: „Du kennst dich beim Verkehr auch nicht aus!“) Ja, besser kenne ich mich aus! Du kennst dich bei der Schule aus, aber nicht beim Verkehr! Verehrte Damen und Herren, ein einröhriger Tunnel mit 22 Kilometer Länge mit Gegenverkehr, da frage ich Sie, wo der Sicherheitsaspekt hier ist. Ich darf Ihnen eines sagen – und da war ich auch Zeitzeuge – 2001 mit Frau Landeshauptmann, vor Ort haben wir die Ingenieure gefragt, wie schaut es aus, ist dieser Tunnel überhaupt zu realisieren, da haben alle dort gesagt, in der derzeitigen Sicherheitssituation nicht.

Verehrte Damen und Herren, ich freue mich, ich wohne dort, aber nicht, weil der Tunnel in Langenwang herauskommt, überhaupt nicht, aber weil Bewegung hineingekommen ist und dass wir endlich dieses Projekt in Angriff nehmen. (Beifall bei der ÖVP.)

Dass man das nicht von zwölf bis zu Mittag – Entschuldigung, wenn ich diesen flachen Ausdruck oder Vergleich hier anstelle – erledigen kann, ist keine Frage. Gut' Ding braucht Weile! Ich bin froh, dass hier der Sicherheitsaspekt mit zwei Röhren gegeben ist und letztendlich auch dieses Wirtschaftsdreieck, Infrastrukturdreieck Graz–Linz–Wien und zurück nach Graz kommt. Danke, Frau Landeshauptmann, was du hier zuwege gebracht hast! (Beifall bei der ÖVP.)

Lassen Sie mich zu Ihren Plakaten kommen. Bahntunnel – Wahlkampfgeg. Wissen Sie was, Herr Landeshauptmannstellvertreter, was haben Sie denn bis jetzt in drei Jahren geleistet hier? Sie haben nichts geleistet! Wissen Sie was, Sie haben keine Kompetenz – (Landeshauptmannstellvertreter Mag. Voves: „Haben Sie das Ergebnis in den Gemeinden im Mürztal gesehen?“)

Wissen Sie, was Sie tun? Sie haben keine Kompetenz, eine ordentliche Gage, zwei Chauffeure und fahren mit Bedarfszuweisungen durch das Land und schütten dort das Geld aus. Sie haben sonst nichts zu tun! Geben Sie die Gage zurück. Verehrte Damen und Herren, das ist das Schlimme von Ihnen! (Beifall bei der ÖVP. – Präsident: „Am Wort ist der Abgeordnete Straßberger!“)

Sie sind ein Politiker, der das Land Steiermark ausschließlich schlecht macht. Ich frage Sie, wer ist bei der SPÖ in Niederösterreich Landeshauptmannstellvertreter? Heidi Onodi – ich kann das aussprechen, weil mit der war ich sogar im Nationalrat. Und wo ist denn Ihr Landesrat Schabl? Einstimmig haben Ihre Leute in Niederösterreich überall mitgestimmt. Und wo ist Ihr Einsatz, wo sind Ihre Bemühungen (Landeshauptmannstellvertreter Mag. Voves: „Das werde ich Ihnen noch zeigen“), wo Sie großmundig und großspurig in der Steiermark angekündigt haben, Sie werden mit dem und dem reden? Sie sind nichts anderes als ein Miesmacher (Abg. Kröpfel: „Pass' ein bisserl auf!“) unseres Landes. Aber letztendlich glaube ich, dass es wichtig ist, dass dieses Projekt neu geplant wird, dass die Sicherheitsvorkehrungen dementsprechend sind und ich freue mich schon – ich werde nicht mehr in der Politik sein, wahrscheinlich wir alle miteinander nicht, weil so ein Großprojekt dauert zehn Jahre mindestens, aber wir können uns freuen für die nächste Gruppe, die hier herinnen ist und wahrscheinlich auch beim Banddurchschneiden dabei ist. Das ist die Sache. Danke vielmals, Frau Landeshauptmann und Landeshauptmannstellvertreter Schöggel, der hier mitgewirkt hat. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 11.00 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Schrittwieser.

Abg. Schrittwieser (11.00 Uhr): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! (Präsident: „Meine sehr geehrten Damen und Herren, am Wort ist der Abgeordnete Schrittwieser und ich stelle eines fest: Die Disziplin erhöht das Ansehen des Landtages! Ich hoffe, die Journalisten werden das auch entsprechend darstellen!“)

Kollege Straßberger, was du jetzt hier von dir gegeben hast, ist unerhört, entspricht nicht dem Niveau dieses Hauses, weil so primitiv und so abschätzend, wie du über Leute sprichst, die Tag und Nacht für dieses Land arbeiten, das lehnen wir ab, liebe Damen und Herren! (Beifall bei der SPÖ.)

Ihr könnt ja nicht bei der letzten Wahl in eurer Machtgier die Ressorts alle an euch reißen, dann seid ihr nicht in der Lage, sie auszufüllen, darum passiert ja ein Skandal und eine Niederlage nach der anderen und dann geht ihr her und sagt, die haben nicht die Ressorts, wo sie die nötige Verantwortung auch hätten, meine Damen und Herren. Wir sind froh, dass Voves sagt, „Wir sind bereit für mehr Verantwortung!“ Dieses Land braucht auch eine neue Verantwortung! (Beifall bei der SPÖ.)

Und eines sage ich euch auch, es war bei dieser Gemeinderatswahl deutlich sichtbar. (Abg. Straßberger: „In Thörl nicht!“) Naja, 70 Prozent, lieber Freund, eure Partei hat verloren 2,5, die hat nur mehr 19, da bleib' schön im Dorf! (Beifall bei der SPÖ.)

Und wenn ich bei mir daheim zwei Mandate verliere, lieber Freund, drehe ich da nicht so auf. Weil wie nervös bist denn du, lieber Freund, wenn du bei der Gemeinderatswahl schon so unter die Gürtellinie schlägst, wenn du die Landtagswahl verlierst? Das hältst du überhaupt nicht aus! Weil die ÖVP glaubt, dieses Land gehört ihr, die Einrichtungen dieses Landes gehören ihr und sie glaubt nicht, das gehört den Steirerinnen und Steirern. Daher werden die Steirerinnen und Steirer eine neue Verantwortlichkeit in der SPÖ suchen, wir sind eine erste Alternative mit Voves geworden und die Steirerinnen und Steirer werden das auch bei der Landtagswahl in der Wahlurne zum Ausdruck bringen. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Mag. Drexler: „Ich weiß schon, warum du dich nach Thörl zurückgezogen hast!“) Na, lieber Freund, der Bezirk Bruck an der Mur, falls du es nicht weißt, dessen Vorsitzender ich bin, hat weit über 64 Prozent, also du sprichst nicht über Thörl, sondern über eine Region, wo die Leute längst wissen, dass die Sozialdemokraten die bessere Alternative in diesem Land sind, meine Damen und Herren! (Beifall bei der SPÖ.)

Als Nächstes sagt die Frau Landeshauptmann, „die Bahn geht ab“. Meine Damen und Herren, wenn die Bahn so abgeht, wie der Semmeringtunnel jetzt auf die Schiene gestellt wurde, dann kommt überhaupt keiner mehr an. (Beifall bei der SPÖ.) Weil das, was da passiert ist, dass sich ein Projekt, das vielleicht ohne zusätzliche Umweltverträglichkeitsprüfung umgesetzt hätte werden können, dass ich das in die Wüste schicke, von der Tagesordnung nehme, weil Herr Schüssel und Herr Pröll das nicht wollen und dann nehme ich ein neues Projekt und mache das als große Lösung, zwei Tage nach der Gemeinderatswahl in Niederösterreich und drei Tage vor der Gemeinderatswahl in der Steiermark, meine Damen und Herren, diese Flops, diese Versprechen, diese Wählertäuschungen haben die Steirerinnen und Steirer längst satt und sind auch nicht bei der Gemeinderatswahl honoriert worden und werden auch nicht bei der Landtagswahl honoriert werden, meine sehr verehrten Damen und Herren! (Beifall bei der SPÖ.)

Wenn der Kollege Drexler sagt, dass wir so wenig Zeit haben. Die UVP, wie das Abstimmungsverhalten im Parlament war. Du hast das aber nicht genau angeschaut. Weil die Vereinfachung der UVP gilt ausschließlich für Spielberg und für das Stadion. Der Semmering ist da nicht drinnen, lieber Freund. Dort muss eine volle UVP-Prüfung abgeführt werden und allein mit diesen Verfahren sind 20, 25 Jahre vergangen. Und wenn jeder Fachmann weiß, dass es das neue Projekt vor 15 Jahren bereits gegeben hat, ad acta gelegt wurde aus Sicherheitsgründen, aus Kostengründen und wenn du von der Sicherheit sprichst, in 80 Metern Tiefe ein Bahnhof in Mürzzuschlag. Die Frau Landeshauptmann hat gesagt, der Wirtschaftsstandort Steier-

mark ist wichtig, oder Österreich. Was ist denn da wichtig, wenn ich für die Wirtschaft und für den Transport unserer Güter der Wirtschaft in 80 Meter Tiefe verlege, wo ich gar nicht hinkomme? (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, hier führt die ÖVP die Schiene am Wirtschaftsstandort Mürzzuschlag vorbei, lieber Freund Straßberger. Und du warst ja einmal selbst für den Semmeringtunnel, aber ihr habt nichts anderes, wenn die Frau Landeshauptmann sagt und die Wiener Bundesregierung, die für das Land Steiermark so viel Unheil angerichtet hat und die Frau Landeshauptmann hat den Schlüssel und dieses Unheil immer verteidigt und gesagt, das ist richtig, dann muss ich sagen, ist es höchste Zeit, wenn ihr das noch begrüßt, dass der Tunnel jetzt nicht begonnen wird, dass ein neuer kommen muss, um den Pröll zufriedenzustellen – und da hat der Pröll schon gesagt, ja, ich kann überhaupt nicht sagen, dass ich dafür bin, weil es gibt kein Projekt, das ich beurteilen kann. (Präsident: „Herr Abgeordneter, Ihre Zeit ist abgelaufen!“)

Meine Damen und Herren, dieses Semmeringprojekt ist das größte Politversagen von ÖVP und FPÖ in der Geschichte dieses Landes! Das ist die einzige Wahrheit! (Beifall bei der SPÖ. – 11.06 Uhr.)

Präsident: Die Aktuelle Stunde dauert bereits 60 Minuten. Ich verlängere gemäß der Geschäftsordnung des Landtages die Aktuelle Stunde um weitere 30 Minuten.

Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Bittmann. Herr Abgeordneter, bitte.

Abg. Bittmann (11.07 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, Mitglieder der Landesregierung, abwesender Herr Voves – das bin ich schon gewohnt, dass er davonläuft, wenn ich komme – (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Das ist geistige Hygiene!“), liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörer, liebe Journalisten! (Abg. Böhmer: „Bei solchen Reden muss man nicht dabei sein!“)

Ja, Herr Voves, leider nicht da, macht aber nichts. Wir haben heute wieder gesehen, was für ein Mensch der Herr Landeshauptmannstellvertreter Voves ist. Er ist mimosenhaft, er kann sich seinen eigenen steirischen Nationalräten gegenüber nicht durchsetzen und er ist ein Pessimist. (Abg. Stöhrmann: „Benno, das macht alles nichts, solange er die Wähler gewinnt!“)

Er ist obendrein ein schlechter Redner, denn wenn man sich zu einer Rede meldet, sollte man frei reden und nicht lesen. Und das, was er getan hat, ist, dass er irgendeinen Brief vorgelesen hat. Und da ist natürlich alles wieder schlecht. Ich weiß nicht, wieso der Herr Voves mehr Verantwortung fordert, wenn er alles immer nur pessimistisch sieht. Man kann doch nicht mit Freude für ein Land und seine Menschen arbeiten, wenn man immer nur pessimistisch alles sieht, wenn man ein Pessimist ist. Wie wir heute an der Vorlesung von Herrn Voves gesehen haben, ist er ein Mensch, der zu jeder passenden Lösung ein Problem findet. Sobald die Frau Landeshauptmann, die für dieses Land arbeitet, eine Lösung findet, sobald die Frau Landeshauptmann eine Lösung findet und sich durchsetzt und etwas tut für dieses Land, etwas für die Infrastruktur tut, die so wichtig ist für eine erfolgreiche Wirtschaft und für eine erfolgreiche Industrie, dann frage ich den Herrn Voves – er ist noch immer nicht da, er könnte sich ruhig hertrauen –, Herr Voves, was haben Sie getan? (Abg. Kröpfl: „Sehr kreativ, Benni!“)

Was haben Sie getan, Herr Voves? Nichts! Sie haben nichts getan! (Abg. Kröpfl: „Wahlen gewonnen!“)

Das Einzige, was Ihnen einfällt, Herr Voves, ist, zu einer Lösung wieder ein passendes Problem zu finden. Was haben Sie, Herr Voves, was hat Ihre Partei getan? (Abg. Böhmer: „Wahlen gewonnen!“)

Das ist die Antwort auf die heutige Aktuelle Stunde. An und für sich könnte man, wenn die Frau Landeshauptmann in erfolgreichen Verhandlungen für die Steiermark etwas erreicht, auch eine Aktuelle Stunde nutzen, um den Steirerinnen und Steirern zu sagen, was für sie getan wird – zukunftsweisende Projekte, ein Sicherheitsprojekt. Sie reden von Wahlkampf und Kniefall, ich rede vom Wirtschaftsdreieck Graz–Wien–Linz und von Sicherheit. Und das ist der Unterschied.

Während ich Sie fragen muss, was Sie getan haben, was haben Sie getan, Herr Voves – er ist natürlich wieder nicht da –, setzt sich die Frau Landeshauptmann durch und das heißt für die Steiermark Gott sei Dank Bahn frei. (Beifall bei der ÖVP. – 11.11 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Prattes.

Herr Abgeordneter Prattes, ziehen Sie Ihre Wortmeldung zurück? Ich habe Sie aufgerufen. Ziehen Sie Ihre Wortmeldung zurück?

Abg. Prattes (11.11 Uhr): Herr Präsident, Vertreter der Landesregierung, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Der Klubobmann Drexler hat gesagt, in einer fiebrigen Art und Weise findet heute die Aktuelle Stunde statt. Ich sage, die Sozialdemokraten nehmen das Wahlergebnis mit Freude und auch als Auftrag, gut weiterzuarbeiten, zur Kenntnis. (Beifall bei der SPÖ.)

Aber offensichtlich befinden sich einige von der ÖVP noch im Wachkoma. Das soll auch dahingestellt sein. Ihr werdet nachdenken, was man besser machen kann.

Weil von fiebrig gesprochen wird, meine sehr verehrten Damen und Herren, gestern am Abend in der „ZIB 2“ wurde über die chefarztpflichtigen Medikamente gesprochen. Man spricht aber auch, dass man Genetika entwickeln kann, ist gut, wird auch billiger. Aber was ganz schlecht ist, ist ein Placebo, meine sehr

verehrten Damen und Herren. Sie wissen eh, was ein Placebo ist? Ich rede dir ein, das hilft, aber es wirkt nicht. Und um genau so etwas handelt es sich bei diesem Semmeringtunnel Neu. Das ist ein Placebo, wo man die Steirerinnen und Steirer für blöd verkauft, meine sehr verehrten Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich brauche ja nur hernehmen: Im Jahr 2002 wurde der viel gepriesene österreichische Generalverkehrsplan vorgestellt. Nun, was wissen wir jetzt? Nach zweieinhalb Jahren gilt der schon nicht mehr und es gibt den so genannten ÖBB-Rahmenplan. Jetzt frage ich mich, wir haben uns damals gegen diesen Generalverkehrsplan ausgesprochen, weil er die Steiermark ins Abseits setzt, aber was jetzt mit dem ÖBB-Rahmenplan passiert, meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist ja noch viel wahnsinniger, das liest sich ja wie ein Horrorbuch.

Die Tunnelsicherheit, Bosrucktunnel, Verzögerung der Fertigstellung von 2008 auf 2015, die Schleife Selzthal von 2006 auf 2019. Der zweigleisige Ausbau Stainach–Wörschach gestoppt, ist in diesem Rahmenplan nicht enthalten. Die Ennstalbahnhöfe Liezen und Gröbming von 2011 bis 2020. Das kann ich fortsetzen. Bruck an der Mur–Graz von 2006 auf 2011 und, und, und.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Herr Kukacka hat ja damals gesagt, der Generalverkehrsplan ist dieses Papier nicht wert, worauf er steht. Es stimmt, es stimmt, und es ist auch das nicht wert, was jetzt gesprochen wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deshalb sage ich Ihnen Folgendes: Wir wollen die Umsetzung des bestehenden Semmeringbahntunnelprojektes jetzt. Wir wollen den Bau der für die steirische Wirtschaft so notwendigen Nordsüdachse jetzt, meine sehr verehrten Damen und Herren. Die Industriellenvereinigung, die Wirtschaftskammer, alle fordern es, nur bei uns geht nichts weiter.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, noch etwas: Wir wollen den Ausbau des S-Bahn-Konzeptes für die Steiermark – für uns immens wichtig – jetzt und nicht irgendwann hin verschoben haben, denn mit Fertigstellungsterminen bis 2020 führt der Weg – da kann man reden, wie man will – der Steiermark in das verkehrspolitische Abseits. Wir wollen – und jetzt passt bitte auf –, dass der Steirische Panther einen kräftigen Sprung in eine gute Zukunft tut. Wir wollen nicht, dass der Sankt Nimmerlein der neue Landespatron der Steiermark wird. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 11.15 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Wöhry. Herr Abgeordneter, bitte.

Abg. Dipl.-Ing. Wöhry (11.15 Uhr): Meine Damen und Herren!

Es ist wieder eine dieser Aktuellen Stunden, wo die Sozialdemokratische Partei versucht, aus einem wichtigen steirischen Thema wahlkampfpolitisch Erfolge einzuheimsen. Ich finde das deshalb verwerflich, weil die Sozialdemokratische Partei bei dieser Diskussion ein Projekt schlecht macht, das weit über die Steiermark und Österreich hinaus eine wichtige Dimension hat. Jeder, der diesen Bahntunnel als Wahlkampfgag bezeichnet, sehr geehrter Herr Klubobmann, hat die Dimension dieses Projektes missverstanden. (Beifall bei der ÖVP.)

Und wenn hier von Seiten der Sozialdemokratie festgestellt wird, dass dieses Projekt ein Kniefall der Steiermark vor Niederösterreich war, so habt ihr die Dimension auch nicht verstanden. Festzuhalten ist, dass es sich um eine wichtige Verbindung europäischer Dimension handelt und dass wir das Wirtschaftsdreieck Linz–Wien–Graz zu schaffen haben. Es geht hier um die Anbindung an wichtige Wirtschaftsräume und vor allem geht es auch darum, dass wir mit einem modernen Projekt die Sicherheit und Leistungsfähigkeit dieser Verbindung für das nächste Jahrtausend garantieren. Aber es ist dasselbe Verhaltensmuster bei diesem Großprojekt, das die Sozialdemokratie überall an den Tag legt. Ich erinnere zurück. Wie war die Haltung der Sozialdemokratie zum A1-Ring, dem man heute so nachtrauert? Ihr wart dagegen! Wie war die Haltung der Sozialdemokratie zu Olympia in der Steiermark? Ihr wart dagegen! Ich weiß noch, wie ihr im Bezirk gearbeitet habt, alles schlecht gemacht, alles mies gemacht, alles verhindert und der Region eine große Perspektive genommen habt! (Abg. Kröpfl: „Wir können es nicht schlecht machen, weil es das noch nicht gibt!“)

Den eigentlichen Vogel hat aber heute der Herr Landeshauptmannstellvertreter Voves abgeschossen. Es braucht wirklich eines pensionierten Generaldirektors der ÖBB, damit man bei einem Tunnelprojekt feststellt, erstens – (Unverständlicher Zwischenruf.)

Nein, er ist der inkompetente Vollstrecker! Es ist wirklich bemerkenswert, dass die Feststellung von einem Generaldirektor der ÖBB getroffen wird, dass es einer geologischen Erkundung bedarf, damit man einen Tunnel baut. Glück auf! Es ist auch höchst interessant und eine völlige Neuigkeit für uns, dass eine Planung einen gewissen Zeitraum dauert. Es ist auch völlig unerwartet und überraschend für uns, dass es Planungs- und Verfahrenskosten gibt. Und besonders bemerkenswert ist die Feststellung, dass eine UVP notwendig sein wird. Ja, meine Damen und Herren, wo lebt denn ihr überhaupt? Habt ihr überhaupt keine Ahnung von einer Planung? Wenn man nämlich die Gedanken des Herrn Landeshauptmannstellvertreters Voves logisch und konsequent weiterdenkt, dann müsste das bedeuten, wenn wir lange Planungszeiträume haben, wenn wir Verfahrenskosten haben, wenn es eine UVP gibt und wenn es geologischer Erkundungen bedarf, dann müsste das, logisch weitergedacht, bedeuten, wenn wir uns vor dem allen so fürchten, wir planen überhaupt nichts mehr, wir setzen nichts mehr um und tun genau das, was ihr tut, wir lehnen uns zurück und schimpfen darüber, dass in dem Land nichts weitergeht. Aber dazu sind wir nicht bereit! (Beifall bei der ÖVP.)

Vielleicht macht der Herr Landeshauptmannstellvertreter im Anflug einer Vision bei einer Vollmondnacht im Wintergarten eine Planung für den Semmeringbasistunnel, der nichts kostet. Jedenfalls wir können auf dieser Basis nicht arbeiten. Wenn Sie dann auch noch den Anspruch erheben, „wir sind bereit für mehr Verantwortung“, und diese Punkte zitieren und diese Punkte als Problemfelder eines Projektes bezeichnen, dann kann ich nur sagen, gute Nacht Steiermark! (Beifall bei der ÖVP. – 11.20 Uhr.)

Präsident: Herr Abgeordneter Stöhrmann bitte. Redezeit fünf Minuten, für alle gleich.

Abg. Stöhrmann (11.20 Uhr): Sehr verehrter Herr Präsident, verehrte Mitglieder der Landesregierung, Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herr Ing. Odo Wöhrly hat viel über Planung gesprochen, nur selbst fehlt ihm scheinbar der Plan, gleich wie er manchmal auch Ihnen fehlt, Frau Landeshauptmann. Da nehme ich nur das Beispiel des Österreicherins, der auch hier angezogen wurde, der – ich weiß es noch immer nicht, befindet er sich in Flatschach oder doch in Spielberg – eines weiß ich ganz genau, weil ich im Bezirk Mürzzuschlag beheimatet bin und weiß, dass die seinerzeitige Errichtung der Semmeringbahn durch Ghega die Voraussetzung war, dass das Mürztal und dann auch das Murtal wirtschaftlichen Aufschwung erlebt haben und erleben durften. Und eines weiß ich auch und das weiß der ganze Bezirk, außer dem Kollegen Straßberger scheinbar, dass die Modernisierung dieser Semmeringbahn lebenswichtig für die Südbahn und damit für unseren Bezirk ist. Nicht der Seebergtunnel, für den du dich immer stark machst oder sonstiges, sondern in erster Linie die Semmeringbahn.

Wenn du vom Zurückzahlen sprichst, lieber Josef, und damit unseren Herrn Landeshauptmannstellvertreter meinst, dann begeben wir uns auf dieses Niveau und frage dich, wann du zurückzahlst, nämlich deine Gage, die du vom Finanzamt bekommen hast.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in diese Richtung sollte es nicht weitergehen. Wichtig ist dieser Tunnel und er wäre wichtig und er wäre seit 15 Jahren bereits im Bau, wenn es nicht Pröll gegeben hätte. Darum, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist dieser Verkehrsgipfel, der da stattgefunden hat und bei dem auch die Frau Landeshauptmann neben Herrn Landeshauptmann Pröll und Schüssel gestanden ist und gesagt hat, jetzt haben wir den Durchbruch erreicht, ist wirklich nichts anderes als ein Wahlkampfschmäh. Denn Sie hätten damals schon hören müssen, Frau Landeshauptmann, wie ihr Kollege Pröll an diesem Tag und an diesem Abend gesagt hat, zuerst eine Planung, dann werde ich mir diese Planung anschauen und dann werden wir weitersehen. Die gleiche Vorgangsweise wie sie bis jetzt gehandhabt wurde und wer Pröll kennt, weiß, was dabei herauskommt.

Man hat nichts anderes getan, als schnell vor den Wahlen noch einmal einen Gag zu landen probiert und der ist leider in die Hose gegangen. Er ist so gründlich in die Hose gegangen, dass sich das Land und auch die Medien und die Presse schon über diese Art und Weise der Politik lustig machen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das ist traurig. Wenn Sie die Radiosendungen der vergangenen Tage gehört haben, wo das Publikum gefragt wurde, sie sollen Anregungen und Ideen liefern, was mit diesem Waltraud-Stollen, der übrigens rund 100 Millionen Euro gekostet hat, passieren soll, dann haben sich die Menschen in der Steiermark darüber lustig gemacht. Das finde ich traurig, denn wie schon eingangs gesagt, die Modernisierung des Semmeringtunnels ist eine ganz wichtige Voraussetzung für unsere Region. Dazu stehen wir, das wissen wir und dafür werden wir auch kämpfen, auch wenn es die ÖVP-Abgeordneten im Bezirk nicht tun. (Beifall bei der SPÖ. – 11.24 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Ferstl.

Abg. Ferstl (11.24 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, meine Damen und Herren der Landesregierung, geschätzte Abgeordnete!

Das alte Projekt ist tot, das eine Projekt vom 94er-Jahr, das 5 Milliarden Schilling gekostet hätte, wurde gar nicht gebaut, weil sich die damaligen Regierungsverantwortlichen und der Verkehrsminister nicht darübergetraut haben. Das letzte Projekt ist aus der Sicht der Niederösterreichischen Landesregierung, also durch Pröll, gescheitert. Jetzt gibt es einen Neubeginn, meine Damen und Herren. Und zum ersten Mal sitzen alle in einem Boot, hat Bundeskanzler Schüssel gesagt, und der Landeshauptmann Pröll aus Niederösterreich hat gesagt, ein positiver Schritt. Er hat in keinsten Weise gesagt, dass er dagegen ist. Er hat auch nicht gesagt, dass er dafür ist, aber „ein positiver Schritt“ ist eine positive Aussage, auf die wir wirklich bauen müssen. Der Tunnel ist eine lebenswichtige Geschichte, nicht nur für die Steiermark, für Österreich und für Europa, sondern auch für Niederösterreich. Der Zug fährt ja nicht nur von Wien und Niederösterreich zu uns heraus, er kommt auch von Italien, von Kärnten, von der Steiermark nach Niederösterreich, fährt nach dem Osten, nach Wien.

Es ist genauso bedeutend und wichtig, dass dort in diesen Tonnagen, die nun mit diesen neuen Planungen, die kompatibel sind mit dem Koralmtunnel, nämlich auch mit einer Steigung von 6 bis 6,5 Promille, wirklich eine große Leistung erbringen können. Das Projekt I, das jetzt nicht mehr gebaut wird, war abgestimmt mit dem Obdacher oder mit dem Neumarkter Verkehrssattel. Hier waren 11 und 12 Promille Steigung drinnen und keine Möglichkeiten, diese Tonnagen zu liefern.

Meine Damen und Herren, versuchen wir, diese gemeinsame und wichtige Verkehrsader durchzusetzen. Es ist nicht gescheit, wenn wir da hier uns gegenseitig vorwerfen, dass die einen schuld sind und die anderen es nicht wollen. Wir wollen es beide. Kollege Stöhrmann hat gesagt, wir wollen das wirklich durchsetzen. Dann tun wir es aber auch (Beifall bei der FPÖ), überspringen wir die kleinen Hürden, die wir uns gegenseitig bitte vorwerfen und ziehen wir an einem Strang. Das werden unsere Nachfolger uns dankbarerweise anerkennen.

Danke vielmals! (Beifall bei der FPÖ. – 11.26 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Landesrat Hermann Schützenhöfer. Herr Landesrat, bitte.

Landesrat Schützenhöfer (11.27 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die SPÖ hat offensichtlich nicht die Größe, gemeinsam einen Erfolg zu tragen. (Abg. Kröpfl: „Wenn es einer ist, sofort!“)

Jahrzehnte, meine Damen und Herren, hat sich in der Verkehrspolitik auf Grund von Blockadehaltungen nichts getan. Jetzt ist die Entscheidung für den Koralmtunnel, jetzt ist die Entscheidung für den Semmeringtunnel gefallen und Sie reden es schlecht, weil Sie an die Partei, aber nicht ans Land denken. Und das ist schlecht, meine Damen und Herren. (Beifall bei der ÖVP.)

Ein Wort zum Herrn Landeshauptmannstellvertreter: Natürlich kann man über die alte Variante reden, aber das ist doch vergossene Milch. Natürlich kann man jahre- und jahrzehntelang über die Gerichte streiten, aber wir wissen, dass das ganz offensichtlich nicht zum Erfolg führt. Also hat die Frau Landeshauptmann in vielen Gesprächen, Tag und Nacht, darum gerungen, dass es eine Lösung unter Einbindung aller Beteiligten gibt. Und das, was vorliegt, ist ein Quantensprung in der Verkehrspolitik für die Steiermark und damit für Österreich. Wir sind angeschlossen an den Süden. (Beifall bei der ÖVP.)

Sie stellen sich hier her und vergessen in all Ihren Darlegungen, dass bei acht Verkehrsministern und bei zwei sozialdemokratischen Bundeskanzlern viel geredet, aber nichts durchgesetzt wurde und dass es unter dem Kanzler Schüssel jetzt möglich war, unter Einbindung von Niederösterreich – das war uns wichtig – (Abg. Kröpfl: „Pröll will es nicht!“), den Semmeringtunnel zu entscheiden, und zwar so, dass er kommt. Was haben Sie getan? Sie haben nichts getan! (Abg. Kröpfl: „Ihr habt geschrieben ‚durchgesetzt‘!“)

Die Frage der Frau Landeshauptmann ist nicht beantwortet, was war Ihr Beitrag? Sie haben alles schlecht gemacht. Sie spielen Opposition und sind in der Regierung. Gut schauen Sie aus! (Beifall bei der ÖVP. – 11.29 Uhr.)

Präsident: Wortmeldung Herr Abgeordneter Gennaro. Letzte Wortmeldung vor Abschluss der Aktuellen Stunde.

Abg. Gennaro (11.29 Uhr): Ich bin eh schnell fertig.

Etwas Erfreuliches zum Tag, Christopher, dir darf ich heute zum Geburtstag gratulieren. Ein schönes Geschenk haben sie dir nicht gemacht, aber du mit deiner Wortmeldung selber auch nicht. Aber das Menschliche und das Politische muss man trennen. Alles Gute! (Beifall bei der SPÖ.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Frau Landeshauptmann, wenn ich die Diskussionen höre, dann möchte ich jetzt gleich einmal eine Frage stellen. Erstens einmal waren Sie die, die gejubelt und gesagt hat, damals, die Gerichte werden entscheiden. Die Gerichte haben nicht entscheiden können, weil die werden das ja alles zurückziehen. Die Kosten, wer das zahlt, der Steuerzahler, das ist eh jedem Wurscht.

Wenn ich als privater Hausbauer – weil der Herr Landeshauptmannstellvertreter Schögggl das vom Hausbauen gesagt hat – 30 Jahre plane und sage, ich brauche ein Haus, ich muss immer umbauen. Weiß ich, was in 30 Jahren ist, wie groß die Familie ist oder sonst was, da muss ich ein Hellseher sein. Wenn ich das bin, sitze ich zur rechten Hand Gottes, aber nicht da. So einen Stumpfsinn da erzählen und sagen, in 30 Jahren weiß ich heute, was da modern ist – das werden wir wissen.

Frau Landeshauptmann, wir sind ziemlich gleich alt, wir zwei, hoffentlich erlebe ich das noch. Ich weiß nicht, ich wünsche es mir nicht, aber vielleicht muss ich mit dem Stecken hinaufschauen, dass da noch immer nichts geht in der Situation. Und sagen Sie bitte heute, weil ihr alle so groß redet – der Herr Landesrat Schützenhöfer geht hinaus, wir tun nur mies machen –, ja, ihr redet den Leuten ein, wenn es draußen schon hagelt, sagt ihr noch immer, es ist schön. Das ist das, was uns stört. Und der Wähler gibt euch dementsprechend die Antwort, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich bin schon bald froh, die Zeit dauert nicht mehr so lange, dass es einen Wechsel, eine Wende gibt in der Steiermark. Ihr werdet nur nervös, weil ihr es merkt. Wenn ihr drei Jahre gesagt habt, der Landeshauptmannstellvertreter hat nichts gemacht, eines hat er gemacht, die Leute hat er überzeugt, dass sie uns gewählt haben, meine Damen und Herren. Und das wird weiter noch so sein. Die Wende ist wichtig. (Beifall bei der SPÖ.)

Sieben Jahre lang, Frau Landeshauptmann, haben Sie gesagt, man muss handeln, man darf nicht abwarten. Wir haben Sie immer unterstützt, wir haben immer gesagt, wir stehen zu dem Tunnel. Es gibt für uns nach wie vor dieses Projekt, wo so viel Geld hineingegangen ist, dass es unverantwortlich ist, einfach zu sagen, das tun wir weg. Jeder Private kann Konkurs anmelden. Weil ich kann 30, 40 Jahre nur planen und weiß heute, dass wahrscheinlich nichts kommt.

Und Pröll nehme ich schon ernst, wenn er was sagt, weil der war immer ein guter Verhinderer. Der hat Ihnen ja oben am Semmering eh dementsprechend den Rücken gekehrt bei der Veranstaltung, wie Sie uns erzählt haben. Und ihr habt das so verkauft, so quasi, schaut die Landeshauptfrau an, wie die stark ist, die gibt dem Pröll nicht einmal die Hand. Dabei hat er Sie ignoriert, wie Ihre Leute oben gesagt haben.

Wenn man schon runterfährt, muss man das sagen.

Aber, meine Damen und Herren, sagen Sie bitte heute, Frau Landeshauptmann und lieber Herr Landesrat Schützenhöfer, legt das Konzept, das ihr habt, vor. Bis jetzt sind es ja nur Visionen, die ihr zwei ankreidet. Visionen sind gut. Aber wenn ich das als Erfolg verkaufen will, dann müsste ich schon hergehen und sagen, so schauen wir aus, meine Damen und Herren, das haben wir vor.

Wenn ihr von der Sicherheit sprecht. Straßberger, ich bin immer ein bisserl mit dir gut Freund gewesen, aber heute hast du mich so enttäuscht, weil du die große Sicherheit sagst. Ja, willst du der Industrie klar machen, dass ein Bahnhof oder dass Mürzzuschlag überhaupt umfahren wird? Und bei einem Bahnhof, der 80 Meter unter die Erde muss, gefährliche Güter transportiert werden, welches Gefahrenrisiko dort ist, dann verstehe ich dich nicht. Du kennst dich vielleicht bei den Finanzen aus, aber bei der Gefahr nicht. Du bist schon schön langsam eine Gefahr mit deinen Wortmeldungen.

Den letzten Satz widme ich dem Benni Bittmann. Das ist ja für mich der Größte. 18 Jahre im Landtag, aber so was habe ich noch nie miterlebt. Der geht da heraus, liest zwei Zeilen runter und sagt, was haben Sie jetzt denn überhaupt gemacht, was haben Sie getan, zu einem Thema, wo er keinen Satz gesagt hat, weil er sich eh nicht auskennt. Solange du, Benni Bittmann, solche glorreichen Reden von dir gibst – hoffentlich werden die noch ein bisschen veröffentlicht –, werden wir als Sozialdemokraten nur dazugewinnen, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ. – 11.34 Uhr.)

Präsident: Damit erkläre ich die Aktuelle Stunde für beendet, meine Damen und Herren.

Eine Liste der Zuweisungen ist in der heutigen Auflage enthalten.

Wird gegen diese Zuweisungen ein Einwand erhoben?

Das ist nicht der Fall.

Hinsichtlich der eingebrachten Anträge wird eine Liste im Laufe der Sitzung aufgelegt werden.

Ich teile dem Hohen Haus mit, dass 15 schriftliche Anfragen und zehn Anfragebeantwortungen gemäß Paragraph 66 GeoLT eingebracht wurden, die ebenfalls in der heutigen Auflage enthalten sind.

Bevor ich in die Tagesordnung eingehe, gratuliere ich dem Klubobmann Mag. Drexler zu seinem Geburtstag. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich gehe nunmehr zur Tagesordnung im Sinne des Paragraphen 39 Absatz 3 GeoLT über. Ich ersuche um Wortmeldungen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten der heutigen Sitzung gemäß Paragraph 55 GeoLT.

2. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 1666/1, der Abgeordneten Lechner-Sonnek, Hagenauer und Mag. Zitz, betreffend Wirtschaftsförderung für Klein- und Mittelbetriebe.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Peter Hagenauer.

Bevor der Herr Abgeordnete Hagenauer zur Berichterstattung kommt, nütze ich die kurze Zwischenzeit zur Begrüßung der Schülerinnen und Schüler der 4a- und b-Klasse der Dr.-Renner-Hauptschule unter der Leitung von Frau Hauptschuloberlehrerin Cäcilia Krenn.

Herr Abgeordneter, bitte Ihr Bericht.

Abg. Hagenauer (11.36 Uhr): Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft hat in seinen Sitzungen am 9. März 2004, am 14. September 2004 und am 8. März 2005 über den Antrag der Abgeordneten Lechner-Sonnek, Hagenauer und Zitz, betreffend Wirtschaftsförderung für Klein- und Mittelbetriebe, Beratungen durchgeführt.

Zu diesem Antrag liegt eine ergänzende Stellungnahme der Landesregierung vor.

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zum Antrag, Einl.-Zahl 1666/1, wird zur Kenntnis genommen.

Ich stelle den Antrag auf Annahme. (11.36 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung. Zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Lechner-Sonnek. Frau Abgeordnete bitte.

Abg. Lechner-Sonnek (11.37 Uhr): Werter Herr Präsident, werde Mitglieder der Landesregierung, sehr geehrte Damen und Herren des Hohen Hauses, werde Zuschauerinnen und Zuschauer!

Die Grünen haben im Jänner 2004 einen Antrag eingebracht, und zwar weil es kurz zuvor eine Untersuchung der Wirtschaftskammer gegeben hat, wie zufrieden die Klein- und Mittelbetriebe mit der Wirtschaftsförderung sind. Das war kein gutes Ergebnis. Es haben sehr, sehr viele Klein- und Mittelbetriebe – ich habe es so in Erinnerung zwischen 70 und 80 Prozent, also eher gegen die 80 – gesagt, dass sie sich nicht sehr gut vertreten fühlen durch die Landespolitik und dass sie sich auch bei der Wirtschaftsförderung nicht sehr gut betreut fühlen. Es ist sicher so zu sehen, dass seither einiges passiert ist in Sachen steirische Wirtschaftsförderung, das muss man auch honorieren und das tue ich hiermit. Allerdings, in der Stellungnahme der Landesregierung, nämlich des Wirtschaftsressorts gibt es auch einen Entwurf, den ich nur unterstreichen kann, diese Stellungnahme könne nur einen Zwischenbericht darstellen. Das heißt, es wird noch einiges zu tun sein. Ich hoffe auch, dass noch einiges gelingt, um die Klein- und Mittelbetriebe wirklich zu unterstützen. Denn der überwiegende Anteil der Wirtschaftsbetriebe, der Unternehmen der Steiermark sind Klein- und Mittelbetriebe.

Mir ist jetzt aber wichtig eines zu ergänzen, was oft einmal ausgespart wird aus den Überlegungen zur Wirtschaftspolitik und was ich für ein grundlegendes Problem halte. Wirtschaftspolitik schwebt nicht allein im Raum, abgehoben von allen anderen Politikfeldern, sondern ist eingebunden zu sehen in andere politische Entscheidungen. Und weil wir heute vom Herrn Kollegen Straßberger gehört haben, der den Herrn Landeshauptfraustellvertreter Voves angegriffen hat und gesagt hat, mit einem Dienstwagen und zwei Chauffeuren ist er unterwegs und teilt das Geld aus. Das ist eine grüne Kritik, aber die muss ich leider auch auf die Landeshauptfrau anwenden, denn das ist genau dasselbe Verhalten, das wir von ÖVP und SPÖ sehen, sich in einer fürstlichen Manier als die Verteiler von Geld anzusehen beziehungsweise zu gebärden. Ich bin genau bei dem Thema, auf das ich hin wollte. Wir vergeben, das Land Steiermark als Landtag, als Landesregierung vergibt Fördermittel in verschiedensten Bereichen. Wir leisten uns in der Steiermark in einigen Bereichen eine Kirchturmpolitik der gesteigerten Form. Bei uns werden Bedarfszuweisungen noch immer so ausgezahlt, dass die einzelne Gemeinde ein Projekt einreicht und dass Gemeindezusammenarbeit, geschweige denn regionale Planung irgendwo wirklich gewürdigt wird und einen Unterschied macht und das halte ich für ein grundlegendes Problem. (Beifall bei den Grünen.)

Viele unserer Gemeinden, und wir haben sehr, sehr viele Gemeinden in der Steiermark, 542, haben den Ehrgeiz, selbst Ansiedlungspolitik zu betreiben, sowohl im Industriebereich als auch im Bereich des Gewerbes und des Handels und so weiter. Die sind alle, viele von ihnen daran interessiert, einen so genannten eigenen Industrie- und Gewerbepark aufzubauen. Wir kennen das alle. Man fährt durch das flache Land und in jedem kleineren Ort gibt es einen Handels- und Industriepark oder einen Industrie- und Gewerbepark. Es gibt keine Bestrebungen von Seiten der Landesregierung, das zu verändern. Dass das nicht der Weisheit letzter Schluss ist, ist ganz klar. Wenn die Gemeinden aber nichts davon haben, dass sie regional zusammenarbeiten, dann ist ganz klar, dass sie das weiterhin nicht tun werden. Das heißt, es braucht ein paar entschiedene Aktivitäten von Seiten der Landesregierung. Es braucht die Voraussetzung, dass Gemeinden sich in Regionen zusammenschließen und planen und sagen, was brauchen wir an Infrastruktur, ob das jetzt Sportstätten sind, ob das Versammlungsräume sind, ob das Verkehrsinfrastruktur ist, ob das Sozial- und Gesundheitseinrichtungen sind, was brauchen wir in den nächsten fünf, zehn, 15, 20 Jahren, wie stellen wir die Weichen? Und erst wenn es so eine funktionierende Regionalplanung gibt, halte ich es für vertretbar, Bedarfszuweisungen auszuzahlen und diese einzelnen Projekte zu fördern, die gut koordiniert entschieden sind.

Das ist etwas, was mir abgeht und was unsere Wirtschaftspolitik und die Rahmenbedingungen für die Klein- und Mittelbetriebe entscheidend mitgestaltet. Solange wir in Sachen dieser einzelnen Förderungen so agieren, als wären das lauter kleine Welten, ganz und gar abgeschlossen, wird es auch den Klein- und Mittelbetrieben der Regionen nicht besser gehen. Ich plädiere dafür, dieses sektorale Denken im politischen Tagesgeschäft abzulegen, hier endlich für Transparenz zu sorgen, Bedarfszuweisungen transparent offen zu legen, so dass gemeinsame Planungsprozesse beginnen können. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen. – 11.42 Uhr.)

Präsident: Herr Landesrat Dr. Schöpfer bitte.

Landesrat DDr. Schöpfer (11.42 Uhr): Mit Ihrer Forderung, dass man mehr für Klein- und Mittelbetriebe tun sollte, sind Sie eigentlich offene Türen eingerannt und ich habe bereits zu Beginn meiner Tätigkeit darauf hingewiesen, dass ich mir dessen bewusst bin, dass das Rückgrat der steirischen Wirtschaft gerade die Klein- und Mittelbetriebe sind, die durchaus konjunkturresistent sind, die große Leistungen aufzuwarten haben. Wir haben versucht mit dem KMU-Paket gerade diesen Klein- und Mittelbetrieben entsprechend entgegenzukommen. Ich darf erinnern, dieses Programm besteht ja aus verschiedensten Punkten, das eine ist die Gründeroffensive und da sind wir, glaube ich, sehr erfolgreich in der Steiermark. Im abgelaufenen Jahr haben wir einen Rekord an Neugründungen, nämlich fast 4000, in der Steiermark erzielen können. Ich glaube, das ist ein schönes Zeichen, dass Unternehmertum und der Gedanke der Selbstständigkeit sich sehr stark bei uns verbreitet haben.

Der zweite Punkt war Unternehmen im Wachstum, nämlich Haftungsübernahme für steirische Kleinbetriebe. Hier versuchen wir vor allem jenen Ein-Personen-Unternehmen zu helfen, die zum ersten Mal den Schritt in einen Arbeitgeberbetrieb machen. Auch hier, glaube ich, eine Initiative, die gut angenommen wird.

Dann darf ich erwähnen, die Qualifizierungsmaßnahmen, vor allem also die Lehrlingsinitiative, Personalmanagement für Klein- und Mittelbetriebe und Implacementstiftung. Implacementstiftung steht dafür, dass punktgenau für die Bedürfnisse von Klein- und Mittelbetriebe Arbeitslose in der Steiermark geschult werden und durch die Qualifikation haben sie eine hohe Chance, tatsächlich einen adäquaten Arbeitsplatz zu finden.

Im Bereich Technologie und Innovation versuchen wir einerseits die Klein- und Mittelbetriebe bei der Entwicklung neuer Produkte und neuer Fertigungsmethoden zu unterstützen. Dazu dient vor allem der Wissenstransfer, wo also von den Hochschulen, von den Universitäten angeregt werden soll, Diplomarbeiten zu schreiben, die genau für die Bedürfnisse von Klein- und Mittelbetrieben etwa in der Produktentwicklung anzusiedeln sind. Ich darf in dem Zusammenhang erwähnen die Breitbandinitiative, wo wir eigentlich früher dran sind als die anderen Bundesländer, so dass wir sagen können, bis Ende nächsten Jahres sind die Datenhighways quer durch die gesamte Steiermark gelegt und Klein- und Mittelbetriebe, aber auch die Schöpfung von Telearbeitsplätzen ist eine der Möglichkeiten, also Klein- und Mittelbetriebe werden besonders davon etwas haben.

Ein wichtiger Punkt ist die Internationalisierung. Wir wollen auch Klein- und Mittelbetrieben die Möglichkeit geben, sich stärker in den Export einzuklinken. Bereits jeder zweite Arbeitsplatz in der Steiermark hängt mit Exporttätigkeit zusammen. In diesem Zusammenhang haben wir einige Initiativen gesetzt. Erstens die Gründung des Internationalisierungszentrums, das ist eine Kooperation zwischen Wirtschaftskammer, Industriellenvereinigung und Wirtschaftsressort, das ist bereits sozusagen im Laufen. Dann die Markterschließungsgarantie. Wir versuchen gerade kleinen Betrieben die Möglichkeit zu geben, sich auf fremden Märkten zurechtzufinden und wir sind dabei, ihnen bei der Risikoübernahme zu helfen.

Der letzte Punkt im Zusammenhang mit Internationalisierung. Wir haben bereits begonnen, zielstrebig Businesscenter für steirische Klein- und Mittelbetriebe im Ausland zu errichten. Das erste Center in Zagreb ist bereits im vergangenen Herbst in Betrieb gegangen, weitere Businesscenter, etwa in Sankt Petersburg in Russland, werden heuer noch errichtet werden. Wir haben auch die STUK gegründet, die Umstrukturierungsgesellschaft, die Kleinbetrieben mit Rat und Tat helfen soll. Der Zulauf vor allem zum Beratungssektor ist sehr hoch.

Der letzte Punkt ist das Grenzlandförderungsprogramm, wo neben den 4 Millionen, die vom Bund kommen, eine Million vom Land dazugelegt wurde. Auch das geht vornehmlich in Klein- und Mittelbetriebe.

Ich darf insgesamt sagen, wir haben ein großes Paket geschnürt. Wie ich höre, ist die Akzeptanz sehr gut. Aber dieses Paket sind nicht die zehn Gebote, das heißt, wir werden es weiterentwickeln, wir werden auf die Bedürfnisse der Wirtschaft reagieren und werden noch weitere Maßnahmen für Klein- und Mittelbetriebe vorsehen. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 11.46 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren, eine weitere Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt liegt mir nicht vor.

Wenn Sie dem Antrag des Berichterstatters Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie nunmehr um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Ich komme damit zu Tagesordnungspunkt

3. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 2160/1, der Abgeordneten Kröpfl, Dr. Bachmaier-Geltewa, Böhmer, Breithuber, Gennaro, Dipl.-Ing. Grabner, Gross, Detlef Gruber, Margarethe Gruber, Halper, Kaufmann, Mag. Lackner, Petinger, Prattes, Dr. Reinprecht, Dr. Rieder, Schleich und Schrittwieser, betreffend ein Infrastruktursonderprogramm für die Region in und rund um Weiz.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Kurt Gennaro, collega Gennaro. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Gennaro (11.47 Uhr): Presidente, grazie tanto. Meine Damen und Herren!

Ich bringe den Schriftlichen Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, der in seiner Sitzung am 8. März 2005 über den oben genannten Antrag die Beratung durchgeführt hat.

Bei der Abstimmung am 8. März 2005 fand der gegenständliche Antrag nicht die erforderliche Mehrheit.

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zum Antrag, Einl.-Zahl 2160/1, der Abgeordneten Kröpfl, Dr. Bachmaier-Geltewa, Böhmer, Breithuber, Gennaro, Dipl.-Ing. Grabner, Gross, Detlef Gruber, Margarethe Gruber, Halper, Kaufmann, Mag. Lackner, Petinger, Prattes, Dr. Reinprecht, Dr. Rieder, Schleich und Schrittwieser, betreffend ein Infrastruktursonderprogramm für die Region in und rund um Weiz, wird zur Kenntnis genommen. (11.48 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung.

Wortmeldungen habe ich. Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Gruber.

Abg. Erwin Gruber (11.48 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, Hohes Haus!

Ich darf mich auch kurz zu Wort melden zum Antrag der SPÖ. Wir wissen, da geht es um eine sehr ernste Angelegenheit. VA-Tech Elin, ein Traditionsbetrieb seit über 100 Jahren mit über 1000 oder jetzt an die 2000 Mitarbeiter. Hier haben wir alle die Aufgabe, dass wir alles unternehmen, dass dieser Betriebsstandort und auch die Arbeitsplätze erhalten werden.

Natürlich gibt es bei so einem Betrieb ein ständiges Auf und Ab, was die Mitarbeiterzahl betrifft. So darf ich feststellen, dass im 69er Jahr rund 3300 Mitarbeiter waren, im 89er Jahr, in der Zeit, wo eben ein Bundeskanzler Kreisky regiert hat, waren es nur rund 1400 Mitarbeiter und jetzt sind es wieder rund 2000.

Die Übernahme durch Siemens wird natürlich stark diskutiert. Aber ich glaube, es ist da wichtig und entscheidend, dass dieser Betrieb auf eine neue Basis gestellt wird. Es wird wahrscheinlich durch die EU-Wettbewerbskommission in Kürze das abgesegnet und es wird dann auch teilweise Umstrukturierungen geben, das ist uns allen klar, weil es in der Hydropower auch in den letzten Jahren massive Abgänge gegeben hat. Aber es gibt durch die Übernahme von Siemens – und das ist zugesichert – eine Standortgarantie und eine Beschäftigungsgarantie.

Damit komme ich jetzt zum Antrag der SPÖ. Da muss man wirklich dazusagen, dieser ist nicht nur sinngemäß, sondern vor allem seitens der Begründung massiv abzulehnen, weil die Formulierung dazu eine bodenlose Frechheit ist. Das ist Wahlkampfretorik auf tiefstem Niveau und aus der untersten Schublade. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich darf da kurz jetzt zum Antragstext kommen. Da wird vorgeschlagen, dass man in Zukunft in Richtung Power-Plan agiert und hier neu Regionalversammlungen in der Region installiert. Das ist wieder ganz das Gleiche, was wir früher gehabt haben, Zentralisierung, politische Einflussnahme wie vor 30 Jahren. Natürlich trauert die SPÖ dieser Einflussnahme nach. Aber das werden wir uns nicht mehr bieten lassen, es wird kein Aufleben der Verstaatlichten oder Teilverstaatlichten geben und es wird keine Lenkung von politischer Seite in Zukunft Richtung Arbeitnehmer geben.

Ich muss auch ganz offen dazusagen, wir brauchen hier keine neue Regionalversammlung, keine neue Organisation. Es gibt bestehende Organisationen, die bei Unternehmensgründungen behilflich sind, die Arbeitsplätze erhalten. Das ist die Wirtschaftskammer, das ist das Arbeitsmarktservice, das ist das Regionalmanagement Oststeiermark (Abg. Stöhrmann: „Die sind alle fest in ÖVP-Hand!“) und das ist im Übrigen auch der Regionale Entwicklungsverband Weiz. Diese Organisationen garantieren Unternehmensgründungen und garantieren neue Arbeitsplätze und unter anderem garantiert das auch unsere Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic – 52.000 Arbeitsplätze in den letzten zehn Jahren, das ist ein Riesenerfolg. (Beifall bei der ÖVP.)

Aber vor allem die Begründung des Antragstextes. Es sind ja heute sehr viele Worte gefallen in diesem Haus, die nicht schön sind. Manchmal gleicht die Argumentation der SPÖ wirklich einem Kasperltheater. Wenn ich mir diesen Antragstext anschau, das ist weit unter der Gürtellinie und ist des Landhauses hier nicht würdig. Die Menschen haben das langsam satt, wie die SPÖ Verantwortung in der Politik versteht, nichts Produktives zu tun und unbedingt den Landeshauptmann zu wollen. Das kann es nicht sein, das ist Machtrausch in Reinkultur.

Wenn wir uns den Antragstext genauer anschauen: „Bewusste Vernichtung von Volksvermögen“ – steht da – „und von Steuereinnahmen.“ Ja, zahlen Private und Klein- und Mittelbetriebe nicht auch Steuern? Das ist ja eine Beleidigung dieser Betriebe, die die Masse der Arbeitsplätze erhalten.

Oder ein Textbeispiel auch noch: „In der Steiermark findet die Bundesregierung in LH Klasnic und ihrem angeschlagenen Team eine übereifrige Unterstützerin.“ Ich kann nur sagen, Hochmut kommt vor dem tiefen Fall.

Oder: „Misswirtschaft“ wird da angekreidet – ESTAG. Ja, ich glaube, die SPÖ war da dabei. Jetzt schon wieder viel lieber, weil wir jetzt wissen, dass wir 45 Millionen Euro Dividende erwirtschaften.

Aber wo war die SPÖ nicht dabei in der letzten Zeit? Beim Steiermark-Paket, 290 Millionen Euro für die westliche Obersteiermark und für die gesamte Steiermark. Da war die SPÖ nicht dabei!

Wo war die SPÖ aber trotzdem wieder dabei? In Fohnsdorf war die SPÖ dabei, 400 Arbeitsplätze gehen dort weg und da macht man einen Kniefall vor Kaiser Hannes Androsch. Also, das ist wirklich ein Wahnsinn! (Beifall bei der ÖVP.)

Dann schreibt man im Text noch von „menschenverachtender Geisteshaltung seitens Landeshauptmann Waltraud Klasnic“. Wer das sich schreiben traut, der soll einmal die Lebensgeschichte unserer Frau Landeshauptmann anschauen, wie sie aufgewachsen ist als Kind, wie es ihr in der Jugend gegangen ist, aber was sie vor allem in den letzten 16 Jahren für die Steiermark geleistet hat. Also, diesen Text weisen wir mit unterschiedener Schärfe zurück. (Beifall bei der ÖVP.)

Was auch ein Skandal ist – möchte ich behaupten –, Weiz wird als Krisenregion herbeigeredet und bezeichnet. Damit werden Menschen und Medien verunsichert. Weiz ist keine Krisenregion, das weise ich aufs Schärfste zurück. Das beweisen die Arbeitsmarktdaten. Wir wissen, dass wir jetzt saisonbedingt im Feb-

ruar ein bisschen schwächer unterwegs sind, aber immerhin nur 9,5 Prozent Arbeitslose bei den Männern und nur 5,1 Prozent Arbeitslose bei den Frauen. Das sind Spitzenwerte in der Steiermark, in Österreich und in Europa. (Beifall bei der ÖVP.)

In Weiz haben wir Gott sei Dank Leitbetriebe, um die uns viele beneiden. Einer ist die Elin, das wissen wir alle ganz klar. Aber da ist der Holzbau, wo wir Leitbetriebe haben, da ist der Autocluster, die Firma Magna, die über 2000 neue Arbeitsplätze geschaffen hat und wo jetzt in Zukunft noch ein Forschungswerk entstehen wird. Wir haben Leitbetriebe im Tourismus, im Bereich der erneuerbaren Energie, im Bereich der Tiernahrung. Aber vor allem haben wir auch regionale Gemeinschaftsinitiativen, wo es uns einfach gelingt, Gemeinden zusammenzuschließen, dort Wirtschaft, Tourismus und Landwirtschaft zu vernetzen und einfach neue Perspektiven zu schaffen.

So möchte ich zum Abschluss kommen: Nicht die Verstaatlichte ist es, der wir nachtrauern müssen, und dem politischen Einfluss in der Arbeitswelt, sondern wir brauchen die starken privaten Unternehmer, die Unternehmensgesellschaften, die KMUs, passende politische Rahmenbedingungen. Die schaffen nämlich letztendlich Arbeitsplätze und soziale Gerechtigkeit.

Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 11.55 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Gennaro.

Abg. Gennaro (11.55 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wenn der Kollege Gruber den politischen Einfluss der Arbeitswelt bekrittelt, dann sage ich nur eines als ehemaliger Gewerkschafter, aber ich bin noch immer Gewerkschafter, hoffentlich haben wir sehr lange für die Arbeitnehmer auch politischen Einfluss zu nehmen, damit nicht alle so drüberfahren, wie Sie es in letzter Zeit bei den Arbeitnehmern gemacht haben. Das würde ich mir wünschen. (Beifall bei der SPÖ.)

Wir brauchen nicht zurück zur Verstaatlichten. Wir haben auch nie gesagt, dass Weiz jetzt eine große Krisenregion ist. Aber wenn die Situation, die du genauso gut kennst, Kollege Gruber, wie ich, sich so darstellt und das alles kommt, was prophezeit ist – nicht von uns, von den Leuten vor Ort –, dann wird es zu einer Krisenregion werden. Und immer wieder könnt ihr sagen, der tut nur mies machen, geh bitte hinaus, du bist eh draußen, hör dir die Stimmung an. Ich sage euch eines, damit ihrmunter werdet, die Weizer haben euch eh die Antwort gegeben in der Form bei den Wahlen. Dementsprechend haben die Wahlen ausgeschaut. Weiz hat 4,2 Prozent dazugewonnen, aber nicht, weil sie in den Himmel wachsen, sondern weil die Sorge der Leute berechtigt war und die Sozialdemokraten die einzigen gewesen sind, die gesagt haben, wir stehen zu denen, wir wollen das verhindern. (Beifall bei der SPÖ.)

Was hat denn Schüssel gesagt? Wir können eh alle dem Schüssel seine Aussagen. Er hat gesagt, wenn er Dritter wird, tritt er zurück, dann ist er Bundeskanzler geworden mit Hilfe der anderen. Wissen wir schon, was wir von seinen Aussagen halten. Der Schüssel hat gesagt, die Prozentanteile müssen bei der ÖIAG verbleiben. Was ist geworden? Nichts! Verkauft ist geworden. Und jetzt berechtigt für die Region, wenn bitte der Staat kassiert, weil das so ausgegangen ist, wie manche geglaubt haben, das geht jetzt so sang- und klanglos drüber, haben ihm die Aktionäre ein bisschen einen Strich durch die Rechnung gemacht. Wir wussten damals schon, dass die Aktienkurse relativ hoch sind oder höher sind, wie sie hier propagiert worden sind und deswegen ist es zur Nachbesserung gekommen. Jetzt, Freunde, ist es wohl legitim, wenn – auch wenn ihr immer behauptet, das bestreitet ja keiner, dass gesagt wird, es gibt eine Beschäftigungsgarantie für 18 Monate und es gibt eine Standortgarantie – und ich höre nicht auf das zu sagen, ich habe 30 Jahre als Gewerkschaftssekretär diese so genannten Standortgarantien miterlebt. Du weißt ja, ein Standort ist ein Büro mit drei Leuten auch, wenn die Betriebe noch da bleiben, ist auch eine Standortgarantie. Aber in dem Ausmaß einen Betrieb zu erhalten, dass nicht fünfhundert Arbeitsplätze wackeln, dass nicht mit den 500 Arbeitsplätzen auch Familienangehörige mit betroffen sind, wenn die keinen Job haben, weil sie pendeln oder sonst etwas müssen. Es gibt im Bezirk Weiz nicht diese Arbeitsplätze, dass ich hergehe und sage, na, wenn die zusperren, dann gehe ich zum Nachbarn hinüber. Das wäre einfach, da haben wir keine Sorgen. Das ist bitte nicht der Fall und nach wie vor sagen die Verantwortlichen des Betriebes, nicht die Personalvertreter, die müssen das ohnehin glauben, weil sie reden ihnen ja ein, dass das so kommt. Selbst der Herr Hochleitner hat noch keine Garantie abgeben können, dass nach den 18 Monaten etwas weitergeht.

Jetzt sage ich dir etwas, lieber Freund, gehe hinaus und frage einmal, wenn bis Ende April von General Electric keine Nachfolgeaufträge kommen, dann wackeln 500 Arbeitsplätze. Ich wünsche es mir nicht, aber falls es eintritt, gehe ich mit dir dann vor Ort hin und werde deine Reden, die du gehalten hast, dann draußen zitieren. Bitte, das hat mit Schönfärbeln, mit Schlechtmachen nichts zu tun. Schauen wir der Realität in die Augen. Du und ich wir haben die gleichen Aufträge zu erfüllen, zu schauen, dass in der Steiermark die Pflanzlerln, die wir gemeinsam pflanzen, dass es ein bisschen besser wird, aufrecht bleiben. Nicht, dass man bitte einfach die Betriebe verscherbelt und sagt, die Produktion passt nicht in unser Konzept, werden wir zusperren. Das ist die Situation.

Und erinnere dich an die ganzen Geschichten, weil du schon den Androsch angeschnitten hast. Ich habe persönlich auch keine Freude, aber eines muss ich ihm zugute halten, er bleibt zumindest in der Steiermark. Alle anderen haben nur abgecasht, von Bauknecht bis Philips, wie sie alle geheißten haben. Die haben alle Geld genommen und sind abgerissen. (Beifall bei der SPÖ.)

Da gibt es nichts mehr. Da haben wir selber müssen Steuermittel wieder in die Hand nehmen. Daher ist es schon legitim, dass wir sagen, wo sind denn die Probleme. Nicht im Ballungszentrum Graz, da haben wir eh schon genug. Da fürchten wir uns schon, weil wir fast keine Leute mehr herunterbekommen. Ich kann es keinem zumuten, dass einer von Murau herunter zum Stronach, zu Magna-Steyr pendeln geht. Dort konzentriert es sich. Gott sei Dank, noch. Obwohl die Leiharbeiter unten ohnedies schon wegkommen. Ich sage noch einmal – nicht als Schwarzmalerei –, wenn dort etwas passiert, dass dort irgendein Einbruch kommt, kann man sich die Auswirkungen in der Steiermark anschauen. Daher müssen wir hinaus in die Regionen, damit die Leute nicht pendeln müssen, dass sie vor Ort bitte ihre Existenzen haben können. Da haben sich Leute mit viel Fleiß und Arbeit ein Häuschen geschaffen. Ja, glaubst denn du, dass das so einfach ist, dass der seine Region verlässt und sagt, dieses Haus verkaufe ich jetzt, ich werde schon woanders etwas kriegen? (Abg. Straßberger: „Im Mürztal das Gleiche!“)

Im Mürztal ist das Gleiche! Schau, wie viele abgewandert sind, lieber Freund. Ihr habt die Betriebe der Verstaatlichten nach wie vor nur schlecht gemacht, aber heute, wo die Leute selber mit Managern das aufgeholt haben, wollt ihr sie privat verscherbeln, damit die anderen verdienen. So schauen wir aus! Ohne dass der Staat das Geld kassiert! (Beifall bei der SPÖ.)

Ich werde nicht müde, meine Damen und Herren – lieber Freund Straßberger, da rede ich mit dir ganz gerne – ich habe es dir schon einmal gesagt, du warst immer nur in schönen Stunden, wenn die Sonne gescheint hat, dort. Wenn es gehagelt und geregnet hat, warst du nicht dort, da hat man dich nicht gesehen, aber hintennach hast du gemault. (Beifall bei der SPÖ.) Das ist die Situation! Bei keiner Betriebsitzung, bei keinem Strukturwandel habe ich einen von der ÖVP gesehen, ob das in Donawitz war, ob das in Judenburg war, ob das in Mürzzuschlag war. Ich war schon bekannt als so genannter Schließungssekretär, weil ich hinfahren habe müssen, weil keiner von den anderen dort war und sagen, okay, wir müssen schauen, dass wir die Betriebe, die Strukturen erhalten. Wie Donawitz geteilt wurde in drei Standorte, das war bewusst, nur ist es nicht aufgegangen, dass man die hin macht. Gott sei Dank haben wir alle drei Standorte erhalten! (Beifall bei der SPÖ.) Kapfenberg und ausgegliedert, da habt ihr überall mitgespielt, da habt ihr euch nie den Mund zerrissen.

Als der Assmann hinuntergefahren ist, habt ihr euch den Mund nie zerrissen, da hat alles gepasst, nur hie und da kommt ihr mit der Masche, wir wollen wieder verstaatlichen. Eines darf ich euch schon sagen, stolz müssen wir sein, dass der Staat seinerzeit sich überwunden hat und gesagt hat, jawohl, zum Aufbau brauchen wir die Betriebe und müssen sie verstaatlichen, sonst würden wir heute ganz anders ausschauen! (Beifall bei der SPÖ.)

Für mich gibt es viele, viele Beispiele.

Wenn ich an Finnland denke, dort ist der Staat sehr wohl bereit, bitte, dort etwas zu tun, sich bei Betrieben zu beteiligen. Die Bundesregierung seinerzeit sogar unter der SPÖ-ÖVP-Regierung hat sich bekannt zur Gesellschaft Bundesbeteiligung Industrie – dürfte deiner geschätzten Aufmerksamkeit entgangen sein. Das war ein Instrument, dass man die Betriebe, die vor die Hunde gegangen sind, um das brutal zu sagen, weil wie der Bauknecht gesagt hat, ich reiße ab, hat sich keiner gekümmert, was in Spielberg oben passiert mit der Firma, wo über 1700 Leute waren, hat man diese Gesellschaft gegründet für Niederösterreich. Die haben die Betriebe aufgefangen, haben sie wieder in die Gewinne geführt und dann haben sie wieder einen Auftrag gehabt. Dann sind die Privaten gekommen, haben wieder abgecasht, bis die wieder abgerissen sind, dann hat wieder die Beteiligungsgesellschaft eintreten müssen. Seht, Freunde, da hat der Staat Gott sei Dank zu Recht eingegriffen, sonst gäbe es die Betriebe heute nicht mehr alle, die ihr anprangert. Daher sage ich, schade, sehr schade, dass ihr bei unserem Antrag nicht mitgegangen seid, dass wir versuchen für die Steiermark gemeinsam – weil da braucht sich keiner ein politisches Federl auf den Hut picken – ob in der Region oder in der Region, jeder einzelne Arbeitslose oder der seinen Job verliert, wo kein Betrieb kommt, ist ein Problem für die Steiermark, ein gemeinsames. Kein SPÖ-Problem, das ist unser gemeinsames und auch eures. Daher sollten wir gemeinsam schauen, dass nur die Gelder, wo der Staat das kassiert, auch für die Regionen dort hergibt, weil die haben das erwirtschaftet, sonst könnten die dort nicht so viel verkaufen. (Beifall bei der SPÖ.)

Daher bedaure ich, dass ihr unseren Antrag abgelehnt habt und nicht mitgeht, dass wir für die Regionen dort ein Geld kriegen. Sehr traurig, aber wir werden das weiter betreiben. (Beifall bei der SPÖ. – 12.04 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Majcen.

Abg. Majcen (12.04 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren auf der Regierungsbank, liebe Kollegen, liebe Zuschauer!

Der Antrag, wie er vorliegt, ist ein Antrag, über den man gut reden könnte. Aber es kann sich die Sozialdemokratie nicht verkneifen, die Anträge so einzubegleiten durch Vortexte, dass die Diskussion von vornherein unmöglich wird. Das ist das, was mich eigentlich zu dieser Wortmeldung veranlasst. Wenn im Vortext drinnensteht „Verscherbelungspolitik von Schwarz-Blau am Beispiel der Austria Tabakwerke“ und ich in der Stadt, wo die Austria Tabakwerke zu Hause sind, die Diskussion und die künstliche Empörung der Sozialdemokratie miterlebe, dieselben Leute, die zwei Wochen später wie Herr Androsch die Beschäftigten, nämlich zehnmal so viele, aus Fohnsdorf abgezogen hat und woanders hinschickt, dort habe ich keinen gehört. Da habe ich keinen sozialdemokratischen Aufschrei gehört, meine Damen und Herren. (Beifall bei der

ÖVP.) Da hat niemand etwas gesagt, da haben sie 100 Entschuldigungsgründe dafür gefunden, warum das gut ist und so weiter. Ich möchte nur dazusagen, Herr Landeshauptmannstellvertreter Voves – (Landeshauptmannstellvertreter Mag. Voves: „Ist das für die Betroffenen das Gleiche?“) Nein, lassen Sie mich das ausführen. Hören Sie mir einmal zu, Sie waren ja noch gar nie dort. (Landeshauptmannstellvertreter Mag. Voves: „Das glaube ich aber nicht, dass ich noch nicht dort war!“) Sie kennen sich dort überhaupt nicht aus. Das sind fermündliche Erregungen!

Ich möchte Folgendes feststellen. Der Beschluss zum Verkauf und zur Privatisierung der Austria Tabakwerke ist unter dem Vorsitz des Herrn Bundeskanzlers Vranitzky 1996 gefasst worden. Nur zu Ihrer Information! Und er ist dann verwirklicht worden fünf Jahre später von einer Regierung, die dieser Regierung nachgefolgt ist. Es hat bitte in den Jahren 1970 bis 1995 unter sozialistischen Bundeskanzlern mehr als 200 Stellenabbauten in diesem Bereich gegeben.

Niemand hat sich aufgeregt. Wissen Sie, warum? Weil wir alle zur Kenntnis nehmen müssen, dass Wirtschaft etwas Dynamisches ist und dass sich Dinge verändern.

Die Tabakreklame, das Rauchverbot, das in allen Ländern stattfindet. Na, wer wird denn noch Tabak produzieren an einem Standort, wo man keine Kosten in irgendeiner Form mehr unterbringen kann?

Ich sage noch etwas dazu: Ich habe auch vermisst das Lob, das dem Land Steiermark gebührt hätte, weil aus dieser Austria Tabak Fürstenfeld eine Firma Altesse hervorgegangen ist, die 20 Jahre lang zwischen 30 und 50 Beschäftigte hatte. Die hat sich aus dieser Firma heraus entwickelt, hat heute 250 Leute. Da hat niemand gesagt, klass, super, wunderbar. Die hätte es nicht gegeben, wenn sie weiterhin in diesem Verband produzieren hätten müssen. Also, man muss schon immer die Bilanz einer Situation anschauen.

Das Nächste ist – und ich verharmlose das nicht, es sind 45 Arbeitsplätze – zehn davon können in den Vorruhestand gehen, in einem wahrscheinlich sehr akzeptablen Modell, 15 davon können in dieser Tochterfirma – der ehemaligen ATW – unterkommen, bleiben 15 bis 20 über.

Wissen Sie, was es im Bezirk Fürstenfeld für einen Zuwachs an Arbeitsplätzen gegeben hat? In den letzten sechs Jahren 1000, mit Magna in Ilz beziehungsweise Power-train in Ilz, mit ACC-Aufstockung und Ähnlichem. Da hat niemand gesagt, klasse Oststeiermark, wunderbar.

Aber wenn irgendwo etwas ist, wo man reinfahren kann und wo man die Leute noch aufhetzen kann, das ist das System, das heute hier stattfindet. Und das ist das, was wir unter Schlechtreden und Schlechtmachen verstehen. Und da bin ich enttäuscht von Ihnen. Sie sind hier hereingekommen und haben gesagt, Sie verstehen ein bisserl was von der Wirtschaft. Wissen Sie, was das heißt, ein bisserl was von der Wirtschaft verstehen? (Landeshauptmannstellvertreter Mag. Voves: „Nicht ein bisserl was!“)

Sie haben gesagt – wörtlich –, „ein bisserl was verstehe ich von der Wirtschaft auch“. Das waren Ihre eigenen Worte.

Ich möchte nur sagen, ein bisserl was von der Wirtschaft zu verstehen, dann wird man auch wissen, dass es in der Wirtschaft immer Veränderungen geben wird. Zu glauben, dass irgendwas heute so ist und es ist 50 Jahre so und den Menschen vorzugaukeln, man kann ihnen die Sicherheit geben, das können Sie nicht, das kann sonst auch niemand. (Landeshauptmannstellvertreter Mag. Voves: „Aber der Stronach kann es!“) Daher muss man sich mit den Folgen einer Entwicklung beschäftigen. Vorjammern hilft auch nichts. Wissen Sie, wenn der Kurt Gennaro, den ich persönlich schätze, da sagt, hoffentlich passiert dort nichts – keine Garantie gibt es –, soll man, damit hoffentlich einmal nichts passiert, jetzt schon traurig sein?

Wissen Sie, was wir brauchen? Wir brauchen in der Region keinen Power-Plan mit irgendwelchen neuen statistischen Zusammenfassungen. Wir müssen die Region selber sich entwickeln lassen. Die Region hat hervorragendes eigenes Potenzial. Wir brauchen keine Pläne, weil in den Plänen steht nur drinnen, was sich irgendwer denkt, dass es irgendwann kommt. Wir haben in der Oststeiermark den Wandel selber in den letzten 15, 20 Jahren mit Unterstützung geschafft. (Beifall bei der ÖVP.)

Und den haben wir nicht geschafft, indem wir gejammert haben, was alles furchtbar ist, sondern indem wir unser Schicksal selber in die Hand genommen haben und tatkräftig vom Land Steiermark und auch vom Bund unterstützt worden sind, bei Betriebsansiedelungen, bei Veränderungsentwicklungen.

Ich sage noch einmal, erstens positiv denken, nicht in die Betrachtung vom armen Grenzland zurückfallen. Wir sind kein armes Grenzland. Ich kann Ihnen zitieren, nur zu Ihrer Information, damit es nicht wieder heißt, diese krisengeschüttelte Oststeiermark, sie ist nicht krisengeschüttelt, ist ein Zukunftsland, ist ein Hoffungsland, und da steht drinnen – Wohlstand der Regionen, deutsche Studie, nicht in Auftrag gegeben von der ÖVP, Herr Landeshauptmannstellvertreter (Landeshauptmannstellvertreter Mag. Voves: „Ich habe nichts gesagt!“) –, von den 1207 EU-Regionen, die untersucht wurden, sind die ersten Regionen in Österreich, die sechste ist Graz, in dieser Reihung, die siebente ist die Oststeiermark, mit hervorragenden Daten und mit gutem Entwicklungspotenzial.

Das Zweite, Selbstbewusstsein haben. Wir haben fleißige Menschen, die Leute sind bei uns heimatverbunden und die Leute sind kreativ, wenn man sie beim Kreativsein unterstützt. Das brauchen wir und nicht Krankjammern und nicht Hinuntermachen. (Beifall bei der ÖVP.)

Den Standort positiv bewerten. Sie tun auch dem Standort Weiz nichts Gutes, wenn Sie sagen, das geht alles schief. Annehmen und etwas daraus machen und nicht Niedermachen. Das kann jeder und das ist die einfachste Systematik, weil da kann man Leute verunsichern und da kann man Leute dann vielleicht im Nebenwege irgendwie kassieren für irgendwelche kritischen Aktionen.

Meine Damen und Herren, das Nächste: Die Entwicklung selber in die Hand nehmen. Unsere Entwicklung wollen wir selber in die Hand nehmen. Wir haben Konzepte für unsere Entwicklung in der Oststeiermark. Wir haben für die Bildung, für Ausbildung, für Infrastruktur, Energieversorgung und für Umweltstandards eine Reihe von in der Region selber entstandenen Konzepten. Ob das für den Bezirk Hartberg mit den Entwicklungsverbänden, für Weiz mit dem Entwicklungsverband gilt, ob das für das Vulkanland, für den Bezirk Feldbach, für den Bezirk Radkersburg gilt, schauen Sie sich die Entwicklung an. Es ist eine schöne Entwicklung und sie ist nicht von außen gesteuert, sondern aus eigener Kraft. Und diese Jammerei, die wir hier immer hören, hängt einem zum Hals heraus. Positiv in die Zukunft, mit eigener Kraft, um es noch einmal zu sagen, und den Wandel zulassen. (Beifall bei der ÖVP.)

Wer glaubt, dass der Wandel sich verhindern lässt durch ein Konzept, dass man zusammenfasst und dann kommen die Experten und sagen einem, was man tun soll, der täuscht sich. Den Wandel annehmen, das haben die Menschen in der Oststeiermark immer gemacht und sie haben es immer positiv gemacht. Es ist eine Freude, in der Region zu leben.

Und wenn die Begründung, ich sage es noch einmal, wenn die Begründung nicht so negativ und so böse wäre, die diesem Antrag zugrunde liegt – das haben Sie nicht notwendig, da würde ich darauf Einfluss nehmen –, der Antrag ist ein diskutierenswerter Antrag, da kann man viel reden über Zusammenarbeit, über Kooperation, über positive Entwicklung, kann man über alles reden, werden Sie bei uns keinen finden, der dagegen ist. Nur, wenn vorher schon steht, es ist alles nichts, es ist alles furchtbar, die böse ÖVP, die böse Bundesregierung, selbst dann, wenn die Beschlüsse in einer anderen Bundesregierung, die Ihrer Fraktion angehört, gefallen sind, dann kann man da nicht mitgehen und da dürfen Sie nicht Kooperation und Zustimmung erwarten.

Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 12.13 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Wiedner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Wiedner (12.13 Uhr): Frau Präsidentin, sehr verehrte Mitglieder der steirischen Landesregierung, sehr verehrte Damen und Herren, liebe Zuhörer!

Die Wirtschaft ist ein dynamischer Prozess. Das wissen wir alle. Es gibt ständig Umstrukturierung, es gibt täglich neue Herausforderung, es gilt täglich neue Kunden, neue Märkte zu erobern. Und alle jene, die glauben, mit ideologischen Scheuklappen Wirtschaft machen zu können oder Wirtschaft machen zu wollen, sind gescheitert. Wir kennen die Probleme der letzten Jahre und der letzten Jahrzehnte. Wir müssen die Forderungen der Zukunft annehmen. Dazu gehört natürlich auch ein gewisser Umstrukturierungsprozess.

Lieber Kollege Prattes, du lächelst, du bist ja ein Wissender aus der Obersteiermark, du weißt ja, wie das in der Obersteiermark zugegangen ist. (Abg. Prattes: „Wir haben den Wandel geschafft!“)

Ihr seid ja sehr erfolgreich gewesen bei der Umstrukturierung in der Obersteiermark.

Ich glaube, die Diskussion über die VA-Tech und den Verkauf an Siemens wurde lang und breit in diesem Hause diskutiert und, ich glaube, gut diskutiert.

Im Prinzip ist es, glaube ich, nicht nur allein die Begründung, die jetzt der Kollege Majcen gesagt hat, die gegen diesen Antrag spricht – es ist sicherlich richtig, dass man auf diesem Niveau nicht unbedingt diskutieren sollte –, aber es ist auch der Antragstext.

Die 22,5 Millionen jetzt in Richtung Weiz und Richtung Oststeiermark zu schieben, wird der Region alleine nicht helfen.

Es ist überhaupt das Problem von Förderungen, dass sie nicht das Allheilmittel für Betriebe sind. Das sehen wir quer durch die ganze Steiermark. (Abg. Kröpfel: „Aber leichter wird es!“)

Ja, gebe ich dir Recht.

Wir sehen auch, dass oft sehr viele Förderungen versprochen werden, die es dann gar nicht gibt, die dann gar nicht kommen, die dann keiner brauchen kann, die dann keiner einsetzen kann. Es ist gescheitert, wenn man die Region arbeiten lässt, wenn man die Betriebe arbeiten lässt und aufhört mit diesen unseligen Garantien der Politik für Arbeitsplätze. Ich glaube, das ist aus und vorbei.

Auch du, lieber Kollege Gruber, der du vorher sehr vieles richtig gesagt hast, hast auch wieder gesagt: „Und ich danke der Frau Landeshauptmann, dass sie Arbeitsplätze garantiert hat!“ Niemand, Herr Kollege Gruber, hier in diesem Hause kann Arbeitsplätze garantieren. Wir können uns alle gemeinsam bemühen, dass wir Wirtschaftspolitik machen, dass die Wirtschaft Arbeitsplätze schafft und sichert, aber wir garantieren hier keine Arbeitsplätze.

Darum bin ich immer skeptisch bei diesen Dingen, dass man mit öffentlichen Mitteln finanziert, dass man immer nur subventioniert, weil das meistens nicht den Erfolg bringt, den wir uns erwarten.

Ich habe noch ein zweites Thema, das mir auch schon seit längerem am Herzen liegt und der Herr Landesrat für Wirtschaft sitzt ja hinter mir oder steht zumindest hinter mir, steht jetzt nur rein räumlich gesehen. (Abg. Kröpfel: „Kannst nur froh sein“!)

Ja, sonst ist es ja nicht so der Fall.

Ich habe ein Problem, ich weiß oft nicht, was er mit seiner Wirtschaftspolitik verfolgt und was er will und was er machen kann. Es ist ein gewisser Abbruch schon passiert in der letzten Zeit in der Wirtschaftspolitik und wenn ich dann lese, dass hier der Wirtschaftslandesrat in die Obersteiermark zum Wirtschaftsgipfel fährt und auch mit der großen Subventionskasse unterwegs ist und von 400 Millionen redet – und da sind wir wieder bei diesen Subventionen und Diskussion drüber –, die jetzt investiert werden oder die an Förderungen kommen werden, der da redet, dass da wieder 500 neue Arbeitsplätze kommen werden, der darüber redet, dass da 40 neue Projekte in Bearbeitung sind. Ich glaube diesen Ankündigungen nicht mehr. Ich glaube dem nicht, weil ich glaube nicht, dass jetzt alle Betriebe darauf gewartet haben, dass der A 1-Ring in die Hosen geht, damit sie dort investieren dürfen. Ich glaube dem nicht mehr und es steht ja auch in der Zeitung bitte schön, dass ich da nicht unrichtig liege. Wenn man dann in der „Kleinen Zeitung“ liest, dass man bei manchen Firmen ob dieser Jubelmeldungen sehr erstaunt ist. Mir ist nicht ganz klar, was Herr Schöpfer gemeint hat, sagt Johann Papst, Geschäftsführer der Papst-Holzindustrie. Man habe bereits in ein Leimholzwerk, in dem 60 Mitarbeiter Arbeit finden, 20 Millionen investiert, der Baubeginn erfolgte im Juni 2004, als das Projekt Spielberg noch lebte und es noch keine Wirtschaftsoffensive Obersteiermark gab.

Sie sind, glaube ich, genau auf dem Weg unterwegs, wie wir es, oder nicht wie wir, sondern wie manche dieses Hauses hier Politik betreiben. Aber es wird hoffentlich möglich sein, quer durch die Steiermark eine Wirtschaftspolitik zu betreiben, die in den letzten Jahren nicht ganz unerfolgreich war, aber wo wir davon abgehen müssen zu glauben, dass die Politik und dass Förderungen alleine Arbeitsplätze schaffen. Das ist es nicht! Die Arbeitsplätze schaffen gesunde Betriebe! (Beifall bei der FPÖ. – 12.20 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schleich. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schleich (12.21 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, geschätzte Regierungsmitglieder, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren!

Wenn der Kollege Wiedner gesagt hat, die Politik schafft keine Arbeitsplätze, dann muss ich sagen, selbst das kann nicht stimmen, denn auch in den politischen Bereichen gibt es viele Arbeitsplätze, wenn du es so gemeint hast, aber auch anders, die Politik schafft die Rahmenbedingungen für die Arbeitsplätze, denn sonst würden manche Länder nicht so dastehen, wie sie sind und sonst hätten wir auch viele Probleme nicht. Weil die Politik die Rahmenbedingungen verändert hat und so verändert hat, dass auch der Wähler inzwischen anders entscheidet – und ich glaube, es ist nicht so lange her, wir können uns alle sehr gut erinnern –, deshalb, glaube ich, muss man wirklich auch zur Kenntnis kommen und ich glaube auch bei allen Fraktionen, dass die Politik schon eine Verantwortung trägt, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Mein Kollege Franz Majcen, den ich persönlich sehr schätze, ich möchte das auch hier sagen, hat mich eigentlich bewegt, dass ich herausgehe, denn wenn man einen Berufsstand so gut kennt wie ich die Trafikanten, dann glaube ich, muss man hier herausgehen und schon etwas richtigstellen. Ich weiß, dass nach Fürstenfeld natürlich Arbeitsplätze gekommen sind, die heute auch in diesem Bereich tätig sind, aber es ist etwas passiert, was alleine die Politik und nur die Politik hat das in diese Richtung gebracht, dass die Fürstenfelder Tabakfabrik geschlossen ist. Das ist in Wien passiert. Dieser Beschluss, das Verscherbeln hat in Wien die ÖVP als Hauptverantwortliche mit der FPÖ vollzogen. Und dann nachher sich hinzustellen und zu sagen, da ist nichts passiert, das ist ja unwahrscheinlich. Was ist passiert? Arbeitsplatzgarantien hat es gegeben in der Politik, zeitbedingt hat es das gegeben, es ist verkauft worden, so lange garantieren wir die Arbeitsplätze. Was danach passiert, das kennen wir alle. Zugesperrt, nach Hause geschickt!

Was sind die Folgewirkungen? Wenn man eine Firma verkauft, wo der Staat, der Vater Staat, der Geld braucht, eigentlich in vier Jahren so viel verdient hat, wie das ganze Werk gekostet hat. Ich glaube, jeder hätte sich das gerne gewünscht, so einen Betrieb zu übernehmen. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, was sind die Folgewirkungen? Jetzt haben wir zwei Fabriken zugesperrt, die Leute haben keine Arbeit, ob man dann ein Sonderprogramm hat oder ob man es überhaupt so macht, wie unser Wirtschaftslandesrat vorgeschlagen hat, dann fördern wir halt dort. Womit fördern wir? Wenn wir vorher das verkaufen, das Geld einmalig verbraucht haben, keines mehr haben und dann tun wir vielleicht noch fördern mit dem Geld, das wir beim nächsten wieder verscherbeln. Das kann nicht Wirtschaftspolitik sein, meine sehr geehrten Damen und Herren, sondern hier fehlt es wirklich an der Politik! (Beifall bei der SPÖ.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, was ist die Folgewirkung? Die Folgewirkung daraus ist, dass man inzwischen schon hört, dass man die Landeslieferlager auflässt, das von Wien aus konzentriert beliefert. Was wird das Nächste sein? Sie alle wissen, wie viele tausende Behinderte in den Trafiken arbeiten und ihre Familien dort ernähren. In Zukunft werden sie nicht einmal das Geld einzahlen können für die Fassung, weil wenn die natürlich länger gezogen wird, das Doppelte kostet und im Voraus bezahlt werden muss, wie sollen die Trafikanten überleben? Schauen Sie einmal, wie viele inzwischen schon das Handtuch werfen mussten oder heute arbeitslos sind, weil sie natürlich als Behinderte am Arbeitsmarkt nicht unterzubringen sind. Hat die christlich-soziale Partei das vergessen? Hat sie das übersehen, welche Menschen dort sind? Es ist ja gerade Wirtschaftskammerwahl. Ich glaube, dass auf jeden Fall die Trafikanten daran denken. Ich glaube, dafür wissen wir, was wir brauchen. Wir brauchen in Wirklichkeit den Power-Plan von unserem wirklich Einzigen, der etwas tut, von Franz Voves, denn die Regionen brauchen das, auch in Fürstenfeld.

Und zwar warum brauchen wir das auch in Fürstenfeld? Weil ihr für jene Arbeitnehmer, die dort aufgehört haben, bis heute keinen Platz habt und nichts passiert ist. (Abg. Majcen: „Die arbeiten ja noch!“) Ja, sie arbeiten noch. Ihr habt bis heute keinen Arbeitsplatz für die und keine Alternative. (Hochheben von Tafeln durch ÖVP-Abgeordnete.)

Das freut mich jetzt wirklich. Ihr wisst genau, Herr Wirtschaftssprecher, anscheinend hast du keine Ahnung davon, weil ich frage – (Präsidentin Beutl: „Am Wort ist der Kollege Schleich!“)

Meine lieben Wirtschaftssprecher, es ist gerade die Wirtschaftskammerwahl, seid nicht so nervös. Ihr habt gerade das Tafel hergezeigt, was ihr wirklich gemacht habt. Da ist draufgestanden, „Wir haben nichts getan“, oder? (Beifall bei der SPÖ.) Ist das nicht so draufgestanden? Das ist die wahre Wahrheit! Vor der Gemeinderatswahl habt ihr viel versprochen und jetzt kommt die Wahrheit. Das Gleiche wie beim Semmeringtunnel. Man erfindet einfach ein neues Projekt und sagt, das alte ist ohnehin nicht gestorben, das können wir sterben lassen, weil wir haben ein neues, nur, kommen tut es dann, wenn keiner mehr von uns dasitzt. Also ihr habt wirklich Hoffnungen für die Leute! Die Steiermark erneuern schaut anders aus! Danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 12.26 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Zu Wort gemeldet ist der Herr Landesrat Schöpfer. Ich erteile ihm das Wort.

Landesrat DDr. Schöpfer (12.26 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmannstellvertreter, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Es sind einige prinzipielle Fragen der Wirtschaftspolitik angesprochen worden, etwa die Frage des Arbeitgebers beziehungsweise was kann der Staat für Arbeitsplätze tun?

Eine Frage möchte ich gleich anreißen, nämlich die Frage Staat als Unternehmer. Dass das nicht gut geht, ist bekannt. Dafür gibt es internationale Beispiele, aus Österreich genauso wie bis nach Nordkorea. Der Staat selbst ist kein guter Unternehmer. Ich glaube, dass das Führen von Wirtschaftsbetrieben tatsächlich den Unternehmen überlassen werden soll.

Aber der Staat kann einiges für Arbeitsplätze unternehmen. Es ist hier gesprochen worden über die Frage von Förderungen. Bitte, nicht so naiv zu sein. Einerseits, natürlich können nicht Förderungen Arbeitsplätze allein schaffen – das ist vollkommen klar –, aber Förderungen können verhindern, dass wichtige Betriebe abwandern oder sie können im internationalen Wettbewerb, wo gehen Betriebe hin, erreichen, dass Betriebe, die Böses vorhaben, wenn ich so sagen darf, doch in der Steiermark bleiben.

Lieber Herr Kollege Wiedner, weil Lebring angesprochen wurde, es ist gelungen, erstens einmal Lemförder hinzubringen, ein Betrieb, bitte, der im Automobilcluster sich sehr gut positioniert. Es hat sehr harte Verhandlungen mit Isovolta gegeben. Da hat die Konzernleitung von Constantia mir mitgeteilt, dass es das Problem gibt, dass sie bereits in Rumänien ein großes Grundstück haben, dass dort die Arbeitskosten um einiges geringer sind, sie wissen aber zugleich, dass die Qualität der Arbeitnehmer der Steiermark eine ganz andere ist und haben es dann tatsächlich von Förderungen abhängig gemacht. Wir haben relativ hart verhandelt und es ist gelungen, Isovolta dazu zu veranlassen, ihr neues Werk in Lebring zu bauen. Und was mich bei dem Spatenstich sehr gefreut hat, weil wir davon ausgegangen sind, da sind 50 neue Arbeitsplätze, was mich gefreut hat ist der Umstand, dass es dort weitere Ausbauplätze gibt und dass Lebring ein sehr, sehr guter Wirtschaftsstandort ist. Dass sich auch der Bürgermeister angestrengt hat, auch das will ich nicht leugnen, aber gemeinsam haben wir es geschafft.

Es ist angeklungen Obersteiermark, die Obersteiermarkinitiative. Ich darf sagen, weil Sie Pabst erwähnt haben, die Firma Pabst hat dort tatsächlich ein großartiges Ausbauprogramm bereits realisiert. Ich darf sagen, das große Leimbinderwerk – eine gewaltige Investition –, das auch von der Steirischen Wirtschaftsförderung mit einem sehr ordentlichen Betrag unterstützt wurde, ist bereits in Kraft. Das ist mir bekannt. Ich habe diesen Betrieb besichtigt. Und bei der Betriebsbesichtigung hat mir der Herr Pabst weitere Projekte vorgestellt und hat gesagt, bei entsprechender Förderung und wenn es auch gelingt, die Kraftwärmekupplung – das ist inzwischen auch passiert – dort zu positionieren, denkt er an weitere Ausbaupläne. Und bitte, er hat bereits sehr konkrete Förderansuchen auch schon positioniert.

Es gibt nur ein Problem: Unternehmer haben es nicht sehr gern, von Journalisten als Förderungsnehmer vorgeführt zu werden. Unternehmer, die sonst sehr selbstbewusst sind, da sind sie wieder scheu wie ein Reh und springen vor den Interviewkameras und so weiter davon. Aber ich darf sagen, die 40 Projekte, die Sie auf meiner Liste finden – inzwischen sind es schon weit mehr – und die zugesagten 500 Arbeitsplätze, das ist kein potemkinsches Dorf, sondern, ich bitte Sie, mich beim Wort zu nehmen, wir werden das realisieren.

Vielleicht noch ein Wort zum Bezirk Weiz. Mir kommt vor, für die Sozialdemokratie ist immer Halloween. Man versucht immer, die Leute zu schrecken und ihnen Angst zu machen. Den Weizern einzureden, es ist ein schlechter Standort, alle Lichter gehen aus, es muss ein Sonderprogramm entwickelt werden, bitte, das ist blanker Unsinn. Weiz ist die Region in der Steiermark, die die geringste Arbeitslosenquote hat. Weiz ist die Region in der Steiermark, die sich überaus dynamisch entwickelt hat. Ich darf sagen, seit 1997 fast 3000, nämlich 2660 neue Arbeitsplätze. Allein im vergangenen Jahr sind 333 neue Arbeitsplätze geschaffen worden.

Ich darf sagen, für Weiz wird noch einiges Weiteres geschehen. Gerade in der letzten Sitzung des Wirtschaftsförderungsbeirates ist einstimmig beschlossen worden, das Investment von 12 Millionen Euro zu unterstützen. 41 neue Arbeitnehmer werden dort Platz finden.

Ich darf sagen, zur Frage, wie erfolgreich war die Wirtschaftspolitik, bitte, 6000 neue Arbeitsplätze im vergangenen Jahr und die Prognose, die fürs heurige Jahr gilt, vom unabhängigen Wirtschaftsforschungsinstitut Synthesis – das ist aus Wien – lautet, über 5000 neue Arbeitsplätze für die Steiermark, während Wien knapp etwas über 1000 Arbeitsplätze aufweisen wird.

Ich glaube, wir liegen gut und die Wirtschaftspolitik war erfolgreich und wird auch weiterhin erfolgreich sein. (Beifall bei der ÖVP. – 12.31 Uhr.)

Präsident Purr: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landeshauptmannstellvertreter Mag. Voves. Herr Landeshauptmannstellvertreter, bitte.

Landeshauptmannstellvertreter Mag. Voves (12.31 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Kollege Schöpfer, sehr geehrte Damen und Herren!

Wirklich nur ganz kurz jetzt, damit es kein Missverständnis irgendwann einmal geben möge. Die SPÖ steht zur freien Marktwirtschaft, aber sie steht zu einer gelenkten sozialen Marktwirtschaft. (Beifall bei der SPÖ.)

Wir lehnen das ab, was Gott sei Dank zu Tode gekommen ist als System – Planwirtschaft, Kommunismus weg. Das war es ganz sicher nicht. Leistungsprinzip ist etwas Gutes.

Ich habe auch nichts gegen multinationale Konzerne. Aber die Sozialdemokratie hat etwas dagegen, dass sich eine neue Form von Diktatur aufbaut. Und das sind Monopole und Oligopole, die in allen Branchen im Entstehen sind. Wir sollten uns in Demokratien überlegen, ob es wirklich noch toll ist, in Zukunft nur mehr als Knierutscher vorm Hannes, vorm Franky, vorm Siegi zu agieren oder das zu tun, was Ihr Dr. Taus bei der Obersteiermarkkonferenz begründet und argumentiert hat.

Der Kollege Schöpfer versucht immer, mich oder die Sozialdemokratie, und Sie versuchen es als ÖVP ständig, dort hinzuführen, wieder zurück zur Verstaatlichung. Das ist ein kompletter Blödsinn, das will kein Sozialdemokrat, keine Sozialdemokratin im 21. Jahrhundert.

Aber wissen Sie, die Planwirtschaft hat nicht funktioniert und wir erleben ja schon die ersten Auswirkungen, die hohe Arbeitslosigkeit in Europa, weil alles mit Produktionsarbeitsplätzen in die Niedriglohnländer abdriftet, was das noch für Folgen haben wird. Und es wird einen Multiplikatoreffekt geben, eine Dynamik, wo wir noch blöd schauen werden da in Europa.

Jetzt geht es darum, setzt Europa, Österreich, die Steiermark dem etwas entgegen als Politik oder nicht? Und ich sage, für mich ist der dritte Weg wirtschaftspolitisch der Weg, den eben Finnland geht. Das heißt, dass ich mich als Shareholder-Staat mit Kernaktionärschaft und nicht mehr – wir reden alle nicht mehr von Mehrheitsbeteiligungen des Staates, sondern wir reden sinnvoll von langfristigen Beteiligungen des Staates, der öffentlichen Hand und ausschließlich nur, meine Damen und Herren, an Leitbetrieben in unseren Regionen, rundherum, alles Privatwirtschaft und auch dort im Leitbetrieb Privatwirtschaft, vom Public Private Partnership reden wir.

Der Herr Dr. Taus mit seinem Steirischen Technologiefonds – ich sage es noch einmal – ist zu 75 Prozent jetzt dort, wo ich mit der Steirischen Technologie Beteiligungs AG. im noch stärkeren Instrument bin. Von was spricht er? Er sagt wortwörtlich dort, Ihr Dr. Taus: „Ich habe überhaupt nichts dagegen, im Gegenteil,“ – seine Worte – „wenn der Staat an der Wirtschaft wieder sich stärker beteiligt und beteiligt bleibt. Ein Staat, der sich total aus der Wirtschaft zurückzieht, das ist nicht Demokratie, das ist gefährlich!“ Das sind übersetzt die Worte von Dr. Taus, von Ihrem Dr. Taus. (Abg. Wiedner: „Nicht mich anschauen. Dorthin!“)

Das heißt, wir reden von einer Technologiefonds-Geschichte, einem Investmentfonds, den der Herr Dr. Taus für die Steiermark vorschlägt. Mit 30 bis 50 Millionen Euro glaubt er das ausstatten zu können. Ich habe schon ein gutes Feedback aus den Banken, mit denen ich viele Jahre beruflich zu tun gehabt habe, die jetzt angesprochen werden. Jetzt auf einmal, wissen Sie eh, sind die Finanzdienstleister alle da – sie waren auch alle da, Herr Kollege, der Herr Generaldirektor der Sparkasse war dort, Raiffeisen war mit dem Lenger Fritz vertreten, sind ja alles meine Freunde, kenne sie ja alle gut –, weil der Herr Dr. Taus vom Technologiefonds spricht. Dort spricht man davon, jetzt geht es natürlich um die Anteiligkeit der Anteilszeichnung in diesem Technologiefonds, wie viel die öffentliche Hand dort selbst Anteile in diesem Investmentfonds zeichnet und was die Privaten zeichnen. Es ist ja ganz klar, dass sie dort in Richtung Mehrheit tendieren werden, was die Privaten haben sollen.

Okay, aber das ist im Kern nichts anderes als das, was die Sozialdemokratie wieder stärker – ich sage es wirklich überschwänglich, aber sehr ernst gemeint – in Europa, in dieser westlichen Welt und in Österreich und in der Steiermark bittet zu überlegen. Sollten wir uns nicht wieder mit professioneller Betriebsansiedlung bemühen, Regionen zu erhalten, Heimat zu erhalten, nicht auch wieder als Land, nicht mehrheitlich und nicht hineinregierend in den operativen Betrieb, jedenfalls für eine bestimmte überschaubare Zeit, bis diese Unternehmen gegriffen haben, ihre Expansionsüberlegungen zum Beispiel wirklich realisiert haben, nicht doch wieder als öffentliche Hand, zeitlich befristet, bis das Haus steht sozusagen, in der Region XY in der Steiermark, das wir brauchen vor Ort, nicht doch wieder beteiligen. Ich fühle mich durch den Dr. Taus total bestätigt, sage ich Ihnen auch hier an dieser Stelle.

Jetzt bin ich beim Kollegen Majcen: Ich würde mich freuen, wenn wir wirklich vernünftiger über derartige Konzepte für die Steiermark gemeinsam nachdenken könnten.

Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 12.37 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Landesrat Dr. Schöpfer bitte.

Landesrat DDr. Schöpfer (12.38 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landeshauptmannstellvertreter, meine Damen und Herren Abgeordnete, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich möchte in einem Punkt nicht missverstanden werden. Es ist nicht schlecht, wenn der Staat Geld in die Hand nimmt, um in der Wirtschaft etwas bewirken zu wollen. Die Frage ist nur, was soll jetzt eine staatliche Beteiligung wirklich erreichen? Ich würde sagen, wenn es um Venture Capital geht, sind wir sofort dabei. Sind wir sofort dabei! Wenn es geht für Start ups, also für Gründung von Unternehmen, für Unternehmen, die noch klein sind, die in einem riskanten Bereich tätig sind, dann soll der Start von solchen Unternehmungen durchaus auch durch den Staat mitbegünstigt werden. Ich würde auch sagen, wenn Unternehmen Schwierigkeiten haben, wenn sie Gefahr laufen, sich in der freien Marktwirtschaft nicht zurechtzufinden und man hat den Eindruck, dass hier Managementfehler gelaufen sind, dass man diese Unternehmen durchaus retten kann und die damit verbundenen Arbeitsplätze, auch da sind wir dabei, sind aber der Meinung, wenn es gelungen ist, diese Unternehmen tatsächlich zu retten, dann sollen sie wieder sozusagen in Freiheit entlassen werden.

Das, was Kollege Taus vorgeschlagen hat, einen Technologiefonds, das heißt, neues Geld zu akquirieren, auch privates Geld zu akquirieren, sozusagen mit staatlichem Geld vermischt und das zu verwenden, um Technologie und Forschung zu ermöglichen, um sich an Unternehmen kurzfristig zu beteiligen, ja bitte, auch das ist herzlich willkommen. Aber ich glaube, der einzige Unterschied, um das herauszuarbeiten, wir sind der Meinung, dass eine auf Dauer angelegte Beteiligung des Staates viel Geld versenkt, aber in Wirklichkeit wenig Steuerungsmöglichkeiten bringt. Eine Minderheitsbeteiligung kann, wenn es strukturelle Probleme gibt, einfach nicht verhindern, dass dort Arbeitsplätze verloren gehen. Das hat ja auch die Verstaatlichte gezeigt. Ich darf sagen, in einem Punkt bin ich strikt dagegen Geld zu verschwenden, nämlich mit Gewalt neue Organisation hochzufahren. Eine Beteiligungs-AG. hochzufahren kostet ein Vermögen und bitte, wir haben ja auch mit Stimmen der SPÖ bereits entsprechende Organisationen in der Steiermark beschlossen. Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft hat Untergesellschaften und eine der Gesellschaften ist die Beteiligungsgesellschaft, die durchaus positiv agiert und bis jetzt eine eigentlich sehr gute Performance gezeigt hat. Und ich darf sagen, die SFG ist ja eine professionelle Betriebsansiedlerin. Also ich würde nicht immer die SFG runtermachen, die Beamten Dr. Kaltenbeck, Dr. Theißl sind großartige Leute, sie verstehen etwas von ihrem Geschäft und das zeigt auch die Vergangenheit.

Ich darf noch einmal sagen, ich habe ja auch mit Hannes Androsch darüber diskutiert, ich glaube, dass für Unternehmer die Frage einer Förderung, die Frage auch, dass Forschung und Entwicklung gefördert werden, Zukunftsfonds und so weiter, interessanter ist als eine Beteiligung des Landes oder des Staates. Ich darf aber sagen, für mich ist da die Ideologie kein großes Problem. Wenn Sie einen einzigen Unternehmer bringen, der sagt, ich bringe soundso viele Arbeitsplätze in die Steiermark, aber nur unter den Gesichtspunkten einer Beteiligung. Bitte, dann bin ich dabei und dann müssen wir prüfen, ob unsere Beteiligungsgesellschaft ausreicht oder wir irgend etwas Neues dazu erfinden müssen. Aber ich glaube, da bin ich pragmatisch, weil ich meine, man soll für die Steiermark das Beste tun! (Landeshauptmannstellvertreter Mag. Voves: „Das ist eine andere Diskussion!“)

Abschließend noch ein Wort zum Bezirk Weiz. Wir haben es im Bezirk Weiz geschafft, Ziel-2-Gebiet, 154 Projekte in den letzten Jahren mit zu begleiten. Das Gesamtinvestitionsvolumen war 185 Millionen Euro, davon waren 20 Millionen EU-Mittel und 23 Millionen waren Landes- und Bundesmittel. Das heißt, wir haben es geschafft, mit 23 Millionen Landes- und Bundesmitteln einen Betrag von fast 200 Millionen Euro privaten Geldes zu heben. Also das heißt, der Förderungseffekt, der Effekt, wie viel Geld bringe ich in Umlauf, wie viele Arbeitsplätze entstehen, ist sicherlich durch Wirtschaftsförderungen am höchsten. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 12.42 Uhr.)

Präsident: Damit, meine Damen und Herren, kommen wir schon zur Abstimmung über den Tagesordnungspunkt 3.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich nunmehr um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Meine Damen und Herren, wir sind nun bei Tagesordnungspunkt

4. Bericht des Ausschusses für Europäische Integration über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2176/1, betreffend den vierten Vierteljahresbericht 2004 über den Stand der Europäischen Integration.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Ing. Josef Ober. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ing. Ober (12.42 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich darf zum Tagesordnungspunkt 4, Bericht des Ausschusses für Europäische Integration über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2176/1, betreffend den vierten Vierteljahresbericht 2004 über den Stand der Europäischen Integration, berichten.

Der vorliegende vierte Vierteljahresbericht des Jahres 2004 über den Stand der Europäischen Integration gibt einen Überblick über aktuelle Entwicklungen auf europäischer Ebene, den Stand der Rechtsanpassung in der Steiermark sowie einen Informationsschwerpunkt zum Thema Balkan.

Ich bitte um Kenntnisnahme. (12.42 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung und habe Wortmeldungen dazu. Herr Abgeordneter Majcen ist zu Wort gebeten, danach der Herr Abgeordnete Grabner.

Abg. Majcen (12.43 Uhr): Herr Präsident, danke für die Worterteilung. Ich begrüße alle Damen und Herren sehr herzlich!

Meine Damen und Herren, der Tagesordnungspunkt ist eigentlich heute der Vierteljahresbericht, der wie immer gut abgefasst ist, der aber natürlich hintennach ist, wie das einem Bericht so zu Eigen ist. Ich möchte, weil es jetzt genau zu dem dazupasst, was vorher gesprochen wurde, Folgendes sagen.

Landesrat Schöpfer hat gerade vorher gesagt, dass zum Beispiel in der Region Weiz in den letzten Jahren mit Förderungen seitens der EU und mit nationalen Förderungen insgesamt ein Volumen von 200 Millionen Euro bewegt werden konnte. Das ist erfreulich, wir haben allerdings vor uns die Entwicklung, dass die EU-Wettbewerbsbehörde uns in Österreich die Förderung, von der gerade gesagt wurde, sie ist notwendig, um Dinge zu bewegen, diese Förderung nicht mehr erlaubt sein wird. Das heißt, mit Ende dieser Förderperiode 2006 könnte es uns drohen, dass wir aller Förderinstrumente verlustig gehen oder beraubt werden, wie immer man das nennt und dass auf der anderen Seite in den Nachbarstaaten, die jetzt neue Mitglieder der EU sind, die höchsten Förderquoten zulässig sind und das bedeutet einen starken Absturz. Wir sind in unserer Entwicklung noch nicht so weit, dass wir die Dinge ohne Förderungen bewältigen und wir brauchen auch die nationale Förderung. Die können wir aber nur dann kriegen, wenn es eine Erlaubnis dafür gibt und daher müssen wir uns als Steirer beim Bund sehr zu Wort melden und den Minister Bartenstein unterstützen, der gemeinsam mit Franzosen zum Beispiel, aber auch mit anderen, ich glaube auch mit Deutschland, diese Situation bei der Wettbewerbskommissarin, bei der Wettbewerbsbehörde in der EU in Angriff nimmt, um diese Zulässigkeit wenigstens nationaler Förderungen zu erreichen, damit die Förderdifferenz, die zulässige Förderdifferenz nicht bei 50 Prozent liegt. Das heißt, bei uns nichts und 10 Kilometer, 20, 50 Kilometer weiter 50 Prozent zulässige Förderquote. Das würde uns stark beeinträchtigen in der Weiterentwicklung unseres steirischen Raumes, nicht nur des Grenzlandes. Daher bitte ich euch alle, alle, die da irgendwie Einfluss haben und andere Parlamentarier auch auf EU-Ebene kennen, dass wir Österreicher bei unserer eingeschlagenen Linie bleiben und zusammen, was ja wie gesagt auch Frankreich, Großbritannien und Deutschland tun, für die Beibehaltung der nationalen Fördermöglichkeiten kämpfen. Das ist die Bitte, die ich in diesem Zusammenhang aus aktuellem Anlass äußere und bitte auch weiterhin alle, den europäischen Anliegen Aufmerksamkeit zu widmen. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 12.47 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Grabner.

Abg. Dipl.-Ing. Grabner (12.47 Uhr): Herr Präsident, Herr Landesrat, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Am Rande der Thematik, die heute im Vierteljahresbericht Anlass wäre zu diskutieren, befindet sich auch die Frage, wie geht es in der Steiermark weiter mit den Instrumentarien des Handlings mit EU-Fördermitteln, mit den EU-Fördermodalitäten, wie gehen wir um mit den Regionen, wie gehen wir um mit den Regionalbüros in den sieben steirischen EU-Regionen?

Da gab es am vorigen Montag einen diesbezüglichen Antrag in der Landesregierung, den ich absolut begrüße, weil er das Ergebnis einer Studie ist über die Effizienz und über Mängel, die auszumerzen wären und im Wesentlichen über Möglichkeiten, das Instrument der EU-Regionalbüros in unseren Regionen zu schärfen. Die Landesregierung hat sich vorgenommen, darüber in Diskussion zu treten.

Ich möchte die Gelegenheit wahrnehmen, hier auch ein Anliegen zu platzieren als einer jener, die in den Regionen diesen Regionalmanagementinstrumentarien vorzustehen die Aufgabe haben. Meine Damen und Herren, es ist unerlässlich – so ist auch das Ergebnis dieser Studie –, dass diese Einrichtungen gebündelt werden, dass diese Einrichtungen vereinfacht werden, dass sie überschaubar gemacht werden, um effizienter zu werden.

Jetzt gibt es einen Anlass – in der Region Aichfeld-Murboden – zur Bündelung verschiedener Einrichtungen, gerade weil es bei uns aus Tradition die meisten dieser Einrichtungen gibt. Es war nämlich die Region Aichfeld-Murboden, die Anfang der siebziger Jahre, als erste Region Österreichs überhaupt, eine Regionalinitiative gestartet hatte, und zwar aus der Region heraus, durch die Gründung eines regionalen Wirtschaftsförderungsverbandes, aus dem dann die Bundeseinrichtung „Entwicklungsgesellschaft Aichfeld-Murboden“ entstanden ist, die jahrzehntelang sehr wirkungsvoll für die Region gearbeitet hat. Ich erinnere, nur ganz grob resümierend: Ansiedelung von ungefähr einem Dutzend Betrieben, Bau von 700 Wohnungen für diejenigen, die dann dort Arbeit gefunden hatten, ungefähr fünf große Bundesschulen, die Schnellstraße wurde von Sankt Michael bis Judenburg fortgesetzt. Kurz und gut, die Infrastruktur für das Wirtschaften wurde ganz bedeutend verbessert.

Da komme ich auf den Punkt, der vorhin diskutiert wurde, die Frage, wie kann die Politik in die Wirtschaft positiv einwirken? Ich kann den Dr. Taus vom 4. März diesen Jahres noch präzisierend zitieren, weil ich mir das aufgeschrieben habe – es erschien mir so bemerkenswert, weil es immer wieder in Frage gestellt wird. Er hat als langer profunder Kenner der österreichischen Wirtschaftsszene klar gesagt: „Der Rückzug des Staates und der Politik aus der Wirtschaft ist völliger Unsinn!“

Wenn ich sage, wir aus unserer Region wissen, wovon wir sprechen, einige der Privatunternehmungen, die damals über Förderung des Bundes und des Landes in die Region gekommen sind, haben, wie zum Beispiel die Firma Bauknecht, damals Firma Bauknecht, bereits viermal in Privatbesitz abgegeben, jeweils wieder vom Bund, von der Bundesauffanggesellschaft GBI aufgefangen werden müssen zugunsten des regionalen Standortes und der dort über 1700 Mitarbeiter. Das heißt, immer wieder ist es die öffentliche Hand, die öffentliche Einrichtung, der Staat gewesen, der eine Unternehmung aufgefangen hat, um sie dann wieder, wenn sie sich erfangen hatte, dem privaten Markt anzubieten und jeweils haben sich die Herren Rothenberger und, und, und bis jetzt Kovac gefunden, um dieses Unternehmen, das der Staat konsolidiert hat, dann wieder gesund weiterzuführen. Aber die Gesundung hat immer nur so lange gelangt, solange man dort etwas herauswirtschaften konnte.

Das kann man von der privaten Wirtschaft auch gar nicht erwarten, dass sie zugunsten einer Region möglicherweise auf Vorteile, auf Gewinne verzichtet, die sie anderswo besser machen könnte.

Darum ist auch zum Beispiel dem Herrn Androsch im hohen Maße anzurechnen, dass er zwar den Standort um einige zehn Kilometer verlagert – weil es dort eben günstiger zu produzieren gilt, kann er sich dorthin zurücknehmen –, aber er vernichtet keinen Arbeitsplatz in der engeren Region. Das ist ein ganz entscheidender Unterschied.

Deshalb haben wir gesagt, die regionalen Einrichtungen sind zu fördern, sind zu stärken und zu schärfen. Ich sage dazu, wenn es, so wie bei uns, mehrere Einrichtungen gibt, einen Verein Raumordnungs- und Wirtschaftsförderungsverband, das EU-Regionalmanagement, das Schulungszentrum Fohnsdorf als einer der Exponenten, ich denke also auch an den regionalen Beschäftigungspark als eine der Auswirkungen des Regionalmanagements, der Initiativen und ich denke natürlich an die neue Obersteiermarkagentur mit Sitz in Judenburg, dann kann ich mir absolut vorstellen, dass es hier zu einer Bündelung, zu einer Kooperation, zu einer Zusammenführung dieser Einrichtungen kommen sollte, weil ich überzeugt bin, dass alle das Beste für die Region intendieren.

Ich habe nur einen Einwurf: Herr Präsident Mühlbacher hat bei dieser Obersteiermarkkonferenz – Herr Landesrat, Sie haben es mitgehört – darauf hingewiesen, naja, eigentlich könnten wir das, was jetzt ohnedies schon in der Wirtschaftskammer, in den Räumlichkeiten in Judenburg ist, gleich in dieser Form weiterführen, die SFG liefert sozusagen das Personal, wir stellen die Räumlichkeit zur Verfügung und wir sagen der Region, wo es langgeht. Das wird es so wohl nicht sein können.

Also, zentralistische Direktiven für das, was in der Region Not tut, das können wir am wenigsten brauchen und dass unsere Region von selbst durchaus in der Lage ist – Kollege Rieser, Kollege Bacher, wir sitzen gemeinsam in einem Gremium, nämlich im Vorstand des Regionalmanagements – und ich sage, jedenfalls sollte die Region auf der Ebene der Einfluss nehmenden Personen – ich denke jetzt eben an die Mandatäre und die Bürgermeister – auch weiterhin sagen können, was sie selbst für die Region für notwendig und für wichtig erachtet. Dieses Instrumentarium, das wir zusammenführen sollten und können, sollte natürlich weiterhin von jenen beeinflussbar sein, die in der Region auch wissen, was die Region braucht.

Mein Anliegen, Herr Landesrat, geht in die Richtung, greifen wir das auf, führen wir die Instrumentarien zusammen. Wir vom Regionalmanagement, wir alle, die dort im Vorstand sitzen sind dazu durchaus bereit, umso mehr als wir jetzt gerade die Situation haben, die Stelle der Geschäftsführung ohnedies nachzubetzen. Vielleicht fällt uns da irgendetwas ein, was die Personalkosten minimieren kann, reduzieren kann, dass wir nicht überall eine Geschäftsführung brauchen. Vielleicht können wir uns zusammenführen, jedenfalls unter der Prämisse, dass die Region selbst darüber befinden kann – auch weiterhin –, was für die Region wichtig ist. Das ist der eine Punkt, der mir am Herzen lag.

Jetzt eine Sache, die im Zusammenhang mit der EU-Präsidentschaft Österreichs im nächsten Jahr steht. Wie immer – und das wissen wir alle – sind in jenem Land, in dem gerade die EU-Präsidentschaft präsidiert – nämlich in der ersten Hälfte des kommenden Jahres in Österreich – die Fachkonferenzen der europäischen Minister. Die EU-Ratssitzungen finden also zu allen Fachgebieten statt und so wird es auch in Österreich sein. Es wird zweckmäßig sein, wenn sich die Steiermark rechtzeitig, Herr Landesrat, rechtzeitig, und ich meine jetzt, beim Bund anstellt und sagt, liebe Freunde, wir wollen diese und jene Facheuropakonferenz in unserem Lande haben. (Beifall bei der SPÖ.)

Herr Landesrat, wenn wir gehört haben, wie der Herr Prof. Steiner gerade den Bereich Wissenschaft und Forschung, wirtschaftsnahe Forschung, Kooperation der hohen Lehre und der Wirtschaft – ich denke nicht nur an die hohen Schulen, ich denke auch an die privaten Einrichtungen wie List und, und, und – hervorgestrichen hat und der Überzeugung war, dass das Land Steiermark diesbezüglich absolut führend ist in Österreich und darüber hinaus, was läge näher, als zu sagen, wir bemühen uns um die Ratssitzung für den Bereich Wissenschaft und Forschung, haben die Standorte Graz und Leoben anzubieten. Kümmern wir uns darum, dass dieses Signal, das auch für die Obersteiermark sehr wichtig ist, von uns ausgehen kann, damit wir der ganzen Welt zeigen können, damit wir ganz Europa zeigen können,

hier ist Kapazität, hier sind junge Leute mit Hirn, hier sind junge Leute mit Kraft. Zeigen wir das her, machen wir das in der Form, dass wir uns raschest bemühen, diese Konferenz in die Obersteiermark zu bringen.

Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 12.57 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren, eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Meine Damen und Herren, wenn Sie dem Antrag des Berichterstatters Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie um ein Handzeichen.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich möchte es nicht verabsäumen, die Schülerinnen und Schüler der 4. Klasse Hauptschule mit den Fachlehrerinnen aus meiner Heimat Groß Sankt Florian herzlich zu begrüßen. (Allgemeiner Beifall.)

Ich ersuche nunmehr die Frau Präsidentin Rieder, den Vorsitz zu übernehmen.

Wir kommen somit zum Tagesordnungspunkt

5. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 989/2, zum Beschluss Nr. 657 des Steiermärkischen Landtages vom 3. Juli 2002 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Böhmer und Kaufmann, betreffend Haftungsregelungen Futtermittelproduzenten.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Monika Kaufmann. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Kaufmann (12.59 Uhr): Mit Beschluss Nr. 657 des Steiermärkischen Landtages vom 3. Juli 2002 wurde die Steiermärkische Landesregierung aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, damit erstens zur Garantie der Qualitätssicherheit von Lebens- und Futtermitteln strenge Haftungsregelungen für Futtermittelproduzenten gesetzlich statuiert werden und zweitens umgehend Verhandlungen mit den zuständigen Stellen der Europäischen Union aufgenommen werden, um das Niveau der Futtermittelsicherheit durch geeignete einheitliche Maßnahmen, wie zum Beispiel Beweislastumkehr im Hinblick auf die Haftung für Schäden, europaweit zu heben.

In Entsprechung dieses Beschlusses wurde das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt- und Wasserwirtschaft um weitere Veranlassung und Übermittlung einer Stellungnahme ersucht. Die diesbezüglich übermittelte Stellungnahme liegt vor.

Diese Stellungnahme wurde in Form der Regierungsvorlage 982/2 in den Steiermärkischen Landtag eingebracht und am 15. Juni 2004 in der Sitzung des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz beraten. Der genannte Ausschuss fasste sodann den Beschluss, die Landesregierung um eine ergänzende Stellungnahme zu dieser Regierungsvorlage zu ersuchen. Auch diese Stellungnahme liegt uns vor. Die Fachabteilung 8C – Veterinärwesen kommt darin zum Schluss, auch wenn die Argumentation des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt- und Wasserwirtschaft nachvollziehbar ist, dass Qualitätssteigerungen grundsätzlich nur durch ein optimiertes und besser kontrolliertes Herstellungsverfahren erzielt werden können, spricht aus unserer Sicht nichts dagegen, wenn die Bundesregierung Verhandlungen mit den zuständigen Stellen der Europäischen Union aufnehmen würde um zu versuchen, auch über eine Beweislastumkehr im Hinblick auf die Haftung für Schäden das Niveau der Futtermittelsicherheit europaweit zu heben.

Ich stelle daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen, der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluss Nr. 657 des Steiermärkischen Landtages vom 3. Juli 2002 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Böhmer und Kaufmann, betreffend Haftungsregelungen für Futtermittelproduzenten, wird zur Kenntnis genommen.

Ich ersuche um Annahme. (13.01 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Danke, Frau Abgeordnete. Du bist auch am Wort.

Abg. Kaufmann (13.01 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Mit unserem Antrag vom 2. Juli 2002 wollten wir zwei wichtige Dinge. Erstens die Lebensmittelsicherheit und zweitens die Qualitätssicherheit.

Wenn Sie sich an den BSE-Skandal zurückerinnern können, der hat gezeigt, dass Bauern, die nach bestem Wissen und Gewissen arbeiten, alleine nicht in der Lage sind für die Produktsicherheit zu garantieren, wenn sie auf Futtermittel der industriellen AGRO-Chemie angewiesen sind und diese Konzerne zum Beispiel kontaminiertes Tiermehl liefern. Auch der Nitrofen-Skandal war ein Skandal der Futtermittelproduzenten. Die Verunreinigung von biologisch hochwertigen Futtermitteln mit Nitrofen ist eindeutig den Futtermittelproduzenten zuzurechnen. Die katastrophalen Folgen hatten jedoch hauptsächlich deutsche Biobauern zu tragen. Viele von ihnen mussten Konkurs anmelden. Und wenn man die Skandale insgesamt anschaut, die Bauern waren nie die, die verursacht haben. Es waren immer Skandale der industriellen AGRO-Chemie und es waren immer Skandale der Futtermittelproduzenten.

Ich möchte daher einen Entschließungsantrag stellen, der sich hauptsächlich mit der Beweislastumkehr beschäftigt, nämlich bedarf es neuer Haftungsregelung für diese industriellen AGRO-Chemiekonzerne, das heißt die Beweislastumkehr müsste gesetzlich statuiert werden, nicht der Konsument oder die Konsumentin und nicht der Bauer oder die Bäuerin soll beweisen müssen, dass ein Schaden aufgetreten ist auf Grund gesundheitlich bedenklicher oder gar schädigender Futtermittel, sondern der Futtermittelproduzent muss verpflichtet werden zu beweisen, dass sein Produkt den Qualitätsanforderungen zu entsprechen vermag. Das heißt, er muss beweisen, dass das Futtermittel frei von gentechnisch veränderten Organismen, Tiermehl, unzulässigen Herbizid- und Pestizidrückständen oder radioaktiver Strahlungen und was es da noch alles gibt, eben davon frei ist.

Ich stelle daher den Unselbstständigen Entschließungsantrag der Abgeordneten Kaufmann und Stöhrmann.

Über Initiative der sozialdemokratischen Fraktion hat der Steiermärkische Landtag beschlossen, die Bundesregierung zu ersuchen, dass umgehend Verhandlungen mit den zuständigen Stellen der Europäischen Union aufgenommen werden, um das Niveau der Futtermittelsicherheit durch geeignete einheitliche Maßnahmen, wie zum Beispiel Beweislastumkehr im Hinblick auf die Haftung für Schäden, europaweit zu heben. Das hierauf von der Steiermärkischen Landesregierung befasste Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft vertrat in der Beantwortung des Ersuchens die Ansicht, dass keine Notwendigkeit der Verankerung einer Beweislastumkehr in einem zivilen Schadenersatzprozess gesehen werde, weil Qualitätssteigerungen grundsätzlich nur durch ein optimiertes und besser kontrolliertes Herstellungsverfahren erzielt werden können.

Die Fachabteilung 8C des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung erachtet die vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft geäußerte Ansicht zwar für nachvollziehbar, sieht jedoch keinen Grund, dass die Bundesregierung nicht dennoch Verhandlungen mit den zuständigen Stellen der Europäischen Union aufnimmt, um über eine Beweislastumkehr das Niveau der Futtermittelsicherheit zu heben.

Die sozialdemokratische Fraktion sieht ihre Forderung nach Verankerung einer Beweislastumkehr für Schäden durch Futtermittelproduzenten nicht alleine als qualitätssteigernde Maßnahme, sondern auch als Maßnahme zur Unterstützung der steirischen Bäuerinnen und Bauern in der landwirtschaftlichen Produktion und zur Stärkung der Position der Konsumenten und Konsumentinnen. Die Qualität der Futtermittel spielt heutzutage nicht nur im Biolandbau, sondern auch im Bereich der herkömmlichen landwirtschaftlichen Produktion eine immer entscheidendere Rolle.

Ohne Beweislastumkehr müssten die Konsumentinnen und Konsumenten beziehungsweise die Bäuerinnen und Bauern beweisen, dass sie einen Schaden auf Grund qualitativ minderwertiger, gesundheitlich bedenklicher oder gar schädigender Futtermittel erlitten haben. Dies ist enorm schwierig und finanziell meist sehr aufwändig, daher gelingt es kaum, allfällige Schäden durch Mängel in der Futtermittelproduktion rechtswirksam geltend zu machen und die tatsächliche Verantwortung offen zu legen.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, sich im Interesse der Unterstützung der steirischen Bäuerinnen und Bauern sowie zur Stärkung der Position der Konsumenten und Konsumentinnen nochmals nachhaltig bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, damit diese bei den zuständigen Stellen der Europäischen Union Verhandlungen zur Verankerung einer Beweislastumkehr für Schäden durch Futtermittelproduktion initiiert.

Ich ersuche um Annahme. (Beifall bei der SPÖ. – 13.06 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Wollen Sie sich melden? Bitte! Herr Abgeordneter Forenbacher ist am Wort.

Abg. Dr. Forenbacher (13.06 Uhr): Ich kann alle Maßnahmen, die zur Verbesserung der Futtermittel beitragen, nur unterstützen.

Ich möchte jetzt nur als Arzt sagen, die Nahrungsergänzungsmittel – ich denke jetzt nur an den Fall Knaus, an den Fall Lichtenegger – werden bei uns viel weniger genau kontrolliert als die Futtermittel. Ich habe darauf schon mehrfach hingewiesen, dass im Sinne einer konsumentenfreundlichen Vorgangsweise verstärkte Kontrollen dieser Nahrungsergänzungsmittel auch durchgeführt werden sollten. Das nehmen Menschen im Bewusstsein, etwas für die Gesundheit zu tun, dann kriegen sie Prohormone zum Teil in toxischen Dosen verabreicht.

Ich glaube, da ist wirklich Handlungsbedarf gegeben. Ich bitte alle Abgeordneten, auf dieses Problem auch ihr Augenmerk zu lenken.

Danke schön! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 13.07 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster am Wort ist der Herr Abgeordnete Rieser.

Abg. Rieser (13.07 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ein sehr heikles Thema, diese Haftungsregelung. Ich darf dir beipflichten, Frau Kollegin Kaufmann, es ist sehr problematisch. In diesem Zusammenhang, glaube ich, ist die Politik gefordert, dass man dementsprechende Haftungsregelungen auch schafft, weil es notwendig ist.

Ich glaube überhaupt, es ist in diesem Zusammenhang anzusprechen, dass der Bauer selbst, der schlussendlich dann das den Tieren verfüttert, ja am allerwenigsten einen Einfluss nehmen kann, weil er keinen hat. Er bekommt dieses Futter und verfüttert es, sehr oft in gutem Glauben.

Daher sind auch wir der Auffassung, dass es notwendig ist, dass in diesem Zusammenhang etwas geschieht, dass etwas passiert, bevor was passiert.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 13.09 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Nachdem keine Wortmeldung mehr vorliegt, kommen wir bereits zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich darf Einstimmigkeit feststellen.

Ich ersuche nun jene Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Beweislastumkehr im Hinblick auf die Haftung für Schäden durch Futtermittelproduzenten, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Auch hier darf ich Einstimmigkeit feststellen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

6. Bericht des Ausschusses für Gemeinden und Sicherheit über den Antrag, Einl.-Zahl 2143/1, der Abgeordneten Schrittwieser, Gennaro, Schleich und Margarethe Gruber, betreffend Aufrechterhaltung der Bundesheerstandorte in der Steiermark.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Siegfried Schrittwieser. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schrittwieser (13.10 Uhr): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Gemeinden und Sicherheit zum Antrag, Einl.-Zahl 2143/1, der Abgeordneten Schrittwieser, Gennaro, Schleich und Margarethe Gruber, betreffend Aufrechterhaltung der Bundesheerstandorte in der Steiermark.

Der Ausschuss für Gemeinden und Sicherheit hat in seinen Sitzungen am 1. Februar und am 8. März 2005 über obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt.

Der Ausschuss für Gemeinden und Sicherheit stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, alles zu unternehmen, damit die derzeitigen Standorte des Österreichischen Bundesheeres in der Steiermark erhalten bleiben.

Ich bitte um Annahme. (13.10 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Danke schön!

Eine Wortmeldung, Herr Abgeordneter Gennaro, bitte.

Der Herr Abgeordnete Rieser ist näher am Rednerpult, soll auch recht sein. Bitte!

Abg. Rieser (13.11 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Hohes Haus!

Wir haben sehr lange im Ausschuss über diesen Antrag diskutiert, haben schlussendlich einen Ausschussantrag eingebracht, weil wir der Auffassung sind, dass die Begründung des Antrages, Herr Kollege Schrittwieser, unakzeptabel war und dies dem Hohen Haus auch nicht würdig ist.

Man kann hier keinen falschen Populismus produzieren und Ängste schüren, gerade, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn die Sozialdemokratische Partei ständig versucht, die allgemeine Wehrpflicht abzuschaffen und auf der anderen Seite dann diesen Antrag für die Beibehaltung aller Standorte einbringt.

Das Österreichische Bundesheer hat die Reformphase noch nicht hinter sich, sondern befindet sich in der Reformphase. Unter dem Vorsitzenden, dem ehemaligen Wiener Bürgermeister Dr. Helmut Zilk, hat es viele Vorschläge gegeben, sind erarbeitet worden, sind diskutiert worden, schlussendlich in 34 Arbeitsgruppen, 700 Experten waren in diesem Gespräch eingebunden, eigentlich parteiübergreifend auf breiter Basis. Nun werden unter Einbindung der Länder, der Kommanden, der Personalvertretung und der politischen Gremien weitere Reformschritte gesetzt.

Die neue Struktur erfordert leistungsfähige Standorte. Nicht mehr erforderliche Liegenschaften sollen auf Grund dieses Konzeptes veräußert werden. Ich denke in diesem Zusammenhang, meine sehr verehrten Damen und Herren, an das ehemalige Korpskommando Glacisstraße, das schlussendlich auch leer steht.

Es ist heute vollkommen verfrüht, über einzelne Standorte zu spekulieren und zu diskutieren. Es gibt natürlich derzeit viele Anfragen. Es gibt Diskussionen, wie schaut es mit den Kasernen aus, wie steht es mit jenen Standorten, was wird passieren?

Nur eines, eine Garnison im ländlichen Raum hat einen wesentlich höheren Stellenwert als eine Garnison in Ballungszentren. Ich war selbst 14 Jahre Bürgermeister und kenne also die Wirtschaftlichkeit einer Garnison, einer Kaserne in einem ländlichen Raum.

Deshalb haben wir zum Beispiel im Steirischen Zirbenland, die Gemeinden dort, mit dem Truppenübungsplatz Seetaleralpe eine Partnerschaft geschlossen, weil der Truppenübungsplatz uns nicht nur Arbeitsplätze bringt, sondern auch wirtschaftlich etwas bringt und schlussendlich unsere Jugend aus der Region dort auch vorwiegend den Präsenzdienst ableisten kann.

Die Frau Landeshauptmann hat mit Recht den Erhalt des Standortes Aigen gefordert. Der Fliegerhorst Aigen ist der westlichste Militärflugplatz Österreichs, von wo aus auch die hochalpinen Gebiete Österreichs versorgt werden.

Es geht um die Sicherheit Österreichs, der Steiermark und es darf in so einem sensiblen Bereich keine Verunsicherung geben. Aber trotz allem muss man wissen, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass nicht alle Kasernenstandorte im Besitz des Österreichischen Bundesheeres beziehungsweise im Besitz der Republik Österreich sind. Es gibt Garnisonen, wo das Militär Untermieter ist. Ich möchte sie namentlich nicht erwähnen, weil ich keine Verunsicherung heute und in dieser jetzigen Phase hineinbringen möchte.

Und Herr Oberst List nickt, weil er weiß, um was es hier geht. Unsere Frau Landeshauptmann Klansic wollte mir mit diesem heutigen Beschluss eigentlich den Rücken stärken, denn nach Aussage des Herrn Bundesministers gibt es keine Liste (Abg. Gennaro: „Geheime Sparpläne!“), sondern einen Diskussionsentwurf, auch kein Geheimpapier, Kurt. Ich habe den Minister konkret bei der letzten Sitzung in diesem Zusammenhang gefragt. Es gibt diese Diskussion, man spricht davon, dass die eine oder andere Garnison auch unter Berücksichtigung dessen, dass wir heute zirka ein Drittel weniger Wehrpflichtige haben, als wir noch vor 15, 20 Jahren hatten, dass nicht alles gleich weiterlaufen kann, das ist mir bekannt. Aber uns geht es darum, die Garnisonen so weit als möglich zu erhalten, eine sachliche Diskussion zu führen über die Parteigrenzen hinweg, weil uns die Sicherheit auch etwas wert ist. In diesem Zusammenhang danke ich für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 13.18 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster am Wort ist der Herr Abgeordnete Gennaro.

Abg. Gennaro (13.18 Uhr): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Lieber Kollege Rieser als einer meiner Obmänner, du weißt, wovon ich spreche. Du gehst da her und sagst, es ist zu verfrüht zu reden und man darf da nicht Panik betreiben und, und, du hast selbst mit dem Herrn Verteidigungsminister gesprochen. Im gleichen Atemzug unterstützt und bedankst du dich aber, dass die Landeshauptfrau gesagt hat, Aigen darf nicht gesperrt werden, der Flughafen darf nicht geschlossen werden. Okay, dann müsste ich jetzt fragen, warum hat sie denn das gesagt? Einfach nur, weil es lustig ist oder aus der Sorge heraus? Unser Antrag, meine sehr verehrte Damen und Herren, ist genau das. (Unverständlicher Zwischenruf.) Das, was du sagst, ist ein Blödsinn. Nur eines habe ich immer gesagt, sehr salopp sage ich das, lieber Herr Diplomingenieur, einem Ochsen, den man zur Schlachtbank führt, kann man das Brüllen nicht verwehren. Das wirst du auch nicht verhindern können. Wahr ist, dass selbst der Herr Verteidigungsminister eine Geheimhaltung in der Frage Bundesheerreform befohlen hat. Das ist nicht auf unserem Mist gewachsen, das konnte man bereits in den Medien nachlesen. Wissen tun wir, dass in Graz zum Beispiel Thalerhof, der Standort Flughafen Thalerhof – Militärstützpunkt in Frage steht, es konzentriert sich alles in der Obersteiermark mit dem neuen Eurofighter. Die anderen Geschichten laufen aus für Graz. Die Saab 105 läuft aus und, und, und. Und der Herr Generalmajor Militärkommandant Winkelmayr – ist kein Sozialdemokrat, der hat mit uns nur eines gemeinsam, auch die Sicherheit zu verteidigen –, der hat auch aus der Sorge heraus bereits gesagt, dass diese Geheimnistuerei schlecht ist für die Diskussion, für das ganze Heer, sie sind verunsichert und sie brauchen gut informierte Mitarbeiter. Ja, was stimmt jetzt? Gibt es diese Geheimpläne? Du hast gesagt, der Minister hat gesagt nein, dann haben die Medien das Gras wachsen gehört, bitte, nachzulesen in den einzelnen Blättern.

Noch einmal, von uns aus, wir bekennen uns dazu und wir unterstützen das. Es darf bitte nicht weiter in der Steiermark ausgehungert werden. Und das war unser Antrag, den ihr dann abgelehnt habt, von Polemik spricht, in Wahrheit teilen wir uns sogar die Sorge um diese Situation in der Steiermark.

Daher möchte ich einen Unselbstständigen Entschließungsantrag unserer Fraktion einbringen zu diesem Tagesordnungspunkt der Abgeordneten Gennaro, Schrittwieser, Schleich und Margarethe Gruber. Entschuldigung bitte, ich habe sie früher als Manfred bezeichnet, das war natürlich ein Versprecher und eine schöne Schande für mich.

Nach Informationen in den Medien sollen etliche Standorte des Österreichischen Bundesheeres in der Steiermark geschlossen werden, Kollege Rieser. So sind im Besonderen die Standorte Aigen, Thalerhof, Fehring, Teile von Feldbach, Leibnitz und Radkersburg von der Schließung bedroht.

Es muss Schluss sein mit der allein vom Rechenstift dominierten, die Bedürfnisse der Regionen und der Menschen missachtenden Schließungspolitik. Die Menschen brauchen Zukunftshoffnung und die Zuversicht, dass ihnen nicht alles genommen wird, sondern dass es Initiativen zur Belebung ihres Lebensumfeldes gibt.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, alles zu unternehmen, erstens um alle Standorte des Österreichischen Bundesheeres in der Steiermark zu erhalten, zweitens um die steirischen Regionen nicht weiter bezüglich öffentliche Dienstleistungen und Infrastruktur auszuhungern, drittens dass es keine weiteren Schließungen von Postämtern, Gendarmerieposten, Bezirksgerichten, Finanzämtern und anderen öffentlichen Dienstleistungsangeboten in den steirischen Regionen gibt sowie viertens, dass die Versorgung der ländlichen Gebiete mit öffentlichen Verkehrsmitteln verbessert wird.

Nicht nur reden, handeln und unterstützen. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 13.22 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster am Wort ist Herr Abgeordneter List bitte.

Abg. List (13.22 Uhr): Danke, Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren im Steiermärkischen Landtag, werte Kolleginnen und Kollegen!

Lagebeurteilung aus freiheitlicher Sicht oder aktuelle Bestandsaufnahme zur drohenden Gefahr von Kasernenschließungen in der Steiermark. Das ist, glaube ich, die richtige Überschrift für diese Debatte. Degradierung der Steiermark zur militärischen Provinz. Ja oder nein? Der Umbau des Heeres dürfte die Steiermark nämlich voll treffen. Traditionelle Kasernenstandorte und Fliegerhorste sind von der Schließung bedroht. Das wurde bereits von den beiden Vorrednern, den so genannten Sicherheitssprechern angesprochen. Auch das Kommando „Internationale Einsätze“ in Graz soll wackeln. Nur das, geschätzte Damen und Herren, scheint vom geheimen Sperrplan im Zuge der Bundesheerreform 2010, das Papier, diese Schwarte, habe ich hier liegen, aus dem Verteidigungsressort in letzter Zeit bis heute durchgesickert zu sein. Die logische Folge natürlich waren sofort aufheulende Proteste in den betroffenen Gemeinden und Regionen. Hier geht es um Einrichtungen des Bundesheeres, die zum Alltag vor Ort gehören. Sie beschäftigen Menschen und sichern damit zahlreiche Arbeitsplätze. Viele Firmen könnten dort wirtschaftlich nicht ohne diese Kasernen überleben. Auch liefern die Einrichtungen seit Jahrzehnten das notwendige Sicherheitsbedürfnis vor Ort.

Geschätzte Damen und Herren, der gelebte Brückenschlag zwischen Heer und Bevölkerung in diesen Regionen in einigen Gebieten der Steiermark ist massivst gefährdet. Alle politischen Parteien sind jetzt plötzlich aufgewacht und zur Verteidigung der Kasernenstandorte ausgerückt. Auch wenn das der Kollege Rieser jetzt abschwächen möchte. Spekuliert wird später und nicht jetzt! Spekuliert wird immer. Die ÖVP legt sich in einigen Bereichen bereits fest. Auch die Sozialdemokraten legen sich in einigen Bereichen, bei einigen Standorten fest. Viele Mandatare, viele Kolleginnen und Kollegen von uns und Gemeindeverantwortliche machen sich stark, plötzlich sehr, sehr stark für ihre Kasernen. Hier ein paar Beispiele aus der steirischen Medienlandschaft der letzten Wochen mit einigen Schlagzeilen: Sogar die SPÖ – alle Wahlkämpfer der SPÖ und letztlich Siegreiche, ich gratuliere von dieser Stelle – hat in Wahlzeiten ihre Affinität abgelegt und eine Sympathie, wie es der Kollege Abgeordneter Gennaro jetzt gesagt hat, eine Sympathie für das ungeliebte Bundesheer wieder entdeckt, richtig, wieder entdeckt! Es ist ja nicht so, dass das Bundesheer von den Sozialdemokraten sehr geliebt wird. Beispielsweise hat die SPÖ-Nationalrätin Anita Fleckl Unterschriften für den Fortbestand der Kaserne Aigen gesammelt. Das ist bekannt. Im gleichen Atemzug will der Kollege Günther Kräuter den Fliegerhorst Nittner Graz-Thalerhof schließen lassen. Und er wird dabei von der Bezirksorganisation im roten Parteiblatt von euch, Kollege und Kollegin, unterstützt. Ich glaube, du, Bürgermeister Breithuber, bist für das Layout und für den Inhalt verantwortlich. Heute aber hat der Kollege Gennaro gesagt, er wird sich sehr wohl auch für den Fliegerhorst Thalerhof einsetzen. Ich frage hier von dieser Stelle und frage euch jetzt, Bundesheer abschaffen, Kasernen zusperren, ja oder nein? Hier, geschätzte Damen und Herren von der Sozialdemokratie, ist keine geschlossene Haltung erkennbar.

Jetzt zur ÖVP, die hier auch ein eigenes Spiel spielt.

So der ÖVP-Abgeordnete Gangl, der Kollege aus der Südsteiermark, er schmeißt sich beim letzten Zapfenstreich für die Mickl-Kaserne mit Foto und Ähnlichem ins Geschehen, Kollege Gangl ist für die Mickl-Kaserne ohne Verbindungsaufnahme mit dem eigenen Minister. Sein Kollege Ober steht zu den Standorten Feldbach und Fehring als unverzichtbare Stützpunkte in der Region. Das geschieht wiederum ohne Verbindungsaufnahme mit seinem, mit dem zuständigen Minister. Der ÖVP-Bürgermeister, der Grazer Bürgermeister schäumt – so steht es drinnen – und fordert den Erhalt des Auslandskommandos in Graz. Bürgermeister Nagl legt sich ohne Verbindungsaufnahme mit dem zuständigen Minister fest. Auch die Frau Landeshauptmann Klasnic übt Kritik an den geheimen Sperrplänen und wehrt sich gegen Verunsicherung, ebenfalls ohne Verbindungsaufnahme mit dem zuständigen Minister. (Abg. Tasch: „Das stimmt überhaupt nicht!“)

Heute gibt es einen Ausschussantrag der ÖVP, dem wir selbstverständlich zustimmen werden, unter der Federführung des Herrn Präsidenten und Kollegen, unter deiner Federführung, Peter Rieser, der die Erhaltung aller Standorte des Österreichischen Bundesheeres in der Steiermark fordert. Gleichzeitig fordert auch ein ÖVP-Wehrsprecher, so steht es in einer Aussendung, das Ende der Panikmache auf Kosten der Sicherheit. Das – geschätzte Damen und Herren – sind alles durchschaubare Ablenkungsmanöver der ÖVP. Alles reine Scheinmanöver in Wahlzeiten. Was will jeder Abgeordnete? Jeder Abgeordnete will sich nämlich die Feder oder das Federl auf den Hut heften und als Erhalter des Kasernenstandortes gelten und sich dort feiern lassen. Es wäre gut, wenn das möglich wäre und wir alle Standorte erhalten könnten, geschätzte Damen und Herren. Es wird aber sicherlich sehr, sehr schwer sein, vom eigenen Minister mit einem Orden dafür ausgezeichnet

zu werden, denn der Minister will ganz was anderes. Er plant nämlich den Verkauf von Liegenschaften, wörtlich steht in der letzten Ausgabe der Zeitung „Der Soldat“ nämlich Folgendes, und du, Kollege Peter Rieser, hast es in Teilen angerissen: „Verkauf von Liegenschaften: Fest steht, dass die neue Struktur leistungsfähige Standorte erfordert, erklärte der Minister. Nach Empfehlungen der Bundesheerreformkommission könnten etwa 40 Prozent der Bundesheerliegenschaften veräußert werden. Es erfolgt daher eine Konzentration der Standorte und die nicht mehr erforderlichen Liegenschaften werden veräußert. Jedes Bataillon soll nach Möglichkeit geschlossen in einem Standort sein. Konkrete Schließungen der davon betroffenen Kasernen nannte der Minister aber noch nicht. Bei der Konzeptionsphase der Standortplanung sei eine Nutzwertanalyse der vorhandenen Standorte behilflich gewesen. Bei der Bewertung wurden drei Kriterien berücksichtigt, nämlich die militärischen Erfordernisse, soziale und wirtschaftliche Komponente. Es gäbe bereits klare Vorstellungen von Ergebnissen, die der Minister mit den Landeshauptleuten noch besprechen wolle, um nämlich auf regionale, verträgliche Schließungen zu kommen, das ist die Absicht des Ministers. Hier ist er säumig. Das hätte ich von dir gerne gehört, Kollege Peter Rieser.“

„Der Erlös der Veräußerung komme“ – so Günther Platter – „zu 100 Prozent der Reform zugute!“

Das sind die Ambitionen des ÖVP-Verteidigungsministers! Geschätzte Damen und Herren hier im Haus, diese Vorstellungen des ÖVP-Verteidigungsministers decken sich aber offensichtlich nicht mit den Interessen der Volkspartei im Lande Steiermark. Bei dieser Problematik Schließung von Kasernenstandorten verhält sich die ÖVP so, als wäre ihr Bundesminister Platter ein Fremder oder ich will es einmal überheblich ausdrücken, sogar ein Aussätziger. Sie kennen ihn nicht und haben zu ihm keinen Zugang, obwohl einige vermutlich auch seine private Telefonnummer eingesteckt haben. Ich habe von dir gehört, dass du mit ihm gesprochen hättest. Dann wäre es höchste Zeit, jetzt die Fakten und die Karten definitiv auf den Tisch zu legen. Wo bleibt hier die parteiinterne Kommunikation der ÖVP? Militärisch gesagt ist die Verbindung gestört oder bewusst unterbrochen worden, wenn es um Wahlen geht. Sind die Auswirkungen der Bundesheerreform für die Steiermark so brutal und katastrophal, dass weiterhin alles unter streng geheim laufen muss? Ich weiß es nicht. Ein Anzeichen aber dafür wäre auch, dass das so ist, dass der höchste Offizier des Landes, der Militärkommandant von Steiermark – er wurde bereits genannt – als ein Betroffener in der Reform ebenfalls nicht ausreichend eingebunden wurde. Er ist nicht ausreichend in diese Reform eingebunden. Das zeigt die Diskussion über den Fliegerhorst Aigen, zu dessen Schließung der Militärkommandant am Wochenende in einem Leserbrief ausführen musste. Er musste Maßnahmen setzen. Sonntag, 13. März: Aus für Kaserne Aigen? „In Ihrem Artikel vom 28. Februar über ein drohendes Aus für die Kaserne in Aigen erwecken Sie den Eindruck, dass ich als Militärkommandant die mögliche Schließung unterstützen würde. Hiezu möchte ich feststellen, dass die politische Empfehlung der Bundesheerreformkommission im Bereich der militärischen Infrastruktur eine bis zu 40-prozentige Reduzierung vorsieht, dass von der Reduktion realistischerweise auch die Steiermark betroffen sein wird, dass die Bundesregierung gemäß Paragraph 7 des Wehrgesetzes für die Garnisonierung der Truppen zuständig ist und sich diese nach den Erfordernissen der militärischen Landesverteidigung zu richten hat, dass Bundesminister Platter über die Frage der Schließung von Kasernen politische Verhandlungen mit den Ländern angekündigt hat, diese aber noch ausgeblieben sind und in die ich nicht eingebunden bin.“ Das sind Aussagen des Militärkommandanten. „Dass alle Kasernen und Liegenschaften des Bundesheeres im Zuge der Planung für das Bundesheer 2010 einer gründlichen Evaluierung durch das BMLV unterzogen wurden, deren Ergebnisse mir nicht bekannt sind“ – so der Militärkommandant. „Dass das Bundesheer auf Grund politischer Vorgaben und der seit Jahren anhaltenden Budgetknappheit zu betriebswirtschaftlichen Maßnahmen gezwungen ist, dass“ – und jetzt kommt der springende Punkt – „die Kaserne Aigen aus meiner Sicht“, aus Sicht des Militärkommandanten, „aus meiner persönlichen Sicht dennoch aus regionalwirtschaftlichen Überlegungen erhalten und durch geeignete Organisationsmaßnahmen auch durch das Bundesheer 2010 genutzt werden sollte.“

Geschätzte Damen und Herren, genau das musste ein sichtlich verärgert Militärführer schreiben, nachdem es sehr, sehr eng um seine Person wurde und er sich offensichtlich in einer gewissen Weise bereits festgelegt hatte. Ich stelle hier von dieser Stelle als Freiheitlicher fest: Die Betroffenen vor Ort müssen sich verraten fühlen, wenn sie nicht in die geplante Heeresreform eingebunden werden. Die Betroffenen draußen haben ein Recht auf konkrete Informationen, damit sie dementsprechend mittelfristig handeln können! Diese Informationen müssen die Basis für alle weiteren Planungen in allen Bereichen bei eventuellen Schließungen von Kasernenstandorten sein. Deshalb, geschätzte Damen und Herren, verlangen wir Freiheitlichen endlich von der ÖVP Farbe zu bekennen! Von der Österreichischen Volkspartei wollen wir wissen, wo es langgeht. Der Minister soll Farbe bekennen und die Karten auf den Tisch legen! Die Geheimnistuerei um die Sperrpläne muss ein Ende haben! Wir Freiheitlichen drängen darauf. Hier hat die Partei, die ÖVP, die Partei des Verteidigungsministers akuten Handlungsbedarf! Das ist jetzt der springende Punkt. Herr Bundesminister Platter und die Frau Landeshauptmann Klasnic sollen gemeinsam rasch die Öffentlichkeit informieren, welche Auswirkungen die Bundesheerreform 2010 auf die Steiermark haben wird. Und ich wiederhole das jetzt: Bundesminister Platter und die steirische Landeshauptfrau sollen gemeinsam rasch die Öffentlichkeit informieren, welche Auswirkungen die Bundesheerreform 2010 auf die Steiermark haben wird. Erst dann, geschätzte Damen und Herren, wenn alle diese Auswirkungen auf dem Tisch liegen, werden wir gemeinsam hier im Landtag sinnvoll diskutieren können und das auch müssen. Wir müssen über jeden einzelnen Stand diskutieren! Ich sage und stelle fest und das sollte unser aller Bekenntnis sein: Es gilt auch hier im Steiermärkischen Landtag das uneingeschränkte Primat der Politik. Auch die Bundesheerreform 2010 hat sich (Präsidentin Dr. Rieder: „Ich bitte, den Lärmpegel etwas einzuschränken!“) dem Primat der Politik unterzu-

ordnen. Deshalb muss die steirische Landespolitik jede mögliche Schließung von Kasernenstandorten mit besonderer Sorgfalt, wirklich mit besonderer Sorgfalt beurteilen. Der Landtag – und das sind wir – in seiner Verantwortung ist immer einzubinden!

Abschließend noch einen Satz: Geschätzte Damen und Herren in diesem Haus, wir Freiheitlichen werden keine Zerschlagung unseres österreichischen Bundesheeres auf steirischem Boden zulassen! (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 13.36 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster am Wort ist der Herr Abgeordnete Wöhry, bitte.

Abg. Dipl.-Ing. Wöhry (13.36 Uhr): Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wir führen hier im Hohen Haus eine Heeresdebatte und meines Erachtens zäumen wir das Pferd vom Schwanz auf. Wir haben uns zwar darüber unterhalten, dass mögliche Kasernenschließungen drohen und wie das Ganze dann je nach politischer Fassung in der Öffentlichkeit abgearbeitet worden ist.

Entscheidend wird jedoch sein, welche sicherheitspolitischen und welche Sicherheitsaufgaben das Österreichische Bundesheer in der Zukunft zu erfüllen haben wird und wer in welcher Region diese Aufgaben wahrnimmt. Und wir haben bis jetzt überhaupt noch nicht darüber diskutiert, wie diese Aufgaben ausschauen könnten. Und weil die Kaserne Aigen hier mehrmals genannt worden ist. Hier gibt es eine relativ klare Zielsetzung und einen relativ klaren Aufgabenbereich, der in der Dimension, wie er in Aigen erfüllt wird, österreichweit einzigartig ist. Aigen ist das Kompetenzzentrum für hochalpine Hubschrauberfliegerei und aus diesem Grund heraus ist es natürlich als Standort, meines Erachtens, auch zukünftig abzusichern. Wir wissen um die Leistungen der Soldaten in Katastrophenfällen vom Hochwasser bis hin zu den Lawinen. Und es ist vor allem der Standort Aigen mit seiner zentralösterreichischen Dimension hier besonders wichtig und auch in der Zukunft besonders wichtig. Bevor wir uns überhaupt mit Schließungsplänen auseinandersetzen ist es, wie ich eingangs schon erwähnt habe, unbedingt notwendig, dass wir die Aufgaben des Bundesheeres definieren und dass wir diese Aufgaben dann österreichweit räumlich zuordnen. Dass das Ganze ohne Schließung abgehen wird, das wage ich zu bezweifeln, aber wenn es gelingt, in der Steiermark viele Kasernen als Kompetenzzentren für bestimmte Bereiche zu definieren, dann werden auch viele Kasernen in der Zukunft in der Steiermark ihren festen Platz in der gesamten Sicherheitsdebatte beziehungsweise in der Erledigung von Sicherheitsfragen haben.

In diesem Sinn würde ich bitten, dass man da eine grundsätzliche Diskussion führt, und nicht Schuldzuweisungen betreibt, wer vielleicht wo schuld ist. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 13.38 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächste am Wort ist Frau Klubobfrau Lechner-Sonnek bitte.

Abg. Lechner-Sonnek (13.39 Uhr): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Ich beantrage eine punktuelle Abstimmung zum Entschließungsantrag der SPÖ. (13.39 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Nachdem keine weitere Wortmeldung mehr vorliegt, kommen wir bereits zur Abstimmung.

Ich darf die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand bitten. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche nun die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend die Aufrechterhaltung der Bundesheerstandorte in der Steiermark, wobei eine punktuelle Abstimmung gewünscht wird wie folgt, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Landtag wolle beschließen, die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, alles zu unternehmen, erstens um alle Standorte des Österreichischen Bundesheeres in der Steiermark zu erhalten.

Ich erbitte um ein Zeichen mit der Hand. Danke, Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Zweitens: Um die steirischen Regionen nicht weiter bezüglich öffentliche Dienstleistungen und Infrastruktur auszuhungern, um ein Zeichen mit der Hand bitte. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit.

Drittens, dass es keine weiteren Schließungen von Postämtern, Gendarmerieposten, Bezirksgerichten, Finanzämtern und anderen öffentlichen Dienstleistungsangeboten in den steirischen Regionen gibt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Viertens, dass die Versorgung der ländlichen Gebiete mit öffentlichen Verkehrsmitteln verbessert wird.

Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Auch hier darf ich Einstimmigkeit feststellen.

Damit kommen wir zum Tagesordnungspunkt:

7. Bericht des Ausschusses für Kultur und Sport über den Antrag, Einl.-Zahl 2161/1, der Abgeordneten Detlef Gruber und Schleich, betreffend eine Landesausstellung „Lebensader Mur“ in der Region um Mureck.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Detlef Gruber. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Detlef Gruber (13.41 Uhr): Liebe Kollegen und Kolleginnen!

Ich berichte zum Antrag, Einl.-Zahl 2161/1.

Bis 2006 sind die Landesausstellungen bereits geplant, danach soll eine Evaluierung klären, ob sie in der bisherigen Form in den Regionen weiterhin stattfinden sollen. Sollte dies der Fall sein, sprechen eine Reihe von Argumenten für die Durchführung einer Landesausstellung im Bereich Mureck im Bezirk Radkersburg.

Die Mur hat in dieser Region eine besondere Funktion inne: Einerseits ist sie als Grenzfluss trennendes Element zwischen Slowenien und der südlichen Steiermark, andererseits übernimmt sie mit ihren zahlreichen Brücken eine völkerverbindende Rolle ein. Im Jahr 2007 wird für Slowenien aller Voraussicht nach das Schengener Durchführungsübereinkommen in Kraft gesetzt werden. Dies bedeutet, dass es zwischen der Steiermark und Slowenien ab diesem Zeitpunkt keine Grenzkontrollen mehr geben wird. Diese Erleichterung wird für den Personen- und Warenverkehr der südsteirischen Region weitere wichtige wirtschaftliche und gesellschaftliche Impulse geben.

Seitens einer Interessengemeinschaft und der politischen Verantwortlichen aller Fraktionen in der südsteirischen Region wird daher an die Abhaltung einer Landesausstellung in Mureck und dessen Umland gedacht, mit der das Thema „Lebensader Mur“ behandelt werden soll. Die Landesausstellung soll nach den vorliegenden Ideen erstmals auch grenzüberschreitend – in Kooperation mit Slowenien – stattfinden und die Bereiche Geschichte, Kultur, Ökologie, Sport und Wirtschaft dieser Grenzregion an der Mur abdecken.

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, nach Durchführung einer Evaluierung der Landesausstellung zu prüfen, ob im Zusammenhang mit dem In-Kraft-Setzen des Schengener Durchführungsübereinkommens für Slowenien im Jahr 2007 oder in einem der Folgejahre in der Region um Mureck – in Kooperation mit der slowenischen Grenzregion – eine Landesausstellung zum Thema „Lebensader Mur“ durchgeführt werden kann.

Ich ersuche um Annahme. (13.44 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Erstes zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Gangl bitte.

Abg. Gangl (13.44 Uhr): Ja, wir aus der Region können den Antrag voll unterstützen. Es ist in der Antragsverlesung inhaltlich schon einiges vorweggenommen worden. Die Mur ist der Fluss der Steiermark und die Mur verbindet. Die Mur verbindet die Steiermark von Murau bis nach Bad Radkersburg. Sie verbindet Länder, die Steiermark oder Österreich mit Slowenien. Sie verbindet vor Ort Gemeinden, Gornja Radgona, Šentilj mit den Gemeinden entlang der Mur auf der Seite des Bezirkes Radkersburg und Leibnitz. Sie verbindet Menschen und die Mur ist auch seit Generationen Heimat von vielen und Naturraum. Es wurde das Datum 2007 erwähnt. Das wäre ein idealer Zeitpunkt um sich mit einer Landesausstellung vor Ort im Raum Mureck zu beschäftigen. Warum Mureck? Mureck bietet von Haus aus eine sehr gute Infrastruktur an. Es sind Gebäude vorhanden, genügend Parkplatzmöglichkeiten und es würde eine Landesausstellung der kurzen Wege sein. Außerdem gibt es vor Ort schon zahlreiche Kulturveranstaltungen. Kultur am MurEck ist eine ständige Einrichtung und eine ständige Institution in der Region. Es gibt die gemischte gemeinsame Murkommission von der steirischen-österreichischen beziehungsweise slowenischen Seite, wo es umfassende Erhebungen über den Naturraum der Mur gibt. Es gibt bereits touristische Einrichtungen, ob das die Murfähre ist, die Murmühle und vor allem, es gibt bereits ein sehr gutes Zusammenwirken innerhalb der Region, ob das Organisationen sind oder ob das die Gemeinden sind diesseits und jenseits der Grenze. Und auch eines spricht dafür, es gibt ein gutes und motiviertes Team vor Ort, gesammelt in der Interessengemeinschaft. Der Bürgermeister der Stadt Mureck, Sepp Galler, beziehungsweise der Mag. Krautgasser mit dem Team arbeiten und es gibt einen regionalen Willen und es gibt auch sehr große regionale Unterstützung. Ich brauche nicht auf die Inhalte der Ausstellung eingehen. Möchte vielleicht die Chancen aufzeigen. Ich glaube, dass diese Landesausstellung eine sehr große Nachhaltigkeit mit sich bringen würde. Es würde, was besonders wichtig ist, die Nachbarschaft weiter vertieft werden. Es würde eine Tourismusentwicklung in der Region geben. Murfähre und diese Dinge sind angesprochen worden. Auch in vielen Bereichen, im gesellschaftlichen Bereich, ob das auch Sportveranstaltungen sind, Tour de Mur, der Bärlauchlauf, der grenzüberschreitend geführt werden kann, könnten hier längerfristig Veranstaltungen für die Region stattfinden und es könnte auch, und das wäre, glaube ich, ein sehr wichtiger Ansatz, ein Kompetenzzentrum Mur entstehen, wo hier vor allem die Ökologie berücksichtigt wird. Wir sind im Natura-2000-Gebiet. Es gibt die Murkommission und hier würde sich ein hervorragendes Betätigungsfeld für eine nachhaltige Wirkung ergeben.

Uns in der Region scheint das Thema Mur, „Lebensader Mur“ beziehungsweise Fluss- und Kulturlandschaft, die verbindet, ist ein gutes Thema für die Steiermark und es würde eine gut definierbare, aber auch große Zielgruppe von Besuchern angesprochen werden können. In diesem Sinne werden wir sehen, wie es mit den

Landesaussstellungen weitergeht und wir hoffen dann aber trotzdem, dass es eine Entscheidung zugunsten der Region Bad Radkersburg/Leibnitz mit der Landesaussstellung „Lebensader Mur“ geben wird und geben kann. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 13.47 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächste am Wort ist die Frau Abgeordnete Zitz, bitte.

Abg. Mag. Zitz (13.47 Uhr): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte leere Regierungsbank! Sehr geehrte Gäste!

Unsere Position zu den Landesaussstellungen ist, dass wir zuerst abgeklärt haben möchten, in welchem Rhythmus die stattfinden können. Das ist bis jetzt noch nicht geklärt. Das Zweite ist, dass ich das, was jetzt Toni Gangl gesagt hat über die Hintergrundüberlegungen zu so einer Landesaussstellung, inhaltlich absolut teile. Allein wenn der „Überbau“, also in welchem Rhythmus und auch mit wie starker Integration von regionalen Initiativen, ich denke da konkret etwa an das Pavel-Haus zur Begegnung zwischen steirischen Slowenen und Sloweninnen und anderen Gruppen, nicht adäquat gegeben ist, können wir von grüner Seite diesem Antrag nicht zustimmen. Was uns sehr wichtig ist, ist eine gehaltvolle Kooperation mit regionalen Kunst- und Kulturinitiativen vor Ort, die einfach in einer zeitgemäßen und emanzipatorischen aufgeklärten Art und Weise sich in dieser Region engagieren. Ich hoffe, ich habe somit dargestellt, aus welchem Grund wir zu diesem Zeitpunkt dem Antrag nicht zustimmen können, sehr wohl aber interessiert sind an einer inhaltlichen Kooperation, wenn das Projekt sich weiterentwickelt. Danke schön! (Beifall bei den Grünen. – 13.49 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster am Wort ist der Herr Abgeordneter Böhmer, bitte.

Abg. Böhmer (13.49 Uhr): Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ich weiß nicht, wie viele Anträge zu einer Landesaussstellung noch eintreffen und wie viele Abgeordnete noch ihre Region präsentieren. Wenn wir es ehrlich meinen, sollten wir uns baldigst zusammensetzen, die einzelnen Anträge überprüfen und ganz einfach sagen, in einem Fünf-Jahres- oder von mir aus auch Zehn-Jahres-Programm bekommt mal diese, mal jene Region ihre Landesaussstellung. Wir haben jetzt nicht nur Mureck sondern auch schon Murau, schon wieder Voitsberg und auch Hartberg und es werden sicher noch welche folgen. Es kann nicht angehen, dass wir uns hier gegenseitig in einen Wettkampf, wer hat die größere Beziehung, ich habe das in den „Wirtschaftsnachrichten Süd“ gelesen, euren Bericht von Murau. Ich muss sagen, ein ganz toller. Da ist bereits der Herr Landesrat Schützenhöfer mit abgebildet, dann ist noch ein Bild aus der Geschichte mit Landesrat Dörflinger und es kann wirklich nicht sein, dass die Gruppe oder der Bezirk, der den besten Draht zu dem oder zu derjenigen Person hat, dann eine Landesaussstellung zugesprochen bekommt. Für mich sind Landesaussstellungen im Gegensatz zu den grünen Kolleginnen und Kollegen wirklich breit gesehene infrastrukturelle Belebungen. Das kann von der Wirtschaft zur Wissenschaft führen, das kann ein rein kultureller Beitrag sein in einer Region. Ich glaube, es ist jeder Region, Frau Kollegin Zitz, selbst – das ist meine persönliche Meinung – überlassen, mit welchem Prädikat sich diese Region dann den anderen zeigt und gibt. Und es ist auch ganz gut, wie Sie das gesagt haben, dass natürlich hier eine Kooperation mit dem unmittelbaren Nachbarn, mit den Slowenen sein soll. Aber ich meine, es ist jetzt das Land, es ist Landesrat Schützenhöfer auch aufgefordert, dass hier allmählich ein reiner Tisch gemacht wird, dass er hier sagt, es ist jetzt genug, setzen wir uns zusammen und schauen wir, wie wir das in Zukunft lösen. Ich bin überzeugt, dass wir Landesaussstellungen auch in einem einjährigen Rhythmus leicht lösen, wenn die jeweilige Region die nötige Vorarbeit leistet. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 13.52 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Nachdem keine Wortmeldung mehr vorliegt, kommen wir zur Abstimmung und ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Ein Zeichen mit der Hand, bitte deutlich! Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

8. Bericht des Ausschusses für Kultur und Sport über den Antrag, Einl.-Zahl 2158/1, der Abgeordneten Mag. Zitz, Lechner-Sonnek und Hagenauer, betreffend Veröffentlichung des Kulturförderungsberichtes auf dem Landes-Kulturserver.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Mag. Edith Zitz. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Zitz (13.52 Uhr): Der steirische Kulturförderungsbericht 2003 der Abteilung 9 – Kultur liegt dem Landtag seit Jänner 2005 vor. Er sollte unbürokratisch allgemein zugänglich sein.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die Kulturförderungsberichte des Landes Steiermark auf dem Landes-Kulturserver zu veröffentlichen. (13.53 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Rauch, bitte.

Abg. Dr. Rauch (13.53 Uhr): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus!

Ich melde mich nur ganz kurz zu Wort, um das Abstimmungsverhalten der ÖVP zu erläutern. Wir stimmen diesem Antrag selbstverständlich zu, halten ihn allerdings für sinnlos. Deswegen, weil es alles, was in dem Antrag gefordert ist, bereits gibt. Der Kulturförderungsbericht 2003 steht seit 9. März im Netz, und zwar genau so wie gefordert auf dem Landes-Kulturserver. Ich verweise auf www.kultur.steiermark.at. Der Kulturförderungsbericht 2003 wurde von uns hier am 15. Februar, also genau vor einem Monat, verabschiedet, daher wäre eine frühere Veröffentlichung auch gar nicht korrekt gewesen. Ich habe mich erkundigt, ob die Kulturabteilung vielleicht erst durch diesen Antrag auf den Gedanken gekommen ist, den Kulturbericht ins Internet zu stellen, das ist auch nicht so, weil bereits bei den Vorarbeiten zur Erstellung des Servers im Jahr 2003, vor anderthalb Jahren fix vorgesehen war, den Kulturbericht auf dem Kulturserver zu veröffentlichen. Natürlich können wir den Antrag nicht ablehnen, weil die Forderung ist sinnvoll und es ist zu begrüßen, dass der Kulturbericht jetzt schnell, einfach, unbürokratisch im Netz zur Verfügung steht. Aber um bei der historischen Wahrheit zu bleiben, es geht nicht auf einen Antrag der Grünen zurück, sondern auf eine Initiative der Kulturabteilung selbst und ich möchte hiermit der Kulturabteilung für diese Initiative herzlich danken! (Beifall bei der ÖVP. – 13.55 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Wir kommen bereits zur Abstimmung und ich darf die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand bitten. Gegenprobe.

Ich darf die Einstimmigkeit feststellen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

9. Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform über den Antrag, Einl.-Zahl 1742/1, der Abgeordneten Mag. Zitz, Lechner-Sonnek und Hagenauer, betreffend Versagung der öffentlichen Anerkennung für den Leopold Stocker Verlag durch das Land Steiermark.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Mag. Edith Zitz. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Zitz (13.56 Uhr): Der Ausschuss für Verfassung und Verwaltungsreform hat am 11. Mai 2004 den Beschluss gefasst, die Landesregierung um Stellungnahme zum Antrag der besagten Abgeordneten, betreffend Verleihung des Rechts zur Führung des steirischen Landeswappens an den Leopold Stocker Verlag im Jahr 1992, zu ersuchen. Dazu wird folgende Stellungnahme gemäß Paragraf 30 Absatz 1 Geschäftsordnung des Landtages abgegeben.

Mit Schreiben vom 30. Dezember 1991 erging an das Referat für Protokoll und Auszeichnungen der Antrag zur Einleitung eines Verfahrens betreffend die Verleihung des Rechts zur Führung des steirischen Landeswappens an den Leopold Stocker Verlag. Als Grundlage für dieses Schreiben wurde eine Antragstellung des Leopold Stocker Verlags angeschlossen. Da weder die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark noch die Wirtschaftskammer sich negativ gegen eine Verleihung äußerten, wurde für die Regierungssitzung am 1. Juni 1992 ein relevanter Antrag vorbereitet. Die Grundlage für die positive Entscheidungsfindung sowie für die Vorbereitung eines relevanten Sitzungsantrages bildete das 75-jährige Bestandsjubiläum des Verlags beziehungsweise der Zeitschrift „Der fortschrittliche Landwirt“. Ebenso waren folgende Umstände für die Entscheidung maßgebend. Der Leopold Stocker Verlag zählt im Bereich Landwirtschaft zu den führenden deutschsprachigen Verlagen, weitere wichtige Programmsparten sind Natur und Garten, Essen und Trinken sowie Bücher über Österreichs Sehenswürdigkeiten. Das politische und zeitgeschichtliche Programm liegt bei etwa 10 Prozent der Verlagsproduktion. Bücher zum Jagdwesen sowie Wanderbücher gehören ebenfalls dazu. Informativere Berater sind die Wanderbücher, die sich mit dem Salzkammergut, mit der zwischen Enns und Steyr oder mit den National- und Naturparks zwischen den Hohen Tauern und dem Bodensee befassen. Daneben gibt es Wander- und Radwanderführer, in denen größere Wandergebiete beschrieben werden. Zu den erfolgreichsten Publikationen zählt „Der fortschrittliche Landwirt“, der alle zwei Wochen erscheint und 12.000 LeserInnen hat. Der Exportanteil betrug 1991 40,4 Prozent, der Anteil der ausländischen Abonnenten der Fachzeitschriften 7,2 Prozent. Der Verlag leistete auf dem Gebiet des land- und forstwirtschaftlichen Schulbuches Pionierarbeit, als er in Zusammenarbeit mit dem pädagogischen Institut der Uni Wien das Fachschulbuch für den land- und forstwirtschaftlichen Bereich entwickelte. Zum Zeitpunkt der Antragstellung standen rund 50 Schulbücher in einer Gesamtauflage von alljährlich über 60.000 Exemplaren zur Verfügung. 52 Buchtitel wurden im Jahre 1992 herausgebracht. Dieser Antrag wurde von der damaligen Landesregierung einstimmig angenommen. Gemäß den Bestimmungen des Gesetzes zum Schutz des steirischen Landeswappens ist das Recht zur Führung desselben als Auszeichnung zu widerrufen, wenn die Voraussetzungen für die Verleihung der Auszeichnung weggefallen sind. Die hier dargestellten und im Auszeichnungsverfahren gewürdigten Umstände, die zu einem einstimmigen Beschluss der Landesregierung im Jahr 1992 geführt haben, sind weiterhin aufrecht. Ergänzend wird angeführt, dass von 1971 an bis Ende des Kalenderjahres 2004 an 183 Firmen das Recht zur Führung des steirischen Landeswappens erteilt wurde. Eine Aberkennung dieses Rechtes erfolgt in keinem Fall. (13.59 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Danke für den Bericht. Nächste Wortmeldung Frau Abgeordnete Mag. Zitz bitte.

Abg. Mag. Zitz (13.59 Uhr): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste!

Ich möchte Ihnen am Anfang ein E-Mail vorlesen, das gestern die Israelitische Kultusgemeinde an alle Landtagsklubs ausgeschickt hat: „Der IKG Graz ist mitgeteilt worden, dass morgen die Steiermärkische Landesregierung aufgefordert werden soll, dem Leopold Stocker Verlag die Auszeichnung, das Landeswappen zu führen, zu widerrufen. Mit Verwunderung stellt die IKG Graz fest, dass ein Verlag, der seit Jahrzehnten bekannterweise Publikationen mit rassistischen, antisemitischen und antidemokratischen Inhalten publiziert überhaupt vom Land Steiermark die Genehmigung erhalten hat, das steirische Landeswappen zu führen. Gerade im 60. Jahr nach der Befreiung Österreichs von der Nazidiktatur ist es wichtig, die inhaltlich demokratischen Grundwerte, auch die der Medien, zu analysieren, zu diskutieren und in Frage zu stellen. Dies ist Österreich seinen Opfern schuldig. Aus diesem Grund unterstützt die IKG Graz diese Initiative der Aberkennung der Führung des Landeswappens gegenüber dem Stocker Verlag.“

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, das, was mich fassungslos gemacht hat bei der Berichterstattung, zu der ich gezwungen bin als Antragstellerin, ist, dass die Landesregierung mit keinem einzigen Wort auf unseren sehr genau begründeten Antragstext eingegangen ist. Mit keinem einzigen Wort. Und das Zweite, was mich auch fassungslos gemacht hat, ist, dass in der Steiermark, Stand der Dinge, genau 183 Firmen die Auszeichnung haben, dass sie das Landeswappen führen können und einer dieser Betriebe ist der Stocker Verlag, dessen Chef Wolfgang Dworak-Stocker im Jahr 2002 Folgendes im Rahmen eines Kongresses gesagt hat: „Und wenn wir an die heute verloren gegangenen deutschen Ostgebiete denken und diese im Sinne des mythischen Verständnisses der Nation weiterhin als Auftragsrahmen unseres Volkes betrachten, bietet die Reichsidee wiederum den vielleicht einzigen realistischen und politisch verwirklichbaren Weg ihrer Wiedergewinnung. Die einzig wirkliche Frage ist hier die der biologischen Substanz, die ein Volk ausmacht. Wenn diese biologische Substanz der Deutschen durch Einwanderung und Multikultur verändert wird, dann findet der soziale Geist auch keine Substanz mehr um lebendig zu werden und sein Ende ist gekommen.“

Wir haben einen Entschließungsantrag vorbereitet, den wir, wie gesagt, sehr genau recherchiert haben und ich bin fassungslos, dass alle drei Parteien der Steiermärkischen Landesregierung, ich sehe, die Regierungsbank hinter mir ist konsequenterweise immer noch leer, (Abg. Dietrich: „Nein!“) bis auf den Herrn Landeshauptmannstellvertreter Schögggl, dass alle drei Regierungsparteien dem Leopold Stocker Verlag, dessen Geschäftsführer sich vor Kurzem so geäußert hat, diese spezielle Art der Wertschätzung und auch der wirtschaftspolitischen Unterstützung angedeihen lassen. Ich möchte in der Zusammenfassung die Argumente bringen, mit denen ich Sie im Verfassungs-Ausschuss schon konfrontiert habe. Zweimal de facto ohne irgendeine politische Debatte von keiner Fraktion und möchte so mitbegründen, weshalb wir unseren Entschließungsantrag jetzt noch einmal einbringen.

Gegen jede Art von Auszeichnung und offizieller Anerkennung des Leopold Stocker Verlags sprechen die Verlagsproduktionen. Durch die verlegerische Tätigkeit spielt dieser Verlag eine wesentliche Rolle in der rechtsextremen Szene und dient der Verbreitung derartigen Gedankenguts. Dadurch, dass dieser Verlag auch „unpolitische“ Fachliteratur herausgibt, die in der Regierungsvorlage ausgiebig zitiert wird, darf es nicht gemindert werden, dass der Großteil der historischen und politischen Literatur höchst unerfreulich einschlägig ist. Und zwar einschlägig im Bereich der Verbreitung von antisemitischem Gedankengut, von rassistischem Gedankengut und schlichtweg hoch illiberalem und antidemokratischem Gedankengut.

Unsere zweite Argumentationslinie geht in die Richtung, dass der Verlag und der Verleger, Dworak-Stocker selbst, innerhalb der rechtsextremen Szene aktiv ist und eine Zeitschrift herausgibt, die sich gerade in letzter Zeit wieder sehr weit in Richtung rechtsextremes Gedankengut bewegt hat, vermischt mit ganz klar rechtskonservativen Ansätzen.

Und das Dritte ist, dass die Geschichte des Verlags eine haarsträubende ist, wenn man sich die Geschichte des Nationalsozialismus in der Steiermark anschaut. Die Geschäftsführung des Verlags steht nach wie vor konkret zum Gründungsvater, das war Leopold Stocker, Abgeordneter des damaligen Bauernbundes und ich zitiere jetzt einen Bericht aus der „Tagespost“ vom 5. Oktober 1920, wo Leopold Stocker Folgendes sagt: „Mit der Bekämpfung der Juden, so Leopold Stocker, müsse endlich einmal Ernst gemacht werden. Der Numerus clausus für die Hochschulen müsse eingeführt werden, die Ausweisung der Ostjuden müsse gesetzlich durchgeführt werden. Und wenn es nicht auf gesetzlichem Weg gehen sollte, diese Parasiten zu vertreiben, dann müssen andere Mittel gefunden werden und wenn es der Pogrom ist.“

Sie von den drei Regierungsfractionen haben es zugelassen, dass Leute, die für Sie in der Exekutive sitzen, einen Antrag der Grünen, wo wir genau diese Argumente angeführt haben, schlichtweg ignoriert haben. Sie haben es zugelassen, dass dieser Verlag zusammen mit rund 180 anderen Betrieben und Unternehmen in der Steiermark die besondere Ehre hat, das Wappen des Landes Steiermark, dieses Landeswappen zu führen. Von Seiten der Grünen bin ich einfach fassungslos, dass es möglich ist, dass wir mit sehr, sehr genauen Hinweisen auf die Verlagsproduktion, auf die Aktivitäten des Verlegers, des Herrn Dworak-Stocker und auf den historischen Zusammenhang, die dieser Verlag über viele, viele Publikationen, wo er sich immer wieder positioniert hat, dass es für Sie von Seiten der ÖVP, der SPÖ und der Freiheitlichen Partei dennoch möglich ist, es weiterhin zuzulassen, dass dieser Verlag das Landeswappen trägt.

Ich bringe jetzt im Namen der Grünen einen Antrag ein, noch einmal als Entschließungsantrag und ersuche Sie dringend, diesem Antrag zuzustimmen.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, gegenüber dem Leopold Stocker Verlag die Auszeichnung, das Landeswappen zu führen, zu widerrufen, da gemäß Paragraf 1 Absatz 8 des Gesetzes über den Schutz des Landeswappens die Auszeichnung zu widerrufen ist, wenn die Voraussetzungen für die Verleihung der Auszeichnung nach Absatz 4 – ich zitiere – „im Interesse des Landes gelegene Leistungen“ oder Absatz 6 – ich zitiere – „in dem betreffenden Wirtschaftszweig eine führende und allgemein geachtete Stellung einnimmt“ nicht mehr gegeben sind.

Aus Sicht der Grünen sind diese beiden Voraussetzungen von Anfang an nie gegeben gewesen und ich bin ziemlich fassungslos, dass es auch möglich war, dass wir im Verfassungs-Ausschuss zwar dieses Stück zur Diskussion vorgelegt haben, dass es dazu aber null Wortmeldungen gegeben hat. Und ich ersuche Sie dringend, unserem grünen Antrag jetzt zuzustimmen und mache noch einmal aufmerksam auf die Stellungnahme der israelitischen Kultusgemeinde, die insbesondere auch auf die antisemitischen Inhalte hinweist. Ich ersuche Sie dringend diesem Antrag zuzustimmen. Sie wissen, dass wir auch in der Steiermark in dem Jahr, das von ÖVP-Schüssel als angebliches „Gedankenjahr“ positioniert wurde, dass es dazu etliche Veranstaltungen geben wird und ich halte es für absolut unangebracht, dass die steirischen Parteien ÖVP, SPÖ und auch die Freiheitlichen da hinausgehen und so tun, als ob sie sich tatsächlich in aller Klarheit gegenüber der nationalsozialistischen Diktatur verwehren und dieselben Parteien es aber gleichzeitig zulassen, dass ein Verlag, dessen Tätigkeit ich vorher beschrieben habe, die Auszeichnung des Landeswappens weiterhin führen kann.

Etwas noch pro futuro: Die ÖVP hat im Verfassungs-Ausschuss zwei Sätze gesagt, überhaupt nicht eingehend auf unseren Antrag, nämlich dass die Lage und der Inhalt ein „sensibler“ seien. Ich finde, wenn Sie so delikate, vorsichtige Begriffe verwenden, dann gehen Sie endlich her und stimmen diesem grünen Antrag zu. Dann gehen Sie endlich her und stimmen diesem grünen Antrag zu. Es ist für uns einfach absolut unerträglich und aus Gründen der Grund- und Menschenrechtspolitik in der Steiermark nicht nachvollziehbar, warum Sie es nicht schaffen, sich von diesem Teil einiger weniger Leute in der Steiermark zu distanzieren, die nach wie vor dieses hoch revisionistische Menschenbild teilweise mit ganz, ganz klar rechtsextremer Tönung hochhalten, warum Sie es nicht schaffen, sich davon zu distanzieren. Und Sie merken, dass ich diese Rede nicht nur in geschliffen und eleganter Sprache halte, weil ich absolut fassungslos bin, dass wir in diesem Landtag, im Jahr 2005, im März 2005 da möglicherweise keinen einstimmigen Landtagsbeschluss zustande bringen zu einem Anliegen, von dem ich ursprünglich gedacht habe, als wir den Antrag eingebracht haben, dass das innerhalb von kürzester Zeit bei allen Fraktionen eigentlich mehrheitsfähig sein sollte. Danke schön für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen. – 14.10 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächste am Wort ist die Frau Abgeordnete Grete Gruber, bitte.

Abg. Margarethe Gruber (14.11 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Präsidentin! Hohes Haus!

Um die Verleihung eines Landeswappens wieder rückgängig zu machen, bedarf es auch einer Änderung des Gesetzes und ich darf den unselbstständigen Entschließungsantrag betreffend die Änderung des Gesetzes über den Schutz des steirischen Landeswappens der Abgeordneten Gruber und Schrittwieser einbringen.

Das Gesetz vom 20. November 1979 über den Schutz des steirischen Landeswappens (LGBl. Nr. 8/1980 in der Fassung des Landesgesetzes LGBl. Nr. 48/2001) legt fest, wer zur Führung des steirischen Landeswappens berechtigt ist. Nach Paragraf 1 Absatz 4 leg. cit. steht dies Behörden, Ämtern und sonstigen Einrichtungen des Landes Steiermark zu. Paragraf 1 Abs. 5 dieses Gesetzes sieht weiters vor, dass das Recht zur Führung des Wappens als Auszeichnung auch physischen und juristischen Personen bewilligt werden kann, wenn diese besondere, im Interesse des Landes gelegene Leistungen vollbracht haben und mit solchen Leistungen weiterhin zu rechnen ist. Bei den Voraussetzungen für die Verleihung des Rechtes auf Führung des Wappens stellt Paragraf 1 Absatz 6 leg. cit. jedoch lediglich auf zwei Umstände ab: ob sich das Unternehmen durch außergewöhnliche Leistungen um die steirische Wirtschaft Verdienste erworben hat und in dem betreffenden Wirtschaftszweig eine führende und allgemein geachtete Stellung einnimmt.

Nur bei Wegfall dieser Voraussetzungen darf das Recht wieder aberkannt werden. Nach Ansicht der sozialdemokratischen Fraktion im Steiermärkischen Landtag sollten jedoch auch andere öffentliche Interessen, wie etwa Verstöße gegen Strafrechtsbestimmungen, diskriminierendes Verhalten oder ein vormaliges Naheverhältnis zu nationalsozialistischem Gedankengut bei Verleihung des Rechtes berücksichtigt werden beziehungsweise zu einer amtswegigen Aberkennung des Rechtes führen.

Es wird daher der Antrag gestellt:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, eine Regierungsvorlage zur Änderung des Gesetzes vom 20. November 1979 über den Schutz des steirischen Landeswappens vorzulegen, damit gesetzlich festgelegt werden kann, dass auch andere öffentliche Interessen, wie etwa Verstöße gegen Strafrechtsbestimmungen, diskriminierendes Verhalten oder ein vormaliges Naheverhältnis zu nationalsozialistischem Gedankengut, bei Verleihung des Rechtes berücksichtigt werden beziehungsweise zu einer amtswegigen Aberkennung des Rechtes führen.

Damit hätten wir alles berücksichtigt und ich bitte Sie auch um Ihre Zustimmung. (Beifall bei der SPÖ. – 14.14 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster am Wort ist Herr Klubobmann Drexler, bitte.

Abg. Mag. Drexler (14.14 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Landeshauptmannstellvertreter! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wir haben dieses Thema bereits im Ausschuss für Verfassung und Verwaltungsreform diskutiert und wir haben ja zu diesem seinerzeitigen grünen Antrag eine Stellungnahme der Landesregierung bekommen, die darauf hinweist, wie die rechtliche Lage ist. Ich erlaube mir eingangs – und da können mir möglicherweise einzelne Vertreter der Wirtschaft vielleicht sogar böse sein – eine Eingangsbemerkung, ich halte ja überhaupt diese Usance, an Unternehmen das Recht zur Führung des Landeswappens zu verleihen, für eine interessante Kreation, um es einmal vorsichtig zu sagen, aber scheinbar ist es so, dass das Einzelne offensichtlich sehr interessiert. Das ist die erste Vorbemerkung.

Die zweite Vorbemerkung: Wenn es schon so ist, dass es Derartiges gibt, dann müssen wir uns auch an die gesetzlichen Vorschriften halten, die für diesen Zweck geschaffen worden sind. Und – das wird in der Stellungnahme der Landesregierung ja entsprechend klar herausgearbeitet – es gibt eben entsprechende Rechtsgrundlagen, die zu einer solchen Verleihung dieses Rechts auf Führung des Landeswappens führen können. Tatsächlich hat die Steiermärkische Landesregierung 1992 einstimmig auf Basis dieser gesetzlichen Vorschriften dem angesprochenen Unternehmen dieses Recht auf Führung des Landeswappens verliehen und es ist so, dass in der einschlägigen Rechtsgrundlage auch geregelt ist, wie das wieder abhanden kommen kann, dieses Recht. Es müssen nämlich die seinerzeitigen Voraussetzungen, die für die Verleihung gesprochen haben und die sind, wie die Kollegin richtig darauf hingewiesen hat, primär wirtschaftlicher Natur, da geht es um eine gewisse wirtschaftliche Bedeutung und dergleichen mehr, gibt es scheinbar auch ein Verfahren, wo Interessenvertretungen befragt werden, ob diese Entscheidungsgrundlagen vorliegen oder nicht. Damals gab es keine Einsprüche seitens der Interessenvertretungen.

Und würden diese Voraussetzungen wegfallen, dann müsste man sozusagen dieses Recht auf Führung dieses Landeswappens wieder zurücknehmen. Tatsächlich ist es aber so, dass die Voraussetzungen, die 1992 die Landesregierung offensichtlich dazu bewegen haben, diesen Beschluss zu fassen, heute in ähnlicher Form gegeben sind wie 1992. Daher ist es in einem Rechtsstaat nicht möglich, das Gesetz, das diesem Recht auf Führung des Landeswappens zugrunde liegt, das können wir nicht beugen und daher sind wir noch nicht einmal bei der Frage, wie jetzt inhaltlich das eine oder andere zu werten ist, bereits mit dem Anliegen der Grünen gescheitert, weil es einfach formal nicht möglich ist. Und wenn man sich bei anderer Gelegenheit auf die Einhaltung von Gesetzen beruft, so müssen wir es auch nolens volens in diesem Fall tun. Das ist der eine Teil der Geschichte. Ich darf aber schon darauf hinweisen, dass ich die Initiative der Sozialdemokraten, die wir seit heute kennen, mit diesem Entschließungsantrag hier die entsprechende Rechtsgrundlage ändern zu wollen, dass das natürlich ein Weg ist, der jetzt auch abgehoben vom konkreten Beispiel, ganz abstrakt gesprochen, meines Erachtens ein sinnvoller Weg ist. Weil warum soll man nicht der Landesregierung das Recht einräumen, auch aus inhaltlichen Erwägungen hier ein solches einmal eingeräumtes Recht wieder zu nehmen? Daher werden wir den Entschließungsantrag der Sozialdemokratischen Partei unterstützen. Ich darf auch sagen, dass das, was die Kollegin Zitz eingangs ihrer Wortmeldung uns verlesen hat, das Mail der israelitischen Kultusgemeinde Graz natürlich ein beachtliches Schreiben ist. Das ist überhaupt keine Frage, ist auch sehr klar formuliert, um das nebenbei zu erwähnen. Ich darf eines auch dazu sagen, wir sind hier nicht in einer Debatte, die der inhaltlichen Bewertung des Verlagsprogramms des angesprochenen Unternehmens hier dient. Weil ich kann Ihnen eines sagen, wir haben uns das nicht leicht gemacht. Wir haben uns auch die angesprochenen Werke zum Teil besorgt und zum Teil durchgesehen und es wird wahrscheinlich einer überwiegenden Mehrheit hier im Haus so gehen, dass einiges, was hier publiziert wird jedenfalls, ich würde sagen, etwas mehr als meinen Geschmack nicht trifft, sondern tatsächlich in einem negativen Sinn bemerkenswerte Publikationen sind. Das ist der eine Teil, der andere Teil ist eben der, dass es hier die seinerzeitigen Gründe, die für die Verleihung gesprochen haben, heute noch gibt. Das trifft einen wesentlichen Teil des Unternehmens und ich darf abschließend vielleicht eines sagen, weil ich will eigentlich hier keine – wie soll ich sagen – ich will hier keine Eskalation oder sonst irgendetwas in dieser Debatte und ich will auch hier nicht über Gebühr eine Frontstellung aufbauen zwischen den antragstellenden Grünen und den anderen drei Parteien, denn ich glaube, es ist eines klar, gerade von der Edith Zitz angesprochen im Jahr 2005, das ja in vielerlei Hinsicht ein Jubiläumsjahr ist, aber es brauchte eigentlich kein Jubiläumsjahr, um das zu sagen. Ich glaube, wir sind uns in unserer demokratischen Gesinnung und in unserer Beurteilung der Geschichte in diesem Haus wahrscheinlich relativ einig – ich glaube schon, dass das der Fall ist – und ich glaube auch, ich kann das nur für mich persönlich sagen, dass natürlich es Gruppen gibt, die ein gewisses Maß an Unbelehrbarkeit und ein gewisses Maß an einer eigenartigen politischen Gesinnung haben, was mir nicht gefällt. Aber auch hier gilt der Rahmen des Rechtsstaats. Im Rahmen des Rechtsstaats scheint sich alles zu bewegen, was hier publiziert worden ist. Das mag einem gefallen oder auch nicht. Mir gefällt da einiges nicht. Wir werden den Entschließungsantrag der SPÖ unterstützen, wie immer dann eine solche Vorlage in Zukunft aussehen könnte, aber wir sind auch an den von uns selbst gesetzten rechtlichen Rahmen gebunden und genau das kommt in der Stellungnahme der Landesregierung zum Ausdruck. Insofern bitte ich unser Abstimmungsverhalten am heutigen Tag zu diesem Thema zu interpretieren. Wir werden den Ausschussbericht beschließen,

der die Regierungsvorlage zur Kenntnis nimmt. Wir werden dem Entschließungsantrag der Grünen folgerichtig nicht zustimmen können und wir werden dem Entschließungsantrag der Sozialdemokratie die Zustimmung geben. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP. – 14.22 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Frau Abgeordnete Zitz hat sich nochmals zu Wort gemeldet, bitte.

Abg. Mag. Zitz (14.22 Uhr): Frau Präsidentin, Frau Landesrätin, Herr Landeshauptfraustellvertreter, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Folgendes jetzt zu den Ausführungen von Christopher Drexler. Das Eine, du betreibst ein formaljuridisches Versteckspiel, statt eine klare rechtliche und ethisch verantwortungsvolle Position einzunehmen. Das ist das Eine, und das Zweite: Wir haben leider in Österreich ein Verbotsgesetz, das sehr anders getönt ist als das in Deutschland, und die Publikationen, die der Stocker Verlag herausbringt, sind deshalb leider nicht verbotbar. Aber das, was wir von grüner Seite fordern und verlangen, ist, dass man diesem Verlag so, wie er sich präsentiert, nicht die Wertschätzung eines Landeswappens angedeihen lässt. Das, was für mich sehr klar herausgekommen ist, dass die ÖVP ausweicht anstatt sich klar zu positionieren. Das, was du noch gesagt hast, von den Begriffen her, ich habe mir das teilweise aufgeschrieben, weil ich einerseits bei dir auch schon gemerkt habe, dass das eine Rede ist, die du nicht leichten Herzens hältst und das halte ich dir sehr zugute, aber ich halte es einfach für sehr grenzwertig, dafür Begriffe wie „Geschmack“ und „schlecht erzogen“ zu verwenden, wenn, und ich erlaube mir einfach, Ihnen das jetzt noch einmal vorzulesen, damit es auch für die Leute dokumentiert ist, die irgendwann einmal sich im Jahr 2005 die „Stenografischen Protokolle“ anschauen und die Qualität unserer Debatte zu diesem Jahr. Der Leopold Stocker Verlag, wie gesagt, der Gründer war ein aktiver Antisemit mit brutalen antijüdischen Hetzschriften. Unter anderem ist im Jahr 1926 eine Schrift mit der Bezeichnung „Juda“ herausgekommen, wo festgehalten wird, es wäre „die heilige Pflicht Juden unschädlich zu machen“ und mit dem Auftrag, „Bestellen Sie reichlich, Sie verdienen damit und helfen das deutsche Volk von seinem Krebschaden zu befreien“. Ich bringe, neben vielen, vielen anderen Beispielen, die Sie in unserem Entschließungsantrag finden, noch einmal dieses Zitat mit dem Hinweis, dass es dem jetzigen Chef dieses Verlags, dem Herrn Dworak-Stocker nicht möglich ist, sich von der Geschichte seines Verlags auch nur einen Millimeter zu distanzieren. Und ich verstehe aus diesem Zusammenhang sehr gut, dass die israelitische Kultusgemeinde alle Fraktionen aufgefordert hat, wenn es schon auf der Ebene des Verbotsgesetzes sehr wenig Möglichkeiten gibt, zumindest diesen Verlag die Ehrung, die Wertschätzung des Landeswappens abzu erkennen.

Und ich kann Ihnen garantieren, dass wir bei jeder Gelegenheit, die sich in diesem Jahr und im nächsten Jahr bieten wird, Sie immer wieder daran erinnern, dass Sie alle drei Parteien, ÖVP, SPÖ und Freiheitliche Partei, es nicht geschafft haben, sich jetzt in diesem Jahr von einem Regierungsbeschluss aus dem Jahr 1992 zu distanzieren. Ich bin ziemlich fassungslos auch, dass jetzt zwar der Landeshauptfraustellvertreter Voves zumindest anwesend ist, der Landesrat Flecker ist es nicht. Ich bin ziemlich fassungslos, dass Frau Landeshauptfrau Klasnic, die in den nächsten Monaten sicher bei allen möglichen Ausstellungseröffnungen präsent sein wird, sich dieser Diskussion nicht stellt.

Und ich befürchte, wenn sich die ÖVP jetzt zurückzieht auf formaljuridische Argumentationslinien, dass das indirekt eine Ermutigung für jene Teile der steirischen Bevölkerung sein wird, die leider Gottes diese Positionen heute nach wie vor vertreten und ich finde es absolut überraschend, dass wir es heute nicht geschafft haben, da einen Allparteienbeschluss auf Aberkennung des Landeswappens für den Leopold Stocker Verlag zustande zu bringen. Sie können sicher sein, dass wir von unserer Seite das immer wieder zum Thema machen werden. Und ich glaube, dass der Landtag da keine geschlossene Position einnimmt, ist etwas, was ich für absolut beachtenswert und sehr bedauerlich empfinde. (Beifall bei den Grünen. – 14.27 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Nachdem keine Wortmeldung mehr vorliegt, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend die Änderung des Gesetzes über den Schutz des steirischen Landeswappens, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die einstimmige Annahme

Ich ersuche nun die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, betreffend Versagung der öffentlichen Anerkennung für den Leopold Stocker Verlag durch das Land Steiermark, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

10. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht des Rechnungshofes, Einl.-Zahl 2116/1, gemäß Artikel 1 Paragraf 8 Bezügebegrenzungsgesetz, BGBl. I Nr. 64/1997 für die Jahre 2002 und 2003.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Erich Prattes. Erich, du hast das Wort.

Abg. Prattes (14.28 Uhr): Der Ausschuss für Kontrolle hat in seiner Sitzung vom 8. März 2005 über den Bericht des Rechnungshofes, Einl.-Zahl 2116, laufende Nummer 140, gemäß Artikel 1 Paragraf 8 Bezügebegrenzungs-gesetz für die Jahre 2002, 2003 beraten und stellt demnach den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Rechnungshofes, Einl.-Zahl 2116, laufende Nummer 140, gemäß Artikel 1 Paragraf 8 Bezügebegrenzungs-gesetz, BGBl. I Nr. 64/1997, für die Jahre 2002, 2003, wird zur Kenntnis genommen.

Ich bitte um Annahme. (14.29 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Nachdem keine Wortmeldung vorliegt, kommen wir zur Abstimmung. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Die einstimmige Annahme darf ich feststellen.

Bei den Tagesordnungspunkten 11 und 12 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese zwei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich darf die Zustimmung annehmen, damit kommen wir zum Tagesordnungspunkt

11. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2163/1, betreffend Sicherstellung der Errichtung der Koralmbahn; Vereinbarung zwischen den Ländern Steiermark und Kärnten sowie der Republik Österreich, HL-AG. und ÖBB.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Erwin Dirnberger. Sie haben das Wort, bitte.

Abg. Dirnberger (14.30 Uhr): Frau Präsidentin! Werte Regierungsmitglieder! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Ich berichte über den schriftlichen Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2163/1, betreffend Sicherstellung der Errichtung der Koralmbahn. Vereinbarung zwischen den Ländern Steiermark und Kärnten sowie der Republik Österreich, HL-AG. und ÖBB.

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft hat in seiner Sitzung am 8. März 2005 über die oben genannte Regierungsvorlage die Beratung durchgeführt.

Die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2163/1, betreffend Sicherstellung der Errichtung der Koralmbahn, Vereinbarung zwischen den Ländern Steiermark und Kärnten sowie der Republik Österreich, HL-AG. und ÖBB, wird mit dem Hinweis zur Kenntnis genommen, dass diese sich auf den Beschluss Nr. 1438 des Steiermärkischen Landtages vom 22. Juni 2004 bezieht.

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Erstens: Der vorstehende Bericht wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Zweitens: Der Steiermärkische Landtag genehmigt den Abschluss eines Vertrages der Steiermärkischen Landesregierung mit der Republik Österreich, HL-AG., ÖBB und dem Land Kärnten.

Drittens: Die Notwendigkeit des sich aus diesem Übereinkommen zusätzlich zum Ressort-Budget ergebenden Finanzierungsbedarfs in den Jahren 2008 bis 2025 im Gesamtausmaß von 140 Millionen Euro wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Der Steiermärkische Landtag verpflichtet sich, entsprechend diesem Vertrag die Jahresraten von 7,78 Millionen Euro zusätzlich in den jeweiligen Budgets in den Jahren 2008 bis 2025 zu berücksichtigen.

Ich ersuche um Annahme. (14.33 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt

12. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2180/1, betreffend Vereinbarung über Betrieb und Finanzierung der Steirertaktleistungen der ÖBB.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Karl Wiedner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Wiedner (14.33 Uhr): Frau Präsident! Sehr verehrte Damen und Herren!

Ich berichte zu Einl.-Zahl 2180/1. Es geht um die Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend Vereinbarung über Betrieb und Finanzierung der Steirertaktleistungen der ÖBB.

Der Antrag ist abgefasst auf die Weiterführung der Angebotsverbesserung, die absolut sinnvoll ist im Bereich des öffentlichen Verkehrs. Es geht hier um die ÖBB-Steirertaktleistungen. Im Antrag sind angeführt, welche Strecken und welche Züge hier weitergeführt werden sollen. Es ist auch im Antrag drinnen die Finanzierung für die nächsten drei Jahre mit 1,5 Millionen Euro und ich ersuche hier um Annahme des Antrages. (14.34 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Präsident Purr. Ich erteile ihm das Wort.

Präsident Purr (14.34 Uhr): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich glaube, wir fassen heute einen sehr, sehr wesentlichen Beschluss und vor allem glaube ich nehmen wir seitens des Landtages auch eine Weichenstellung unsererseits vor für die Anbindung des Eisenbahnnetzes der Steiermark an das europäische Eisenbahnnetz. Sie wissen, seit mehr als 20 Jahren gibt es im Heimatbezirk Deutschlandsberg eine überparteiliche Plattform „Pro-Koralmbahn“. Und ohne jetzt ins Detail zu gehen, einfach war die Sache niemals, denn letztendlich gibt es ja viele Beteiligte, viele betroffene Gemeinden. Und ich erinnere mich an die Anfänge, wo wir Informationsveranstaltungen gemacht haben in Stainz, in Deutschlandsberg und in Wies, die bestbesuchte war damals Wies, wo man sich eigentlich gewundert hat über die ernsthafte Inangriffnahme vom Bezirk Deutschlandsberg dieses Projektes Koralmbahn. Viele haben gemeint „Illusion“, andere erinnerten sich, dass es so etwas schon Mitte der dreißiger Jahre gegeben hat und ich erinnere mich auch an sehr, sehr viele Diskussionsbeiträge hier im Steiermärkischen Landtag. Eines steht fest, meine Damen und Herren, der Koralmtunnel ist das Herzstück zwischen Deutschlandsberg und Maria Rojach. Kein Weg führt an der Koralmbahn vorbei und damit auch kein Weg wird an unserer weststeirischen Heimat vorbeiführen. Dennoch bedeutet diese Koralmbahn wesentlich mehr. Denn ursprünglich geht es um das Gesamtprojekt „Neue Bahn Wien–Semmering–Bruck an der Mur–Graz–Klagenfurt“. Nach all den Schwierigkeiten, die es in der Vergangenheit gegeben hat, war es eigentlich Anliegen auch dieses überparteilichen Komitees zu sagen, wir setzen uns primär dafür ein, dass ein Teilstück, nämlich das von Graz nach Klagenfurt vorgezogen und in Angriff genommen wird. Sie wissen, dass die Fahrzeit, ohne jetzt diese mit der TGV in Frankreich zu vergleichen, von Graz nach Klagenfurt 1,05 Stunden, 1,10 Stunden betragen wird.

Und denken Sie jetzt nicht nur an den Personenverkehr, sondern auch an den Güterverkehr, der ja derzeit über Bruck an der Mur führt und über Sankt Veit an der Glan, das heißt, mit der Kirche ums Kreuz. Ich hebe einmal mehr hervor, dass ja bitte in den letzten 100 Jahren, grob gerechnet, keine neuen Bahnen in Österreich überhaupt gebaut wurden, denn in der Monarchie hat man damals eigentlich geplant für Prag, für Budapest, für Wien und natürlich damals die Erzherzog-Johann-Bahn mit der Anbindung Triest. Das Zusammentreffen im Juni 2004 von Frau Landeshauptmann Klasnic mit dem Kärntner Landeshauptmann hat im wahrsten Sinne des Wortes eine Weichenstellung vorgenommen für das Vorziehen des Projektes durch Beteiligung der Länder an den Gesamtinvestitionskosten. Ziel dieser Vereinbarung war es und ist es, den Bau der Koralmbahn sicherzustellen. Die Landesbeteiligung sieht 140 Millionen Euro vor, auf der Kärntner wie auf der steirischen Seite. Und ich sage hier in tiefer Überzeugung, es ist die beste Investition in die Zukunft unseres Landes, denn damit konnten Bundesinvestitionen in Gesamthöhe von 4 Milliarden nach Steiermark und nach Kärnten geholt werden. Es war eine Grundsatzentscheidung, auch so könnte man diese Handlung bezeichnen, womit die Umfahrung Österreichs eigentlich ausgeschlossen wurde. Und ohne zu übertreiben, wenn die Medien auch berichten, das würden 40.000 und 50.000 Arbeitsplätze insgesamt sein, so sage ich, wenn es 30.000 sind, ist es ein Riesenerfolg und wir können stolz sein darauf, dass es endlich eine Anbindung gibt des gesamten Ostens und Südostens Österreichs an den zweitgrößten Wirtschaftsraum Europas, nämlich Oberitalien mit dem Zentrum Mailand. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren, dennoch, der viel diskutierte, heute viel diskutierte, oftmals auch beschriebene Semmeringbasistunnel ist eigentlich fix. Die Inbetriebnahme etwa 2016, 2018 und man wird sich auch bemühen um ein Vorziehen selbstverständlich sowie um ein Gleichziehen mit der Fertigstellung der Koralmbahn. Das heißt, das Gesamtprojekt „Neue Südbahn“ ist gemeinsam auf Schiene. Ich möchte hervorheben, weil auch heute diskutiert wurde über den zweiröhren Tunnel, meine Damen und Herren, das ist eigentlich nicht nur Beschleunigung, sondern das ist auch Sicherheit. Und wer damit wenig anfangen kann, möge sich bitte den zweiröhren Plabutschunnel ansehen und sich vorstellen, was alles an Sicherheit zusätzlich passiert ist, wenn man weiß, dass durch diese Tunnelröhren täglich rund 24.000 Fahrzeuge verkehren. Das Projekt Semmering, wissen Sie ja bereits, ist ein großartiges Vorhaben, denn letztendlich konnten bisher von einer Lokomotive lediglich 1000 Tonnen geschleppt werden und zukünftig werden das 1600 Tonnen sein können. Meine Damen und Herren, die Techniker sagen, rund 200 Züge werden innerhalb von 24 Stunden den Tunnel passieren. Und jetzt ein Wort zur Tonnage, die Tonnagen für den Semmeringbasistunnel können gleich hoch sein wie für den Koralmtunnel. Vor allem freue ich mich, dass der ÖBB-General Huber auch diesem Projekt eine entsprechende Priorität einräumt. Es ist mir nicht ganz verständlich, warum es eigentlich jetzt unter dem Titel „Vorwahl“ spürbar Zweifel an diesem Projekt geben sollte. Letztendlich bin ich überzeugt davon, wir wollen alle das Gleiche, eine ordentliche Anbindung an die Wirtschaftsräume, ordentliche Kapazitäten, ordentlichen Personenverkehr, besseren Güterverkehr und nicht zuletzt auf mehr als ein Jahrzehnt, ich sage auch eineinhalb Jahrzehnte, viel Arbeit für die Menschen. Ich habe mich sehr geärgert, wie ich die Zeitung gelesen habe und der Bürgermeister von Mürzzuschlag laut Bericht 10. März eben von einer Verzögerung, von einer Geldverschwendung spricht und Mürzzuschlag muss Station bleiben. Meine Damen und Herren, da hat erstens niemand einen Zweifel daran und wenn jemand Zweifel daran hat an dem Höhenunterschied, den es geben könnte, man möge sich in Europa auf verschiedenen Bahnhöfen umsehen, die unter Tag gebaut sind und da sind diese Höhendifferenzen überhaupt kein Problem mehr und wenn man sich die Zeit dazu nimmt, bin ich überzeugt davon, dass man anders argumentieren wird. Lassen Sie mich aber bei dieser Gelegenheit auch eines noch sagen. So ernsthaft die Diskussion auch hier geführt wurde heute Vormittag, in Vorwahlzeiten spürbar. Ich war sehr betroffen davon, dass man dann gesagt hat, der Schüssel, die Klasnic. Erfreulicherweise hat der Herr Klubobmann Drexler einen ordentlichen Umgang gepflegt, denn der Herr Landeshauptmannstellvertreter ist Landeshauptmannstellvertreter für alle. Wir leben in einer Demokratie. Es ist auch der Herr Landesrat Erlitz, der Herr Landesrat!!! (Abg. Kaufmann: „Der Benni Bittmann hat gesagt, der Voves!“)

Darf ich eines sagen, wenn dem so sei, was ich nicht gehört habe, ich kann das nicht bestreiten, dass so etwas passiert, aber in der Pflege der Sprache, im Umgang, würde ich sagen, wir erweisen den Politikern und auch unserem Landesparlament keinen Dienst, wenn wir glauben, so über andere drüberfahren zu können. Was werden sich die Damen und Herren auf der Zuschauertribüne gedacht haben? (Landesrat Mag. Erlitz: „Keiner hat gesagt, ‚der Voves!‘ Bleiben wir fair. Ich bin bei dir, aber bleiben wir fair. Aber dann für alle!“)

Selbstverständlich, wenn du willst, Herr Landesrat – (Abg. Gross: „Herr Präsident. Es gilt aber gleiches Recht für alle. Der Benni Bittmann hat gesagt ‚der Voves!‘“) Wer immer es sagt, Frau Abgeordnete Gross, der Ton als solcher ist von mir aus gesehen unstatthaft für das Haus, kein Vorbild für die Bevölkerung, kein Vorbild für uns und wenn wir gegenseitig als Politiker uns keine Achtung mehr entgegenbringen können, trotz der gegensätzlichen Anschauungen, die es ja selbstverständlich gibt, dann darf man sich nicht wundern, wenn das Bild der Politiker in der Öffentlichkeit eher ein negatives als ein positives ist.

Lassen Sie mich noch ein Letztes sagen, ich bitte darum, dass sich alle Damen und Herren auch wirklich jetzt selbst in Vorwahlzeiten für das gemeinsame Projekt „Neue Südbahn“ einsetzen, denn eines steht fest, voraussehen können wir als Politiker vieles nicht, denn letztendlich darf ich sagen, ist ein großer Part den Fachleuten überlassen, ist ein großer Teil den Technikern überlassen und was die Juristerei betrifft, kann es ja nicht so sein, dass plötzlich Nichtjuristen, sobald sie ein Mandat haben, zu Juristen werden. Der Weg wäre ein zu einfacher. In diesem Zusammenhang sage ich nochmals ein steirisches Glückauf diesem neuen Jahrhundertprojekt „Neue Südbahn“ Graz–Klagenfurt – Graz–Wien und nicht zuletzt aber auch in dieser Verbindung das große Projekt, das große Dreieck Graz–Wien – Wien–Salzburg–Graz, wenn wir uns darüber nicht einigen können in Zeiten wie diesen, dann tut es mir vom Herzen Leid, dann haben wir die Notwendigkeiten, die zu treffen sind, scheinbar noch immer nicht erkannt. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 14.46 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Stöhrmann. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Stöhrmann (14.46 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Mitglieder der Landesregierung, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Lieber Herr Präsident Purr, ich habe eine Bitte. Kannst du mir nicht bei so einer Gelegenheit einer Sitzung einmal ganz kurz diesen Stuhl da oben überlassen, denn ich glaube, da gibt es Hörschwierigkeiten. Da kommt nicht alles so an, wie es da herunter der Fall ist, denn anders kann ich mir deine sehr einseitige Interpretation des Gehörten nicht vorstellen. Aber es wäre vielleicht ein Weg, vielleicht hört man da oben die Dinge wirklich anders als hier herunter. Mit dem ersten Teil deiner Ausführungen gehe ich komplett konform. (Präsident Purr: „Jeder kehre vor seiner eigenen Tür!“)

Ja, wäre eine Möglichkeit!

Gehe ich komplett konform und selbstverständlich unterstützen auch wir die Angelegenheiten des Koralm-tunnels, weil er wichtig ist und weil wir wissen, dass trotzdem, dass die Steiermark hier – und es ist ein Ausnahmefall – dazuzahlen muss, weil er wichtig ist für dieses Land, für Kärnten, für die Steiermark, für diese Ostanbindung. Aber wir alle, und du ganz besonders, wissen ganz genau, dass diese Ostanbindung nur dann funktioniert, wenn auch das zweite Teilstück, nämlich der Semmeringbasistunnel, verwirklicht wird. Und deswegen sind wir gegen die Vorgangsweise, wie sie jetzt und in letzter Zeit gewählt wurde, weil sie eine Verzögerung bringt, weil den Menschen etwas vorgespielt wird, was es nicht gibt, was nicht Tatsache ist. Es gibt keine Planung. Es gibt nichts, was irgendwie dazu beitragen würde, die Zeit zu verkürzen. Das weißt du, Herr Präsident, genauso wie ich und deswegen bringen wir auch einen Unselbstständigen Entschließungsantrag ein. Ich möchte nur dazu sagen, weil du auch den Generaldirektor der ÖBB erwähnt hast, der wievielte ist es, den man dann endlich so weit gebracht hat, dass er der Rückziehung dieses „alten“ Projektes zugestimmt hat? (Präsident Purr: „Es war auch schon der Brenner!“)

Unselbstständiger Entschließungsantrag der Abgeordneten Stöhrmann, Kröpfl, Schrittwieser, Böhmer, Breithuber, Dipl.-Ing. Grabner, Margarethe Gruber und Petinger.

Schon im „alten“ Generalverkehrsplan wurde die Realisierung des Semmeringbasistunnels auf Grund des anhaltenden Widerstandes des niederösterreichischen Landeshauptmannes und den damit verbundenen Verschiebungen der Finanzierungstranchen zu anderen Projekten auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben.

Im neuen Rahmenplan sind für seine derzeitige Geltungsperiode bis 2010 überhaupt keine Mittel für dieses Projekt vorgesehen. Auch alle anderen für die Steiermark wichtigen Projekte, mit Ausnahme der Koralm-bahn, die nur auf Grund der Mitfinanzierung der Länder Kärnten und Steiermark vorgereicht wurde, sind im Vergleich zum alten Generalverkehrsplan weitere Verschlechterungen enthalten:

Der Bau der drei Ausweichen auf der Ostbahn fehlt zur Gänze.

Der versprochene Ausbau des Bahnhofes Bruck an der Mur im Rahmen der Bahnhofsoffensive wurde gestrichen.

Die Fertigstellung der zweigleisigen Strecke Graz–Spielfeld kommt nun um sieben Jahre später.

Der Ausbau Graz–Bruck an der Mur verzögert sich um fünf Jahre.

Der Bosrucktunnel wird um sieben Jahre später ausgebaut als geplant.

Der Bau der umstrittenen Schleife Selzthal verschiebt sich um 13 Jahre.

Wenn nun der neue ÖBB-Generaldirektor eine Neuverhandlung des Rahmenplans mit einer stärkeren Priorität für die Westbahn verlangt, so kann dies nur als Drohung für die steirischen Interessen verstanden werden.

Die im Rahmenplan schon enthaltenen und zusätzlich drohenden Verschlechterungen für steirische Schienenprojekte dürfen nicht hingenommen werden. Im Gegenteil, es sind Verbesserungen und die Verankerung des Projektes Semmeringbasistunnel ist im Rahmenplan sicherzustellen.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, in Verhandlungen mit der Bundesregierung und den ÖBB sicherzustellen, dass erstens im neu zu verhandelnden Rahmenplan die Zeitpläne und Finanzierungsraten für die steirischen Schienenprojekte wesentlich verbessert werden sowie zweitens der rasche Bau des Semmeringbasistunnels durch eine Verankerung im Rahmenplan sichergestellt wird.

Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 14.51 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schrittwieser. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schrittwieser (14.51 Uhr): Meine Damen und Herren! Frau Präsidentin!

Natürlich, wie der Präsident Purr gesagt hat, ist der Koralmtunnel ein wichtiges Projekt und es kommt der Koralmtunnel nicht aus ohne den Semmeringtunnel, wenn das Sinn machen soll. Das wissen wir. Und was mir weniger gut gefällt, ist, dass man zugestimmt hat in der Bundesregierung, dass man das Geld vom Semmeringtunnel in die Koralm geschoben hat. Und was mir noch weniger gefällt ist, dass der Semmeringtunnel im Rahmenplan nicht drinnen ist, weder die neue Variante, die besprochen wurde, die angeblich so gut sein soll, aber keiner was hält davon. Und es ist auch die alte Variante im Rahmenplan nicht drinnen und das ist unser Problem. Das könnte auch ein Problem für den Koralmtunnel sein. Was natürlich auch ist, ist – und da sind wir als Steirer wieder dran und da hat sich die Frau Landeshauptmann und der Verkehrsreferent in Wien von der Bundesregierung über den Tisch ziehen lassen – und nur dann haben wir es überhaupt bekommen –, wenn wieder die Steirerinnen und Steirer verstärkt zur Kasse gebeten werden. Das heißt, die Bundesregierung sagt überall, liebe Steirerinnen und Steirer, wenn ihr was wollt, dann „brennt“, weil sonst bekommt ihr es überhaupt nicht. Jetzt weiß ich schon, bevor wir es gar nicht kriegen, überlegt man sich, ob man nicht einen Beitrag leistet. Aber es kann doch nicht sein, dass bei allen wichtigen Infrastrukturprojekten in der Zukunft es so ist, dass die Bundesregierung sagt, liebes Land, das eh nicht weiß, wo es die Euro hernehmen soll, zum Teil im sozialen Bereich, im familiären Bereich und alles, was dann von der Bundesregierung so quasi als Almosen uns erreicht, sagen sie, liebe Landesregierung, zahle, sonst kriegst es nicht. Ich lehne es ab, meine Damen und Herren, dass wir Steirerinnen und Steirer immer als Menschen zweiter Klasse betrachtet werden, alles selber zahlen müssen und ihr der Bundesregierung trotzdem noch danke schön sagt dafür. Das ist keine Politik für dieses Land, meine sehr verehrten Damen und Herren! (Beifall bei der SPÖ.)

Lieber Freund, in der Verstaatlichten haben wir dadurch, dass wir reingezahlt haben, heute noch sehr gute und hoch technologische Arbeitsplätze. Wenn wir nämlich das gemacht hätten, was ihr verlangt habt, das war noch euer Taus, euer Bussek und der Haider, dass wir diese Pyramiden, dass wir diese Museen zugesperrt hätten, dann hätten wir das heute alles nicht, meine Damen und Herren. Euer Ziel war ja, dass man den Schlüssel rüberdreht, das sind die echten Steuergeldervernichter. Wir sind dazu gestanden und sind heute stolz, dass wir dort schöne Arbeitsplätze haben, dass wir dort weltweit konkurrenzfähig sind und Produkte haben, um die uns die ganze Welt beneidet. Bei euch hätten wir Museen stehen, wo noch das Abreißen viel Geld kosten würde.

Aber da haben wir gewusst, wo wir stehen, nämlich nicht bei denen, die die Arbeitnehmer der Verstaatlichten vernadert haben, sondern wir sind bei denen gestanden, denen es um die Jobs und um die Zukunft gegangen ist. Das ist der Unterschied in der Steiermark. Die SPÖ steht zu den Menschen und ihr steht zu den anderen, die das Kapital in irgendwelche Fonds ins Ausland absaugen. Für das stehen wir, meine Damen und Herren, nicht zur Verfügung. Das ist ja euer Problem. Das ist ja auch das, dass ihr ständig an Vertrauen verliert, weil es eure Hauptaufgabe ist und als Abgeordnete müsst ihr es alle machen, sonst haltet ihr euer Mandat nicht. Die Frau Landeshauptmann sagt in Wien: „Danke, Herr Bundeskanzler, dass wir da mitzahlen, dass wir da mitzahlen, dass in Spielberg nichts geworden ist, dass wir bei der Bahn nichts weiterbringen!“ Ja, wenn ich euch anschau, Freunde, das ist ja nicht so. Wenn wir schon darüber reden, jetzt gibt es den Generalverkehrsplan, wo wir immer gesagt haben, in diesem Generalverkehrsplan ist bis 2011 fast nichts finanziertes für uns in der Steiermark drinnen. Ihr habt noch immer gesagt, wie super der Generalverkehrsplan ist und habt der Bundesregierung die Hand geküsst, weil die gesagt haben, um Gottes willen, die Steiermark hat eine Auflistung von Projekten, das steht da sogar drinnen, nur gibt es keine Finanzierung. Für das sagen wir nicht danke schön, weil wenn das eine rote Bundesregierung gewesen wäre, hätten wir ihnen als Landtagsfraktion die Wadeln nach vorne gerichtet. Das könnt ich euch aber sagen. (Beifall bei der SPÖ.)

Aber nicht die noch verteidigen. Ihr verteidigt das noch. Ich meine, wenn es um so schwer wiegende Interessen des Landes geht, dann hört sich diese Nibelungentreue, die ihr zu eurem Schlüssel habt, auf. (Beifall bei der SPÖ.)

Die Steirerinnen und Steirer werden genau wissen, wer zur Bundesregierung steht, die alles zusperrt, die nichts übrig hat für die Steiermark oder diejenigen, die neue Verantwortung übernehmen werden, wie der Landeshauptmann Voves. Die Rechnung werdet ihr demnächst präsentiert bekommen, meine Damen und Herren!

Wenn ich mir Graz-Spielfeld anschau, jetzt gibt es diesen Rahmenplan, den hat der Generalverkehrsplan abgelöst.

Den habt ihr offiziell gar nie beschließen lassen, weil der ist noch so viel schlechter als der Generalverkehrsplan, so dass ihr ihn in Wirklichkeit gar nie der Öffentlichkeit präsentiert habt. Aber wenn ich das lese, Graz-Spielfeld, meine Damen und Herren, wo der Verkehrsreferent der Steiermark schon sagt, wir bauen schon gleich, Graz-Spielfeld ist sieben Jahre zurückgestellt und mir fehlt der große Aufschrei, meine Damen und Herren der ÖVP und der Freiheitlichen. Wo ist der Aufschrei, der dieser Bundesregierung sagt, so könnt ihr mit uns nicht umgehen?

Das Nächste bitte, Graz-Bruck an der Mur ist um fünf Jahre zurückversetzt, weil kein Geld da ist und die Ausweichen bei der Ostbahn, und da höre ich von den Oststeirern auch nichts, diese wichtigen Ausweichen, die schon drinnen waren und wo wir auch schon gleich geglaubt haben, die bauen schon, sind nun 13 Jahre zurückversetzt. Und ihr geht noch immer her und sagt, wie super die in Wien sind. Für das stehen wir nicht zur Verfügung. Wir wollen den Semmeringtunnel, vielleicht sicherheitstechnisch adaptiert auf den neuesten Stand, das alte Projekt, weil das neue Projekt hat der Herr Landeshauptmann Pröll, im Fernsehen, ihr habt alle zuhören können, wie er gesagt hat: „Ja, ich kann dieses Projekt nicht beurteilen, weil es liegt ja keines vor.“ Ja, meine Damen und Herren, was heißt denn das, wenn der Pröll sagt, ich kann das nicht beurteilen? Schon, dass er die nächsten 50 Juristen und Bautechniker angesetzt hat um zu beweisen, dass auch das neue Projekt schlecht ist. Und dass das neue Projekt schlecht ist, ist ja damit bewiesen, dass es vor 15 Jahren dieses Projekt schon gegeben hat, Semmering, das jetzt da vorgeschlagen wurde. Damals hat man das als zu teuer und als zu viel Sicherheitsrisiko abgesetzt und hat dieses Projekt, was es jetzt gibt, auf die Tagesordnung gesetzt und man hat gesagt, das ist umzusetzen. Das Problem ist bei euch, dass ihr in Wien nicht gehört werdet und dass der Pröll mit euch Pingpong spielt. Und der Bundeskanzler traut sich nichts dagegen sagen und ihr sagt noch danke dazu. Aber auch der Bundeskanzler wird aus der Steiermark seine Grüße bei der nächsten Wahl erhalten und die werden keine angenehmen sein.

In diesem Sinne, meine Damen und Herren, dass wir den Semmeringtunnel rascher bekommen; die beste Lösung wäre, da könnt ihr uns rechts und links überholen, die beste und rascheste Lösung wäre, wenn ihr euch beim Pröll durchsetzt, sagt, gib deinen Widerstand auf und wir können auf Grund des Projektes morgen zu bauen beginnen. Indem wir wissen, dass ihr diese Kraft als ÖVP nicht mehr habt, dass ihr nach 60 Jahren Hauptverantwortung ausgelaugt seid, da nichts mehr weitergeht, eine Panne nach der anderen passiert, können wir damit nicht rechnen, dass ihr euch hier durchsetzt. Das Nächste ist, die zweitbeste Lösung oder eine sehr rasche Lösung wäre gut und da – hört mir zu, bitte, ich habe ja nicht mehr viel Redezeit.

Und das Nächste, es hat in der Landesregierung einen Beschluss gegeben, wo die Frau Landeshauptmann 1999 einen Brief geschrieben hat, dass das wichtig ist, der Semmering, wir wissen, an den Herrn Bundeskanzler, wir wissen nicht, ob der Herr Bundeskanzler der Frau Landeshauptmann jemals geantwortet hat. Wir haben das nicht gesehen. Auf alle Fälle gibt es nur eine Lösung, meine Damen und Herren, das ist, dass im Parlament, von uns liegt seit Jahren ein Antrag eines Bundesinfrastrukturgesetzes vor, wo niedergeschrieben ist, dass solche große Projekte, die landesübergreifend, die bundesübergreifend notwendig sind und erforderlich, dass man die Länder hier ausschaltet, weil es kann ja nicht sein, dass ein einziges Land und ein einziger Mann das Ganze verhindert, was für uns gut ist. Und das kann es doch nicht sein. Daher stellen wir jetzt den Unselbstständigen Entschließungsantrag und ich würde euch bitten da zuzustimmen, wenn ihr es ernst meint und Folgendes bitte ich euch hier zu beschließen:

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, den Nationalrat über die Bundesregierung zu ersuchen, den vom sozialdemokratischen Klub in den Nationalrat eingebrachten Antrag (Nr. 552/A), betreffend ein „Bundesverfassungsgesetz, mit dem das Bundes-Verfassungsgesetz um Bestimmungen über eine Infrastrukturkompetenz des Bundes ergänzt wird“, unterstützend einer raschen Beschlussfassung zuzuführen.

Meine Damen und Herren, dann braucht ihr euch hier mit dem Pröll nicht mehr herumschlagen, dann kann der Pröll, wenn er noch Haare hat, die aufstellen wenn er will, aber wenn dieses Gesetz im Nationalrat mit euren Stimmen beschlossen wird und unsere stehen dazu, das ist die rascheste und beste Lösung. (Präsidentin Beutl: „Die Redezeit ist zu Ende!“) Der hier dagegen ist, ist gegen den Semmering und gegen die Steiermark und deren Interessen. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 15.01 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Präsident Purr. Ich erteile ihm das Wort.

Präsident Purr (15.01 Uhr): Noch einmal ganz kurz nur angesprochen. Jetzt sage ich Siegi Schrittwieser, ich sehe das einfach so wie es ist. Wir haben im Herbst Wahlen und deshalb läuft es so. Eines weiß ich aber auch, wenn gebaut wird, sind wir alle beim Spatenstich und fast wahrscheinlich gibt es dann Alleinbauende, die einzig und allein es gemacht haben. Wir erleben das dort wie da immer wieder, Teil eins.

Es sei dir alles verziehen, wichtig ist, wir verlieren das Ziel nicht aus den Augen.

Zum Thema Taus noch ein Wort. Ich freue mich darüber, dass der Herr Landeshauptmannstellvertreter Mag. Voves heute auch sich in seiner Rede auf die Ausführungen des Dr. Taus bezogen hat. Ein kleiner Mann, beginnend in einer Bank, Leiter der Girozentrale, dann Bundesparteiobmann in einer äußerst schwierigen Zeit auch für uns – sage ich –, bringt es eigentlich dazu, dass er zu den größten in Österreich gehört und wird wohlwollend auch von Herrn Landeshauptmannstellvertreter Mag. Voves genannt. Jetzt kommt das Besondere, was ich mir erlaube dazuzusagen. Ein ganz großer, tüchtiger Unternehmer, niemals vorbestraft, kein Vergehen, tadellos gelobt von der SPÖ, mehr brauche ich eigentlich dazu nicht sagen. (Beifall bei der ÖVP.)

Und ein letztes Wort, was die Mandate betrifft, hast du, Schrittwieser gemeint, wir würden den Mandaten nachlaufen müssen. Ich glaube, dem ist nicht so, weil ich lese heute in der Presse, dass der SPÖ-Chef des Landes gesagt hat: „25 Prozent der Mandate will er persönlich vergeben.“

Euch wünsche ich viel Glück. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 15.03 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Hagenauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hagenauer (15.04 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Mitglieder der Landesregierung, Kolleginnen und Kollegen, Zuhöererin und Zuhörer!

Ich möchte noch kurz eingehen auf einen Aspekt, den der Herr Präsident Purr erwähnt hat im Zusammenhang mit der Koralmbahn und der heute Morgen im Rahmen der Aktuellen Stunde auf Grund der Redezeitbeschränkung keinen Eingang gefunden hat in meine Wortmeldung. Nämlich der Umstand, dass diese Neuplanung jetzt unter Umständen, sage ich einmal vorsichtig, auch ihre Vorteile hat. (Beifall bei der ÖVP.) Vorsichtig mit Beifallskundgebungen. Nach meinen Informationen ist es tatsächlich so, dass die jetzt geplante geringere Neigung des Semmeringbasistunnels, also das geringere Gefälle insofern Sinn macht und auch notwendig ist vor dem Hintergrund, dass man dann eine einzige durchgehende Hochleistungsbahn hat, zusammen mit der Koralmbahn von Tarvis bis Wien. Und der zweite Vorteil wäre nach meinen Informationen auch der, dass durch die andere, nämlich tiefer liegende Trasse, der Wasserhaushalt des Semmerings geringer beeinflusst werden könnte. Und der dritte ist der Sicherheitsaspekt. Ich sage aber bewusst auch an der Stelle dazu, die Sache hat, wie heute Morgen schon erwähnt, einen Haken. Nämlich all diese Aspekte sind überhaupt nicht neu.

Und jetzt stellt sich natürlich die Frage, aktuell jetzt in dieser unserer Debatte, warum hat man nicht schon, wenn die Zeit ein derart entscheidender Faktor ist bei dieser Sache – und das ist es –, warum hat man nicht schon vor Jahren die Entscheidung getroffen und hat gesagt, in der Tat, es ist so und daher müssen wir zu einer Neuplanung schreiten? Dass man die Koralmbahn bauen will auf Hochleistungsniveau, ist ja nicht neu. Das ist ja nichts Neues. Der Karlstock ist auch nicht neu, der ist schon sehr lange dort, wo er ist. Und die Tunnelsicherheit ist auch nicht etwas, was erst seit gestern im Gespräch ist. Das heißt, dieser Vorbehalt von unserer Seite, dass die Vorgangsweise hier, zu diesem Zeitpunkt jetzt das aus der Schublade zu ziehen, die Idee mit einer Neuplanung, die bleibt natürlich völlig aufrecht. Das war unverantwortlich, das jetzt zu diesem Zeitpunkt zu machen und macht uns stutzig. Und das zweite Argument bleibt auch natürlich vollkommen aufrecht, das weiß jedes Kind, dass es besser ist zu verhandeln, wenn ich irgendetwas in der Hand habe. Das heißt, angesichts der langen Jahre, die paar wenigen Wochen zu warten bis zum höchstgerichtlichen Urteil wäre selbstverständlich klug gewesen. Die Steiermark hat hier gehandelt nach dem Prinzip, besser den Spatz auf dem Dach als gar nichts in der Hand oder so ähnlich. Man hätte wenigstens abwarten müssen. Weil wenn ich mich mit dem Pröll einige, dann einige ich mich ohnehin mit ihm. Nachdem aber der Herr Pröll angeblich ein bisschen ein schwieriger Zeitgenosse ist, kann es ja nur besser sein, ich warte das Urteil ab. Habe ich es verloren, einige ich mich ja ohnehin mit ihm. Habe ich das nicht verloren vorm Höchstgericht, dann kann ich mit ihm wenigstens auf Augenhöhe „vernünftig“ reden. Warum also hat man das nicht getan? Die Antworten, die stehen aus und das macht natürlich stutzig. Das hat der Sache nicht gedient. Und jetzt noch kurz etwas zu dem Thema, weil es damit unmittelbar zusammenhängt, mit dem Eisenbahnausbau des zitierten Rahmenplanes. Die Grünen werden auch in dem Zusammenhang einen Entschließungsantrag einbringen. Die Gesamtinvestitionssumme dieses Rahmenplanes macht aus 4,5 Milliarden Euro, um das geht es hier. Für den Zeitraum, für den relevanten, das ist der Gesamtverkehrsplan, für diesen Rahmenplan von 2005 bis 2010 geht es um 840 Millionen Euro. Und wenn Sie sich jetzt anschauen, welche Maßnahmen, die für den Personenverkehr, für den öffentlichen Verkehr im Ballungsraum Graz dringend seit vielen Jahren notwendig wären und was die kosten, dann werden Sie die Überlegungen, die da angestellt wurden, nicht mehr nachvollziehen können. Die zitierten drei Ausweichen, die lumpigen, die man uns seit acht Jahren verspricht und ankündigt, drei lumpige Ausweichen, die kosten 36 Millionen Euro. Das ist auch nicht wenig Geld, aber vor dem Hintergrund von 4,5 Milliarden Euro kann mir niemand erklären, warum man ausgerechnet diese kleine Summe auch noch um satte zehn Jahre hat noch einmal nach hinten verschieben müssen, zumal es sich ja hier – ich habe es schon gesagt, an der Investition, heute fährt der neue Dieseltriebwagen jetzt auf der Ostbahn – zumal es sich hier ja nicht um einen Luxus handelt, sondern um etwas, was sogar rentabel ist für die ÖBB. Weil baut sie diese Ausweichen, kann sie öfter mit ihren Zügen hin- und herfahren. Sie kann den Taktfahrplan in Graz einhalten. Das heißt, die Leute können innerhalb von fünf Minuten auf den Intercity umsteigen. Das bringt Geld. Das erspart Kosten. Das heißt, es rentiert sich von selber zu einem guten Teil. Und trotzdem hat man das nach hinten verschoben. Der Herr Landeshauptfraustellvertreter ist nicht da. Er müsste mir erklären, ich

kann mir nicht vorstellen, wie ein selbst völliger Laie, er hat heute das Wort schon einmal gebraucht in der Früh, in der Debatte, ich weiß nicht, zu wem er das gesagt hat, der oder die betreffende Kollegin verstünde von Verkehrspolitik nichts. Man muss Verkehrspolitik in der Tat gar nicht verstehen, um sich bei so einer Situation nicht an den Kopf zu greifen. Jeder blutige Anfänger irgendwo im politischen Geschäft sagt sich sofort und ruft seinen Minister, der noch dazu dann der Kamerad von der gleichen Partei ist, ruft ihn an und sagt: „Du, weißt eh, lieber Freund, du kannst mir alles antun, aber irgendetwas musst du mir lassen. Die 36 Millionen, die lumpigen, die spürst du ja nicht, tu mir das bitte nicht an und verschiebe das um zehn Jahre. Bitte, das nicht!“ Und außerdem haben wir in Graz das Feinstaubproblem, du weißt eh! Und die EU wird uns ohnehin innerhalb von kürzester Zeit auf die Zehen hüpfen und wird uns wieder ein Mahnschreiben schicken. Sie hat das ohnehin schon einmal getan und hat uns unseren Maßnahmenplan, unseren großartigen, zurückgeschmissen. (Abg. Majcen: „Da muss man aber viel Schreiben schicken!“) Nein, nein, nein, das mag durchaus sein, dass viele Städte in der EU ein Feinstaubproblem haben, Herr Kollege Majcen. Das ist mir bekannt. Aber dir wird auch bekannt sein, dass sich die EU Prioritäten setzt und die Stadt, wo sie das erste hinschickt – wo wird das sein? – Graz, neuerdings auch Fürstenfeld übrigens. (Abg. Majcen: „Das ist künstlich hergestellt worden!“) Aber das ist ein anderes Kapitel, über das unterhalten wir uns jetzt nicht. Fest steht, dass wir hier so oder so Handlungsbedarf haben. Und dass es nicht nachvollziehbar ist, überhaupt nicht nachvollziehbar ist, dass man nicht einmal so eine geringe Summe aufrechterhalten hat können. (Abg. Majcen: „Rechtzeitig vor der Gemeinderatswahl haben sie die Werte überschritten!“)

Ja, Herr Kollege Franz Majcen, du findest es witzig! Ich nicht! Ich finde das nicht so witzig. Das ist eine sehr ernste Geschichte. Jetzt kannst du reden wie du willst.

Das heißt, hier ist in der Tat und das ist der Sinn und der Tenor unseres Antrages, den ich dann noch kurz vorstellen werde, hier ist in der Tat Handlungsbedarf für die Landesregierung. Wir gehen davon aus, dass, wenn das nicht heute passiert, das spielt keine Rolle. Wir haben das nächste Jahr wieder. Wir haben unsere Luftprobleme nächstes Jahr wieder. Das kann man nicht einfach verdrängen, das kann man nicht auf die Seite schieben. Hier wird die Landesregierung mit der Bundesregierung sich auseinander setzen müssen und sagen, die paar Millionen, die werdet ihr, bitte, aufbringen, damit wir wenigstens in der Steiermark unseren S-Bahn-, das heißt unseren Steirertaktverkehr aufrechterhalten wie geplant. Von einer Beschleunigung ist da noch gar nicht die Rede vor dem Hintergrund des Feinstaubproblems. Das ist nur das, was wir uns irgendwann einmal vorgenommen hatten. Daran führt kein Weg vorbei. Es ist auch nicht einzusehen, warum man das nicht jetzt macht, sondern irgendwie vor sich herschiebt. Das ist das Eine.

Das Zweite noch zum Abschluss ganz kurz an die Adresse der geschätzten Kolleginnen und Kollegen von der Sozialdemokratie. Es ist uns nicht entgangen, dass Sie in Ihrem Antrag den Bau der Schleife Selzthal monieren. Ich weiß nicht, ob Ihnen bekannt ist, dass Ihre Parteifreunde dort selbst das bis jetzt verhindert haben. Ich nehme aber gerne zur Kenntnis und werde das den Selzthalern auch mitteilen, dass sie zur Kenntnis nehmen müssen, dass die Landesorganisation jetzt auch für den Ausbau der Schleife Selzthal eintritt, womit ich zu meinem angekündigten Entschließungsantrag komme.

Die Grünen stellen den Antrag, der Landtag wolle beschließen (Abg. Wöhry: „Gesinnungswandel!“):

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens die gegenüber dem Generalverkehrsplan vorgenommenen Verschlechterungen beim Bahnausbau nicht länger kommentarlos hinzunehmen und zweitens zu diesem Zwecke mit der Bundesregierung über eine Vorfinanzierung der betroffenen Projekte zu verhandeln.

Ich bitte um Annahme und danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei den Grünen. – 15.16 Uhr.)

Präsidentin Beufl: Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Wicher. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Wicher (15.17 Uhr): Frau Landeshauptmann, Frau Präsidentin, Frau Landesrätin, Herr Landeshauptmannstellvertreter, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich gestehe ganz offen, dass ich sehr froh und sehr stolz bin, heute als Mitglied des Steiermärkischen Landtags dieser Regierungsvorlage, die sich mit dem Koralmtunnel beschäftigt, zustimmen darf. Ich finde, das ist ein großer Tag, nicht allein für die Steiermark und Kärnten. Das ist ein großer Tag für Österreich und es ist ein großer Tag für Europa. Und ich möchte all denjenigen, möchte dir auch, Herr Präsident, herzlichen Dank sagen und der Plattform aller Menschen, die sich dafür eingesetzt haben, dass es diesen Koralmtunnel geben soll und dass es ihn auch geben wird, ein großes Dankeschön und ich bin mir ganz sicher, dass im Verein mit dem Semmeringbasistunnel und Frau Landeshauptmann, danke, dass du dich nicht entmutigen hast lassen, dass du die Initiative in beiden Fällen ergriffen hast und deswegen können wir heute wirklich voller Zuversicht und mit großer Freude in die Zukunft sehen. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren, ich habe heute und es haben viele Zuhörerinnen und Zuhörer im Zuhörer- raum der Debatte folgen können und ich habe ihr auch sehr genau gefolgt, wo es eben um den Semmeringbasistunnel gegangen ist. Ich bin doch etwas enttäuscht und in irgendeiner Art und Weise kommt es mir vor, als würde die Sozialdemokratie sich den Mephisto aus Goethes „Faust“ zum Vorbild nehmen, der von sich sagt, ich bin der Geist, der stets verneint. Man weiß, wie Mephisto dann im Endeffekt geendet hat, aber das ist in meinen Augen des Pudels Kern. (Abg. Kröpfl: „Haben Sie aber schlecht zugehört. Schlecht zugehört. Wir sind nicht gegen den Semmeringbasistunnel. Wir wollen nur wissen, was da passiert!“)

Nein. Lieber Herr Klubobmann, ich denke, dass wir alle, die wir Abgeordnete sind, eigentlich positiv denken sollen. Weil dafür haben uns die Menschen in den Landtag gewählt.

Keine Frage, das ist keine Frage, aber damit, da bin ich ganz sicher, wird kein Geld in den Sand gesetzt, sondern es wird etwas – (Abg. Kröpf: „Sie haben uns aber auch gewählt, damit wir aufpassen, was passiert! 95 Millionen sind für nichts!“)

Darf ich jetzt zu dem kommen, was ich eigentlich sagen wollte. Es geht um den Tagesordnungspunkt 12, wo es um die Angebotsverbesserung durch den Steirertakt geht. Es ist ein Abkommen zwischen dem Land Steiermark, der Verkehrsverbundgesellschaft und den ÖBB geschlossen worden. Es ist großartig und es ist sehr, sehr zu begrüßen, dass es jetzt ein besseres und auch ein komfortableres Angebot für alle Pendlerinnen und Pendler gibt, die aus dem Bereich Bruck, die aus dem Bereich Weststeiermark, die auch aus dem Süden und dem Osten kommen. Es sind wunderschöne Waggons, ich weiß nicht, wer sie schon gesehen hat. Nur gestatten Sie mir doch, einige Anmerkungen zu machen. Die Waggons haben einen Einstieg mit einer Stufe und da muss ein Niveauunterschied, eben vom unteren Niveau in die Höhe überwunden werden. Das ist schwierig für Menschen, die vielleicht älter sind oder gebrechlich sind und die sich auch fürchten, während der Fahrt über Treppen gehen zu müssen. Was mir und vor allem auch den Behindertenorganisationen besonders am Herzen liegt und lag und schon die ganze Zeit lag und wir immer wieder Vorschläge gemacht haben, Einwendungen gemacht haben, diese neuen Garnituren, das ist der Desiro, das ist der Talent in Gesamtösterreich, dass die einfach nicht der geforderten, schon vom europäischen Parlament geforderten Barrierefreiheit entsprechen. Es ist auch so, dass es das Problem gibt, dass Bahnsteige hier in der Steiermark, und ich glaube, das ist nicht alleine auf die Steiermark beschränkt, verschiedene Höhen haben und es dann immer schwierig ist, zum Beispiel mit einem Rollstuhl in den Waggon hineinzugelangen. Und aus diesem Grund wurde schon seit langer Zeit gefordert, einen fahrzeugbezogenen Hebelift zu installieren, was kein großes Problem darstellt, weil ansonsten sind diese Waggons einfach nicht für Menschen, die auf den Gebrauch eines Rollstuhls angewiesen sind, zu benutzen. Es gibt einige Dinge, wo die Österreichischen Bundesbahnen, die sich immer berümen Komfort zu bieten, ein besseres Service zu bieten, die Frequenzen zu erhöhen, aber in manchen Fällen hat man den Eindruck, entweder sind Menschen mit einer Behinderung einfach nicht gewünscht, und da darf ich Ihnen ein kleines Beispiel geben. Es sind jetzt neue Speisewaggons angeschafft worden, herrlich. Ein Speisewaggon, der mit jedem Luxus ausgestattet ist, wo es wunderbar ist, eine Fahrtstrecke zwischen Graz–Wien, zwischen Wien–Salzburg, wo immer auch, verbringen zu können. Aus dem Fenster hinauszuschauen und Mittagessen oder Abendessen zu sich zu nehmen. Ich weiß nicht, was dahinter steckt. Ich kann mir nur vorstellen, dass es einfach – wie soll ich sagen – keine Überlegungen gegeben hat. Die Türen sind derartig schmal, dass man mit einem Rollstuhl einfach nicht durchkommt. Wenn ich jetzt sage oder unterstellen will, vielleicht möchte man niemanden im Rollstuhl im Speisewagen haben, vielleicht sind Menschen mit einer Behinderung, die essen, unartig, die könnten andere Fahrgäste stören, mag eine Unterstellung sein, aber warum wird das nicht gemacht? Warum gibt es keine breiteren Türen? Breitere Türen wären ja auch für alle anderen Reisenden wesentlich komfortabler, weil ich glaube nicht, dass es angenehm ist, sich nur so schmal durch die Tür zwängen zu müssen. Und so gibt es viele Dinge, wo man der ÖBB sagen müsste, bitte, denken Sie daran. Das Land Oberösterreich hat jetzt schon eine Initiative gesetzt, dass der Beitrag, den die Länder jeweils leisten müssen, vorläufig noch nicht genehmigt wurde, bevor nicht entsprechende Barrierefreiheit auch für Menschen mit Behinderung gegeben ist. Und ich hoffe, es wird sich vielleicht im Land Steiermark machen lassen, dass man sagt, wir möchten das für unsere behinderten Mitbürger, weil die genauso sowohl das Bedürfnis haben zu reisen, als auch das Anrecht. Danke vielmals. (Beifall bei der ÖVP. – 15.26 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Straßberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Straßberger (15.26 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin! Verehrte Frau Landeshauptmann! Werte Regierungsmitglieder! Geschätzte Damen und Herren Abgeordnete! Verehrte Damen und Herren!

Ich darf zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Schrittwieser vielleicht zwei Bemerkungen dazu machen. So fremd ist die Mitfinanzierung von unserem Bundesland für große Infrastrukturprojekte bitte nicht. Wenn man zurückdenkt, bei dem hochrangigen Straßennetz, damals unter Bautenminister Sekanina, SPÖ zuständig, hat das Land Steiermark sehr ordentlich dazugezahlt, ja sogar bei der A 2 zu einer Halbautobahn, weil wir keine Vollautobahn hier bekommen haben. Das heißt, auch damals haben wir schon dazugezahlt. Ich sage, wir können heute froh sein, dass man das getan hat, denn wahrscheinlich hätten wir die eine oder andere Autobahn oder das hochrangige Straßennetz nicht.

Zum Zweiten, er telefoniert gerade mit Thörl, betreffend der ursprünglichen Trasse des Semmeringbasistunnels, wie er gemeint hat, die hat man deshalb verworfen, weil sie zu teuer gewesen wäre oder zu wenig Sicherheit. Siegfried, das stimmt überhaupt nicht. Weißt du, warum man die ursprüngliche Trasse abgeändert hat? Die war schon verordnet. Was das bedeutet, brauche ich hier nicht sagen. Aber man hat gesagt, in der Eisenbahnerstadt Mürzzuschlag, wo damals noch 2000 Eisenbahner beschäftigt waren, kann es nicht sein, dass hier der Tunnel unten durchgeht, sondern der muss hier münden. Das ist die Geschichte. Weißt du, wer das betrieben hat? Da warst du noch viel zu jung für die Politik wahrscheinlich. Der Bundesrat Rudolf Dirnthal, der hat damals das betrieben, dass die Trasse neu geplant und verordnet worden ist und dass sie bei

Mürzzuschlag herausgekommen ist. Ich habe das heute in der Früh schon gesagt, ich glaube, das ist keine gute Lösung, wenn dann so eine frequentierte Eisenbahnstrecke mitten durch eine Bezirkshauptstadt führt. Das war letztendlich auch der Grund dafür.

Zum Baufinale 2016/2018, wenn Koralm- und Semmeringbasistunnel gemeinsam im Finale der Bauzeit sind, dann ist das – glaube ich – eine tolle Sache. Und jetzt bitte sage ich das nochmals, es muss auch auf die Vor- und Nachlaufstrecken geachtet werden. Was hilft uns der Tunnel allein, dann sind wir in Mürzzuschlag oder Langenwang, wo das auch immer herauskommt, und letztendlich die Vor- und Nachlaufstrecken sind nicht den Frequenzen gewachsen. Ich meine daher, hier soll man die Kirche im Dorf lassen und letztendlich auch, lieber Siegfried, von 1995 bis 2000 hat es für das Verkehrsressort im Land Steiermark einen sozialistischen Landesrat gegeben, den Herrn Landesrat Ing. Joachim Ressel. Aber ich glaube im Jahr 2000 ist er wegen Erfolglosigkeit gegangen. Das möchte ich einmal dazu sagen. (Abg. Schrittwieser: „Dass der Schlüssel in der Bundesregierung ein Veto eingelegt hat!“)

Okay, ja, ist schon gut! Er hat ja nichts weitergebracht. Ich habe ja schon einmal gesagt, er hat eineinhalb Kilometer Radweg zusammengebracht und mehr nicht.

Verehrte Damen und Herren! Ich darf aber jetzt zum Entschließungsantrag zum Tagesordnungspunkt 11 kommen. Die steirische Volkspartei hätte hier kein Problem mitzugehen. Wir wollten eine Zusatzformulierung, dass wir das festmachen, und zwar auf Grundlage der Vereinbarung vom 8. März 2005 zwischen Bund und den Ländern. Ich habe den Herrn Verkehrssprecher gefragt, ob es möglich wäre, das hineinzuformulieren. Da hat er gesagt, nein, das tut er nicht. Es schaut so aus, die SPÖ kann keinen Erfolg mitbeschließen. (Abg. Kröpfl: „Das ist ja nichts. Ihr habt ja nichts in der Hand, lieber Kollege Straßberger. Das Problem ist, dass ihr nichts in der Hand habt!“)

Das zeigt genau die Polemik, die ihr mit diesem wichtigen Vorhaben an den Tag legt. Und wenn das nicht hineinformuliert wird, Siegfried, dann werden wir diesem Entschließungsantrag nicht zustimmen.

Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 15.31 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Der Herr Abgeordnete Schrittwieser möchte eine tatsächliche Berichtigung einbringen.

Abg. Schrittwieser (15.31 Uhr): Meine Damen und Herren! (Abg. Kröpfl: „Pressekonferenz 8. März!“)

Wir reden über alles, aber es liegt nichts vor. Was sollen wir da mit Vereinbarung 8. März hineingeben, wenn hier nichts vorliegt? Da beschließe ich etwas, was ich nicht kenne. Und das könnt ihr von uns nicht verlangen. Daher, bitte, die Unterlagen auf den Tisch, dann reden wir darüber und dann können wir das auch mitbeschließen. Wenn ihr uns den Vertrag vorlegt, wann wir beginnen, was da alles drinnen steht, sind wir sofort mit dabei. Aber das Problem haben wir und das ist das, was uns so ärgert, dass ihr ein Projekt, das alte, das also baureif wäre, zu Grabe tragt und ein neues, das es noch nicht gibt, forciert. Da können wir zwischen zwei Sesseln durchfallen. Und das ist nicht so gut. (Beifall bei der SPÖ. – 15.32 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Wiedner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Wiedner (15.32 Uhr): Frau Präsidentin! Frau Landeshauptmann! Sehr verehrte Mitglieder der Landesregierung! Sehr verehrte Damen und Herren!

Über die Wichtigkeit des Semmeringbasistunnels haben wir heute bereits ausgiebigst und heftigst diskutiert. Über die Wichtigkeit des Koralmtunnels jetzt auch schon. Der Herr Präsident Purr, als einer der Kämpfer dafür, hat ja bereits alles gesagt, was dazu zu sagen ist.

Und wenn der Siegi Schrittwieser dann fertig ist mit seinem Gespräch mit dem Gusi wird er ja auch zuhören. (Abg. Gennaro: „Der Gusi ist mein Freund!“)

Der Gusi ist sein Freund, dann wünsche ich dir alles Gute für die Zukunft. (Abg. Kröpfl: „Du warst auch nicht immer herinnen!“)

Ich wünsche dir auch alles Gute dabei. Das freut mich, dass du auch wieder da bist, weil bei der Wirtschaftsdiskussion bist ja dann abgehaut. (Abg. Kröpfl: „Weil du nicht aufgepasst hast!“)

Ich habe aufgepasst. Ich habe das alles gehört, was der Kurtl gesagt hat. (Abg. Gennaro: „Ich habe von da hinten zugehört. Wollte dir nicht in die Augen schauen, damit du nicht verlegen wirst!“)

Nein, fangen wir jetzt beim Wichtigsten an, fangen wir beim Sachlichen an. Siegi, ich wünsche dir viel Glück dabei, wenn dann der Gusi, falls er Bundeskanzler werden sollte, was ja mehr oder minder zum Ausschließen ist, dafür Verantwortung trägt, dass du dann denen auf die Füße steigst, wie du es hier heute gesagt hast. Mit diesen Aussagen, lieber Kollege, verlierst du schön langsam in dem Haus die letzte Glaubwürdigkeit, weil irgendwo ist es nicht mehr glaubwürdig. Du gehst her, diskutierst über den Generalverkehrsplan Österreich und dass der so schlecht ist, und der ist das Furchtbarste, was es gibt.

Es ist alles zu verbessern, nur, Siegi, was hat es denn bis dato gegeben, als ihr die Verantwortung gehabt habt für die gesamte Verkehrspolitik? (Abg. Schrittwieser: „Weißt du ja selber!“)

Was hat es denn gegeben? (Abg. Schrittwieser: „Habe ich schon gesagt, du weißt es selber!“)

Nein, nein! Gehen wir vom Bund aus, wir reden vom Generalverkehrsplan Österreich. Was hat es bis dato oder bis zu dem Zeitpunkt von der SPÖ, die die Verantwortung hatte für die Verkehrspolitik in dem Lande, was hat es gegeben?

Was hat es gegeben? Es hat gar nichts gegeben, es hat keinen Meter Eisenbahn gegeben. Es wurde sonst nicht weiß Gott was weitergebracht. Aber nachher zu kritisieren, wenn ihr keine Verantwortung mehr habt, wie schlecht das Ganze ist, das – Siegi – ist leider ein bisschen zu wenig. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP.)

Und die zweite Geschichte. (Abg. Gennaro: „Das musst du den Wählern erzählen. Das glaubt dir keiner!“)

Ist ja wahr, Kurtl, erzähle denen, was du glaubst erzählen zu müssen. Die zweite Geschichte wegen der Mitfinanzierung, wegen der 140 Millionen, die ja der Hauptgrund der Diskussion heute hier in dem Hause ist. Legen wir diese 140 Millionen einmal um, und es steht ja auch drinnen. Das heißt, 5,3 Prozent der Gesamtsumme von 3,8 Milliarden, die bis 2018 investiert werden, sind mitzufinanzieren. Wenn wir bei allen Dingen hier im Lande Steiermark, die so einen Schub an Wirtschaftsleistung auslösen, nur 5,3 Prozent mitfinanzieren brauchen, dann sind wir zufrieden. Dann sind wir zufrieden, bitte, 3000 zusätzliche Arbeitsplätze, 167 Millionen Wirtschaftsimpuls und eine Bauzeit von zehn bis zwölf Jahren, was in der Region eine gewaltige Wirtschaftsleistung darstellt. Dafür, liebe Freunde, können wir ruhig 140 Millionen investieren. Das muss uns das wert sein.

Wenn jede Subvention – und heute haben wir auch schon diskutiert darüber – solch eine Wirtschaftsleistung auslöst, dann sind wir glücklich, sind wir zufrieden und machen wir das Ganze nicht ständig nur madig, weil im Herbst der Wahlkampf ist. (Abg. Detlef Gruber: „Spielberg haben wir auch 90 Millionen investiert!“)

Ich rede jetzt nicht von Spielberg! (Abg. Detlef Gruber: „Weil du es nicht hören willst!“)

Nein, Detlef, du weißt, ich rede jetzt nicht von Spielberg. Spielberg ist ganz ein anderes Thema, davon haben wir auch schon geredet heute. Aber ganz kurz noch zwei Sätze zu den beiden Anträgen der SPÖ. Erstens um dieses Infrastrukturkompetenzgesetz.

Erstens um dieses Infrastrukturkompetenzgesetz – Siegi, musst du heute so viel telefonieren mit dem Gusi, heute kannst du keine eigenen Entscheidungen treffen, musst du immer fragen – wir sind nicht dafür, das hast ja du eingebrockt, dass wir hier Kompetenzen an den Bund abtreten, das kann uns eventuell einmal ganz furchtbar treffen. Und zum zweiten Antrag hat ja auch schon der Kollege Straßberger gesagt, Semmeringbasistunnel, wir werden dem auch nicht beitreten, weil es sind die Schienen gelegt und ich hoffe, dass wir in nächster Zeit auch diese Schienen ausbauen und in die Zukunft fahren können. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 15.37 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Als Letzte zu Wort gemeldet hat sich die Frau Landesrätin Edlinger-Ploder. Ich erteile ihr das Wort.

Landesrätin Mag. Edlinger-Ploder (15.37 Uhr): Nachdem es sich ja hier um ein Stück handelt, wo ich als Finanzreferentin durchaus auch meinen Beitrag dazu geleistet habe, nachdem Sie sich vorstellen können, dass die Funktion des Finanzreferenten oder der Finanzreferentin ja gerade in Zeiten wie diesen eher den Beigeschmack trägt, dass man so wenig Geld wie möglich ausbebe, möchte ich schon und gerade auf Grund der Wortmeldung des Herrn Abgeordneten Schrittwieser mich zu Wort melden, wenn es darum geht, wieder einmal Klassenkämpfe aufzubrechen. Und heute haben wir nicht nur den Klassenkampf zwischen Menschen und anderen, wer immer das sein möge, die Geld haben anscheinend. Schön langsam muss ich mich fragen, wie ihr dann dieses Gremium hier seht, denn wir wissen alle, dass wir Gott sei Dank auch das Glück haben, genug an Geld zu haben und ich denke schon, dass es eine gute Sache ist, wenn sich Menschen wie Josef Taus, Hannes Androsch, Klaus Raidl dafür einsetzen, dass auch in der Steiermark etwas passiert und es ist etwas passiert. Anscheinend ist es für die SPÖ durch die Falschen passiert. Aber auch wenn Sie davon reden, dass es so dramatisch ist, dass der Bund von dem Land Steiermark verlangt, eine Mitfinanzierung zu leisten, dann frage ich Sie bitte, woher hat denn der Bund das Geld? Es geht immer um das Geld der Steuerzahlerin und des Steuerzahlers. (Beifall bei der ÖVP.) Und es ist schön, wenn wir ein steirisches Geld auch in der Steiermark einsetzen können. Und dann wird davon gesprochen, dass hier – (Abg. Kröpfl: „Wozu gibt es einen Finanzausgleich? Dann sollen sie das Gleiche selber machen!“)

Also, ich bin froh, dass es ein gutes Team im Bund gibt, die sehr genau wissen, wie sie Geld einsetzen (Abg. Kröpfl: „Ja, der sucht die Milliarden!“) und wenn sie sich dann dazu bekennen, ein Wirtschaftsdreieck Wien–Graz–Linz auf die Schiene zu bringen, dann glaube ich, dass man durchaus zugestehen darf, auch die machen ihre Arbeit sehr, sehr gut. (Beifall bei der ÖVP.)

Es sind ein paar Stichworte gefallen, Stichworte aus der Literatur, die Nibelungentreue. Meinen Sie da den Vergleich, so ähnlich wie wir das bei den SPÖ-Nationalräten bei der UVP-Novelle in Wien gesehen haben oder welchen Vergleich wollten Sie damit ziehen? Oder Graz–Spielfeld. Meines Wissens gab es im Jahr 1996 einen Planungsauftrag an die ÖBB, damals zuständig war Verkehrslandesrat Ressel, der hat auch sehr genügsam zugeschaut, wie die ÖBB keinen Finger gerührt hat. Welcher damalige SP-Verkehrsminister an der Reihe war, können Sie sich aussuchen, es stehen ja auch mehrere zur Verfügung, die sich hier um den Semmering angenommen haben. Und wenn wir davon sprechen, dass es jetzt eine Neuplanung gibt, dann

möchte ich Sie schon noch auf etwas aufmerksam machen. (Abg. Kröpfl: „Den gibt es noch nicht, das ist das Problem. Zeigen Sie uns den Plan!“) Wenn wir heute nicht zufällig zwei Tage nach einer Gemeinderatswahl hier stehen würden, sondern heute zufällig nach dem unermesslichen Unglück im Mont-Blanc-Tunnel stehen würden, dann würde sich keiner mehr die Frage stellen, warum wir zwei Röhren brauchen. Und wenn Sie davon reden, dass man sich ja durchsetzen muss gegen den einen oder anderen, das sind ja immerhin gewählte Landespolitiker von Niederösterreich, dann darf ich Sie auch hier an dieser Stelle fragen, wann Sie den letzten Termin oder das letzte Gespräch mit dem SP-Naturschutzlandesrat Schabl in Niederösterreich oder in der Steiermark gemacht haben. (Beifall bei der ÖVP.) Und wenn Sie dann davon reden, dass anscheinend die steirischen Politiker die ersten Wahnsinnigen sind, die sich trauen ein Zukunftsprojekt mitzufinanzieren, dann darf ich Ihnen sagen – aber es steht auch in Ihrer Unterlage –, das Bundesland Salzburg finanziert zu 20 Prozent eine Schieneninfrastruktur mit. Ich möchte das nicht einmal der Landeshauptfrau Burgstaller unterstellen, aber ich unterstelle ihr, sie würde es wahrscheinlich noch einmal unterschreiben, weil sie genau auch weiß, dass es wichtig ist für ihr Bundesland. (Beifall bei der ÖVP.)

Und jetzt kommen wir zu der Frage der Umsetzung und zu einer Geschichte, die Sie sich in diesem Zusammenhang vielleicht noch nicht gestellt haben. Wir haben ja eine politische Zielformulierung seit Jahren und Jahrzehnten und wir haben Gott sei Dank gerade im Bereich auch der Koralmbahn eine überparteiliche Plattform, die jahrzehntelang darum gekämpft haben. Aber jetzt haben wir nicht nur eine politische Aussage, wir bekommen eine rechtliche Vereinbarung und mit einer Mitfinanzierung, das ist auch eine weitere Sicherstellung dafür, dass es zu einer verkehrswirksamen Durchbindung und Anbindung kommt und dafür stehe ich, auch als Jugendlandesrätin. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 15.40 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Als Nächstes zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landeshauptmannstellvertreter Schöggel. Ich erteile ihm das Wort.

Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schöggel (15.43 Uhr): Danke, Frau Präsident, nachdem ich maßgeblich bei den Verhandlungen eingebunden war, darf ich noch ein paar Dinge wirklich erläutern. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich erinnere mich an diesen Montag in Wien, wo es wirklich um die Entscheidung gegangen ist, kommt die Koralmbahn oder kommt sie nicht. Es gibt manches Mal im Leben solche Entscheidungen, wo es darum geht, kommt ein Riesenprojekt, 4,3 Milliarden Euro Umsatz, 66 Milliarden Schilling sind das, oder kommt es nicht. Es ist gar nicht so eine angenehme Situation, wenn du dann dort stehst und sagst, ich muss heute entscheiden, weil der Sack muss zugemacht werden. Es müssen Vorkehrungen für die Mittel gegeben werden. Natürlich haben wir gekämpft. Ich darf Ihnen über den Verhandlungsergang berichten, dass die ursprüngliche Forderung des Bundesministers für Finanzen etwa 190 Millionen Euro war, die wir als Land Steiermark und auch das Land Kärnten hätte tragen sollen. Und wir haben beide gesagt, das geht nicht, das übersteigt unsere Kraft, aber wir wollen dieses Projekt. Diese ganzen Zahlungen waren auch noch gefordert, von 2006 beginnend bis 2016. Und wir haben gesagt, das geht nicht und wir haben herunterverhandelt von 190 Millionen auf 140 Millionen Euro und haben den Zahlungszeitraum von 2016 auf 2025 verlängert. Und das Ganze bitte zinsfrei. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir wissen, was dieses Projekt und das ist ja schon angesprochen worden, für Umwegrentabilität hat, insgesamt etwa 28.000 Arbeitsplätze in der Region pro Jahr, mit allem zusammen gerechnet, dann kann ich doch nicht sagen, ich will das nicht. Das ist die Verantwortung, die wir haben und ich darf Ihnen nur berichten, ich habe das mit Stolz dort mitgetragen, ich habe gesagt, das ist eine Entscheidung für unser Land, die erste große verkehrspolitische Entscheidung seit 1848 in diesem Ausmaß. Und ich sage Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind wir stolz darauf, freuen wir uns darüber, das ist was, das hat europäische Bedeutung. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP.) Ich bin stolz darauf, dass ich also diese Verhandlungen mit begleiten durfte und dass wir das zusammengebracht haben und ich freue mich für all jenen, die im Bezirk Deutschlandsberg, aber auf der anderen Seite dort arbeiten können, dort Brot finden und wenn Sie das nicht wollen, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Sozialdemokratie, dann müssen wir es den Leuten halt auch einmal sagen. Danke vielmals! (Beifall bei der FPÖ. – 15.46 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Es gibt keine weitere Wortmeldung und daher komme ich nun zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 2163/1 (Tagesordnungspunkt 11) ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Durchsetzung des raschen Baues des Semmeringbasistunnels, zu Tagesordnungspunkt 11, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend ein Bundesverfassungsgesetz über die Ergänzung der Infrastrukturkompetenz des Bundes, zu Tagesordnungspunkt 11, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu Einl.-Zahl 2180/1, Tagesordnungspunkt 12, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die einstimmige Annahme.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, betreffend Ausbau des Bahnverkehrs, zu Tagesordnungspunkt 12, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt

13. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2155/1, betreffend Grundeinlösungen für das Bauvorhaben „Triester Straße–Knoten Puntigam bis Kreuzung L 377“ der Landesstraße B 67, Grazer Straße.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Kurt List. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. List (15.48 Uhr): Danke! Geschätzte Damen und Herren!

Ich darf über diese Regierungsvorlage berichten. Dabei handelt es sich um Grundeinlösungen für das Bauvorhaben „Triester Straße–Knoten Puntigam bis Kreuzung L 377“. Hier wurde wiederum das Eisenbahnenteignungsgesetz sinngemäß angewendet. Die Entschädigungen, die ausbezahlt werden sollen, sind nach dem Sachverständigengutachten in Ordnung. Die Begünstigten sind die Familie Wolf, die Personen Zrin und Gsöll. Dieser Akt war das letzte Mal im Wirtschafts- und Finanz-Ausschuss in Behandlung und wurde einstimmig zur Kenntnis genommen.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Der Kostenbeitrag zur Grundeinlösung für das Bauvorhaben „Triester Straße–Knoten Puntigam bis Kreuzung L 377“ der Landesstraße B 67, Grazer Straße, im Betrag von 813.042,30 Euro zu Lasten der angeführten Voranschlagsstelle wird genehmigt.

Ich ersuche um Zustimmung. (15.49 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Danke für die Berichterstattung. Es liegt keine Wortmeldung vor, so darf ich zur Abstimmung kommen.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke.

Das ist die einstimmige Annahme.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt

14. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2179/1, betreffend Liegenschaften im Bereich des LKH – Universitätsklinikums Graz; Rückübereignung des Grundstücks Nr. 23/2, EZ. 1104, KG. 63121 Stifting im Ausmaß von 1802 Quadratmeter von der Firma J. Hornig Beteiligungsgesellschaft mbH. & Co. KG., Graz an das Land Steiermark zum Kaufpreis von 115.266,38 Euro.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Peter Tschernko. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Tschernko (16.49 Uhr): Ich berichte über die Regierungsvorlage. Hier geht es um den Abverkauf des landeseigenen Grundstückes in Stifting im Ausmaß von 1683 Quadratmeter zum Gesamtpreis von 110.077,54 Euro. Im Kaufvertrag wurde damals der Verwendungszweck einer Errichtung eines Nahversorgungsbetriebes vereinbart. Und dieser vereinbarte Kaufpreis wurde jedoch nicht bezahlt, da dieser erst nach Vorliegen einer Widmungs- und Baubewilligung geleistet werden sollte.

Jetzt hat die KAGES Wünsche angemeldet und möchte diesen Bereich gewinnen für eine Arrondierung des Areals und möchte die Rückübereignung an das Land Steiermark zu einem Kaufpreis von 115.266,38 Euro.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge des Beschlusses vom 31. Jänner 2005 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Die Rückübereignung des Grundstücks Nr. 23/2, EZ 1104, KG. 63121 Stifting im Ausmaß von 1802 Quadratmeter von der Firma J. Hornig Beteiligungsgesellschaft mbH. & Co. KG., Graz an das Land Steiermark um einen Kaufpreis von 115.266,38 Euro wird genehmigt.

Ich ersuche um Annahme. (15.51 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Ich danke für den Bericht. Es liegt keine Wortmeldung vor, so darf ich zur Abstimmung kommen und ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke.

Das ist die einstimmige Annahme.

15. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2034/2, zum Beschluss Nr. 1615 des Steiermärkischen Landtages vom 19. Oktober 2004 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten List, Dietrich und Ferstl, betreffend die Umsetzung der Empfehlungen des Rechnungshofes hinsichtlich land- und forstwirtschaftlicher Fachschulen in seinem Tätigkeitsbericht über das Bundesland Steiermark – Verwaltungsjahr 2003.

Berichterstatlerin ist Frau Landtagsabgeordnete Waltraud Dietrich. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dietrich (15.52 Uhr): Der Rechnungshof hat im Rahmen seines Tätigkeitsberichtes über das Bundesland Steiermark – Verwaltungsjahr 2003 unter anderem auch Empfehlungen betreffend das land- und forstwirtschaftliche Schulwesen in der Steiermark abgegeben. Im Zuge der Beratungen dieses Tätigkeitsberichtes hat der Steiermärkische Landtag über Antrag der Abgeordneten List, Dietrich und Ferstl die Steiermärkische Landesregierung aufgefordert, über die Umsetzung folgender Empfehlungen:

Erstens den Schülern der land- und forstwirtschaftlichen Schulen mehr Möglichkeiten und stärkere Anreize als bisher zu bieten, die begonnene Berufsausbildung abzuschließen.

Zweitens: Die berufsbildenden Pflichtschulen und die land- und forstwirtschaftliche Berufs- und Fachschule wären gemeinsam zu verwalten, um die vorhandenen Ressourcen wirkungsvoller zu nutzen.

Drittens: Die bisherigen Fachrichtungen Land-, Forst- und Hauswirtschaft sollten in einem neuen Schultyp „Fachschule für Land- und Ernährungswirtschaft“ verbunden werden.

Viertens: Die Ausbildung von Facharbeitern sollte den land- und forstwirtschaftlichen Fachschulen übertragen werden.

Fünftens, die bei den Schulen vorhandenen Lehrbetriebe wären auf ihre Zweckmäßigkeit zu prüfen.

Es liegt eine umfassende Regierungsvorlage vor, die zu diesen Punkten Stellung nimmt und die darauf hinweist, dass gerade in den geforderten Bereichen schon sehr viel erfolgt ist und dementsprechend wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluss Nr. 1615 des Steiermärkischen Landtages vom 19. Oktober 2004 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten List, Dietrich und Ferstl, betreffend die Umsetzung der Empfehlungen des Rechnungshofes hinsichtlich land- und forstwirtschaftlicher Fachschulen in seinem Tätigkeitsbericht über das Bundesland Steiermark – Verwaltungsjahr 2003, wird zur Kenntnis genommen und genehmigt.

Ich ersuche um Annahme. (15.54 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Ich danke für den Bericht. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Klubobmannstellvertreter Riebenbauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Riebenbauer (15.54 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin! Liebe Frau Landesrätin! Meine geschätzten Damen und Herren!

Eine alte Weisheit lautet: Tue Gutes und rede darüber. In unseren land- und forstwirtschaftlichen Fachschulen wird eigentlich sehr Gutes gemacht, darum werde ich ganz kurz darüber reden. Es ist ein sehr positiver Bericht des Rechnungshofes über unsere land- und forstwirtschaftlichen Fachschulen. Die Empfehlungen wurden berücksichtigt. Wir haben eine sehr praxisgerechte Ausbildung. Eine Ausbildung, die für den jungen Menschen in verschiedenen Berufsgruppen und Berufssparten viel Gutes bringt. Es ist auch das angeführt worden, dass die landwirtschaftlichen Fachschulen, vor allem die für Mädchen in Fachschulen für land- und forstwirtschaftliche Ernährungswirtschaft umbenannt werden. Ich möchte mich bei allen bedanken, die in diesen Schulen unterrichten, beim gesamten Lehrpersonal, denn wir wissen, dass diese Schülerinnen und Schüler überall gerne aufgenommen werden. Es ist eine Grundvoraussetzung für den Beruf in erster Linie als Landwirt, aber auch für einen Beruf in anderen Berufsgruppen.

Geschätzte Frau Landesrätin! Ich möchte auch dir vor allem danke sagen für dein Verständnis und für deine Bereitschaft, diese land- und forstwirtschaftlichen Fachschulen zu unterstützen und auch zu finanzieren, denn diese Schulen sind eigentlich die Schulen des ländlichen Raumes und unterstützen, fördern und begleiten die ländliche Jugend. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 15.55 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Ich danke für die Wortmeldung. Es liegt keine weitere Wortmeldung vor. Daher kommen wir zur Abstimmung und ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke.

Das ist die einstimmige Annahme.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt

16. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes, Einl.-Zahl 2120/1, betreffend Landeskrankenhaus – Universitätsklinikum Graz, Projekt 2000; Maßnahmen betreffend das Produktionspotenzial für Wein; Teilnahme an der Prüfung des Europäischen Rechnungshofes.

Berichterstatler ist Herr Landtagsabgeordneter Georg Ferstl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ferstl (15.56 Uhr): Danke, der Ausschuss für Kontrolle hat in seiner Sitzung am 8. März 2005 über den Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes, Einl.-Zahl. 2120/1, betreffend Landeskrankenhaus – Universitätsklinikum Graz, Projekt LKH 2000 und Maßnahmen, betreffend das Produktionspotenzial für Wein, Teilnahme an der Prüfung des Europäischen Rechnungshofes, beraten.

Der Ausschuss für Kontrolle stellt daher den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Der Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes, Einl.-Zahl 2120/1, betreffend Landeskrankenhaus – Universitätsklinikum Graz, Projekt LKH 2000 und Maßnahmen, betreffend das Produktionspotenzial für Wein, wir zur Kenntnis genommen. (15.57 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Ich danke für die Berichterstattung und als Erster am Wort ist ebenfalls der Herr Abgeordnete Ferstl.

Abg. Ferst (15.57 Uhr): Frau Präsident, Frau Landesrat, meine Damen und Herren!

Der Rechnungshof überprüfte vom November 2002 bis Mai 2003 die Gebarung der Steiermärkischen Krankenanstaltengesellschaft hinsichtlich in den Jahren 1995 bis 2002 abgewickelter Bauvorhaben des Projekts LKH 2000. Beim Bauvorhaben Neubau der Tiefgarage Stiftingtal wurden zusätzlich die Finanzierung und die Planung der Überbauung der Tiefgarage mit dem Zentrum für medizinische Grundlagenforschung überprüft. Zu dem im Oktober 2003 übermittelten Prüfungsergebnis nahmen die KAGES mit November 2003 sowie das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur und die Steiermärkische Landesregierung Stellung. Als Bauherr trat die KAGES auf, die auch die Projektleitung, bestehend aus dem Management, der Projektkoordinierung und der Kostenkontrolle, ausübte. Eine begleitende Kontrolle im Sinne der von der Bundesingenieurkammer veröffentlichten Gebührenordnung für die begleitende Kontrolle war bei dem überprüften Vorhaben vom Bund und Land nicht eingerichtet. Die Ausschreibungen der Bauleistungen erfolgten durch die KAGES auf Basis der von den Planern erstellten Leistungsverzeichnisse. Das Zentrum für medizinische Grundlagenforschung sollte teilweise auf deren baubefindlichen Tiefgarage Stiftingtal errichtet werden. Um die statistischen Erfordernisse für diesen Gebäudeverbund zu gewährleisten, fügte die KAGES den Ausschreibungsunterlagen für den EU-weit durchgeführten Architektenwettbewerb für dieses Zentrum den Bauplan und einen Auszug aus dem statistischen Gutachten der Tiefgarage hinzu. Da die statistischen Ausschreibungsbedingungen im Architektenwettbewerb nicht eingehalten wurden, hätte die KAGES den Wettbewerb zur Vermeidung von Mehrkosten aufheben und neu veranstalten müssen. Laut Mitteilung der KAGES habe sie sich zur Beibehaltung des laufenden Wettbewerbs entschieden, weil eine neuerliche Ausschreibung nicht zwangsläufig zu verbesserten Ergebnissen geführt hätte und weiters wären zusätzlich Kosten infolge der Terminverzögerung angefallen. Eine sehr wichtige Nebensache oder eine der wichtigsten Nebensachen, die KAGES vereinbarte vertraglich die Führung eines Bautagebuches, die durch die örtlichen Bauaufsichten niedergeschrieben werden. Im Baubuch waren alle Vorkommnisse am Erfüllungsort, welche die Ausführung der Leistungen wesentlich beeinflussen, sowie Feststellungen, die zu einem späteren Zeitpunkt nicht oder nicht mehr zielführend festgestellt werden können, festzuhalten. Entgegen dieser Vereinbarung wurde jedoch aus organisatorischen Gründen auf das Baubuch verzichtet und dieses durch das Bauprotokoll ersetzt. Es ist nicht das erste Mal, dass ich bei Berichten über die Kontrolle über diese Maßnahmen aufmerksam mache, aber das Bautagebuch wird so selten ordentlich geführt, dass es wirklich zu Maßnahmen kommen muss. Die Steiermärkische Krankenanstaltengesellschaft hat das Projekt LKH 2000 trotz der Schwierigkeiten, die sich aus einer Baudurchführung bei laufendem Spitalsbetrieb ergeben, termingerecht abgewickelt. Insgesamt stellt der Rechnungshof wegen der Mängel der Planung und Bauabwicklung der einzelnen Bauvorhaben fest, dass bei einem Einsparungspotenzial von 1,2 Millionen Euro eingehalten hätte werden können und es wurden daher bis Juni 2004 ungefähr 300.000 Euro wieder zurückgefordert. Schlussbemerkungen: zusammenfassend hob der Rechnungshof folgende Empfehlungen an die KAGES hervor: Der Bauherr sollte die örtliche Bauaufsicht als Kontrollorgan beauftragen, das wirtschaftlich und organisatorisch unabhängig vom Generalpartner ist, um dem Vier-Augen-Prinzip zu entsprechen. In Zukunft wäre vermehrt darauf zu achten, dass den Ausschreibungen mengenrichtige und im Detail ausgereifte Leistungsverzeichnisse zugrunde gelegt werden. Die KAGES sollte bei der Bauabwicklung einen kontinuierlichen Verbesserungsprozess für die Bereiche Prüfung der Leistungsverzeichnisse, Errichtungsphase sowie inhaltliche Kontrolle der Prüfung der Abschlags- und Schlussrechnungen einrichten. Beim Bauvorhaben Neubau der Tiefgarage wären die 1,5 Millionen Euro an den Bund zurückzuerstatten.

Meine Damen und Herren, auf Grund der zwei verschiedenen Berichte, die ich für den Kontroll-Ausschuss hier zum Vortrag bringen durfte, habe ich auch zwei Kurzberichte zu bringen und der zweite Teil sind Maßnahmen, betreffend das Produktionspotenzial für Wein durch den europäischen Rechnungshof und Teilnahme des Bundesrechnungshofes daran.

Der europäische Rechnungshof prüfte im September 2003 und März 2004 die Verwaltung, Kontrolle und Verfolgung der Maßnahmen, betreffend das Produktionspotenzial für Wein im Rahmen der gemeinschaftlichen Marktordnung für Wein. Dabei nahm er Prüfungsverhandlungen beim Bundesministerium für Umwelt und Wissen und Wasserwirtschaft beim Amt der Burgenländischen Landesregierung und bei der Bezirkshauptmannschaft Hollabrunn und Neusiedl am See vor. Der Rechnungshof begleitete die Erhebungen in Form einer eigenen Gebarungsüberprüfung. Zusätzlich zu dem vom europäischen Rechnungshof geprüften Stellen führte er auch Erhebungen bei den Ämtern der Landesregierung der vier Weinbau betreibenden Bundesländer Burgenland, Niederösterreich, Steiermark und Wien durch. Die Marktordnung für Wein beruht in Österreich

auf zwei Maßnahmensystemen. Eine durchgängige Verwaltung der Auspflanzungsrechte, die sicherstellen soll, dass keine beziehungsweise nur eine streng begrenzte Ausweitung der Produktionspotenziale stattfindet. Zweitens der Förderung der Umstrukturierungen und Umstellung von Weinbauflächen sowie die endgültige Aufgabe, das heißt die Rodung von Pflanzungsrechten durch Mittel der EU. Da die Regelung der Landwirtschaft in Österreich grundsätzlich in die Kompetenz der Länder fällt, ergibt sich bei der Weinerzeugung folgende Kompetenzverteilung. Alle Regelungen, die den Wein bis zur Ernte betreffen, fallen in die Kompetenz der Länder, jene aber der Ernte, die Trennung sozusagen vom Weinstock, fallen in die des Bundes. Die Datenerfassung bezüglich der Rebflächen und die Verwaltung der Auspflanzungsrechte obliegen somit den Ländern, in denen mit diesen Aufgaben der Bezirksverwaltungsbehörde beziehungsweise in der Steiermark die Landwirtschaftskammer betraut sind. Das sind die katasterführenden Stellen. Die Förderung wird durch den Bund geregelt. Die gemeinschaftliche Marktordnung für Wein sieht vor, dass durch Lenkung und Beschränkung der Produktion sowie durch Förderung bestimmter Maßnahmen ein stabiles Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage eine langfristige Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und eine Abschaffung der staatlichen Intervention erreicht werden. Der inländische Weinkonsum von rund 2,5 Millionen Hektoliter ist ungefähr gleich hoch wie die heimische Produktion, wobei die Ernten relativ hohen natürlichen Schwankungen unterliegen. Angebot und Nachfrage sind allerdings rein inlandsbezogen von Ungleichgewicht, weil sich der Konsum zu 55 Prozent auf Weißwein und zu 45 Prozent auf Rotwein verteilt, Österreich aber mehr Weißwein und weniger Rotwein produziert. Daher betrug im Jahr 2002 das Verhältnis Weißwein zu Rotwein mit zwei Dritteln weiß zu einem Drittel rot. Volkswirtschaftlich gesehen erbringt der Export des Weißweinüberschusses weniger Einnahmen als der Rotweinimport kostet. In Österreich erfolgt dies durch Regelung der Auspflanzungsrechte und eine Förderung der Umstrukturierungen und Umstellung von Weinbauflächen. Weiters wird eine Beihilfe für die endgültige Aufgabe des Weinbaus auf bestimmten Rodungen und Rebflächen gewährt. Die Verwaltungskosten pro Weinbaubetrieb und Hektar Weinbaufläche waren in den Bundesländern stark unterschiedlich. Zum Beispiel kostete in der Steiermark ein Hektar Verwaltungskosten 21 Euro und die 3287 Weinbaubetriebe mit 4115 Hektar Weinbaufläche, das ist ungefähr ein bisschen mehr als ein Hektar pro Weinbaubetrieb, wie gesagt 21 Euro. In Wien kostet ein Hektar 78 Euro Verwaltungskosten und in Niederösterreich 10 Euro. Dieser Vergleich ist jedoch nur bedingt vergleichbar.

Die Schlussbemerkungen des Rechnungshofes: Zusammenfassend empfahl der Rechnungshof des Bundesministeriums für Landwirtschaft und Umwelt und Wasserschutz und den Weinbau betreibenden Bundesländern, es wären mehr konkrete und messbare Ziele für die Umsetzung der gemeinschaftlichen Marktordnung für Wein festzulegen, um eine Evaluierung des Erfolgs der einzelnen Maßnahmen zu ermöglichen. (Präsidentin Beutl: „Ich bitte, zum Schluss zu kommen!“)

Und zusammenfassend empfiehlt der Rechnungshof dem Bundesministerium, die auf Basis von Durchschnittswerten berechneten pauschalen Beihilfen sollten fallweise nachkalkuliert werden.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit! (16.07 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Kaufmann. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Kaufmann (16.07 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Auch ich befasse mich mit dem zweiten Teil des Wahrnehmungsberichtes des Rechnungshofes, wie es mein Kollege Ferstl schon auf sehr anschauliche und interessante Art gemacht hat.

Ich bringe einen Unselbstständigen Entschließungsantrag der Abgeordneten Kaufmann, Böhmer und Detlef Gruber ein.

Das Steiermärkische Landesweinbaugesetz 2004 – (Abg. Wiedner: „Nicht lachen, Frau Kollegin!“) – bitte? Also! – überträgt der Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft in der Steiermark den Hauptteil der behördlichen Aufgaben zur Vollziehung des Gesetzes, insbesondere der Anlage und Führung des Landesweinbaukatasters und Erteilung behördlicher Bewilligungen und Weinbauaufsicht. Der Rechnungshof des Bundes empfahl der Steiermärkischen Landesregierung im Rahmen der Prüfung von Maßnahmen betreffend das Produktpotenzial von Wein, sie möge die Leistungsbeziehungen mit der Landwirtschaftskammer vertraglich festlegen. Die Steiermärkische Landesregierung wendete dagegen ein, dass die rechtlichen Voraussetzungen für die Leistungen des Landes an die Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft gegeben seien. Dem entgegen der Rechnungshof, dass er die Gegebenheit der rechtlichen Voraussetzungen nicht bezweifelt habe, jedoch eine detaillierte vertragliche Festlegung der Leistungsbeziehungen weiterhin für zweckmäßig erachte. Die Empfehlung des Rechnungshofes ist völlig richtig. Die im Landesweinbaugesetz 2004 festgelegten behördlichen Aufgaben der Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft bilden zwar eine gute Basis für die Bestimmung der Leistungserbringung durch die Kammer, doch können deren Leistungsverpflichtungen zum Teil durchaus noch detaillierter beschrieben werden, etwa welche Anforderungen bei Führung des Landesweinbaukatasters und Ausübung der Weinbauaufsicht gestellt werden und andererseits gibt das Gesetz keine Auskunft darüber, ob und in welchem Ausmaß das Land Steiermark der Kammer diese Leistungen vergütet.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die Leistungsbeziehungen des Landes Steiermark mit der Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft hinsichtlich des Vollzuges des Landesweinbaugesetzes 2004 vertraglich hinreichend präzise festzulegen.

Ich ersuche um Annahme und danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 16.10 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Es liegt keine weitere Wortmeldung vor. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke.

Das ist die einstimmige Annahme.

Ich ersuche nun die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Festlegung der Leistungsbeziehungen mit der Landwirtschaftskammer für den Vollzug des Landesweinbaugesetzes, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die einstimmige Annahme, etwas verzögert, aber dann doch.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

17. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über den Antrag, Einl.-Zahl 2146/1, der Abgeordneten Lafer und Zierler, betreffend Chefarztpflicht.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Franz Lafer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Lafer (16.11 Uhr): Danke, Frau Präsidentin!

Ich darf den Bericht bringen über den Antrag, Einl.-Zahl 2146/1, der Abgeordneten Lafer und Zierler, betreffend Chefarztpflicht.

Sie wissen, dass es hier einen Antrag gegeben hat, den wir schon am 25. März 2003 eingebracht haben. Danach gab es einen Abänderungsantrag. Schlussendlich liegt ein Bericht jetzt vor. Sie kennen den Bericht. Ich darf Ihnen deshalb nur mehr den Antrag verlesen.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit der Forderung heranzutreten, sich dafür einzusetzen, dass die chefarztliche Bewilligung als ökonomisches Kontrollinstrument durch ein kundenfreundliches und patientengerechtes Kontrollsystem, das einer modernen Gesundheitsverwaltung entspricht, ersetzt wird.

Ich bitte um Annahme. (16.11 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Ich danke für die Berichterstattung. Es liegt keine Wortmeldung vor, so darf ich zur Abstimmung kommen und die Damen und Herren ersuchen, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die einstimmige Annahme.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt

18. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1873/2, zum Beschluss Nr. 1414 des Steiermärkischen Landtages vom 25. Mai 2004 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Majcen, Mag. Koller und Dr. Forenbacher, betreffend Freifahrt für Lehrlinge und KrankenpflegeschülerInnen.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Mag. Christine Koller. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Koller (16.12 Uhr): Ich berichte zur Einl.-Zahl 1873/2. Zum Beschluss des Landtages vom 25. Mai 2004, betreffend Freifahrt für Lehrlinge und Krankenpflegeschüler und -schülerinnen, liegt eine Regierungsvorlage aus dem Ressort Erlitz vor. Darin wird berichtet, dass das Bundeskanzleramt auf Grundlage einer Stellungnahme des Sozialministeriums Folgendes mitteilt:

Das Familienlastenausgleichsgesetz sieht die Fahrtenbeihilfe beziehungsweise die Freifahrt für Schüler und die Fahrtenbeihilfe beziehungsweise Freifahrt für Lehrlinge als zwei voneinander unabhängige Leistungsbereiche vor. Lehrlinge haben allerdings im Rahmen ihres dualen Ausbildungssystems einen zweifachen Status, sie sind dabei einerseits Lehrlinge und für die Dauer des Berufsschulbesuches auch Schüler.

Somit können Lehrlinge bei Vorliegen der gesetzlich normierten Voraussetzungen für die Fahrt zwischen ihrer Wohnung und der betrieblichen Ausbildungsstätte die Lehrlingsfreifahrt gegen Leistung des pauschalen Selbstbehaltes von 19,60 Euro pro Lehrjahr in Anspruch nehmen. Sollte für den Berufsschulweg eine andere Strecke zurückzulegen sein, wird auch hier der pauschale Selbstbehalt von 19,60 Euro pro Schuljahr verrechnet. Eine gegenseitige Aufrechnung dieser Selbstbehaltszahlungen ist nicht möglich.

Krankenpflegeschüler beziehungsweise -schülerinnen können bei Vorliegen der grundlegenden Voraussetzungen die Schülerfreifahrt für die Zurücklegung des Schulweges in Anspruch nehmen. Dies gilt auch für die Fahrten zum lehrplanmäßigen praktischen Unterrichts an einer Schule für Gesundheits- und Krankenpflege, wenn die für die Abhaltung des theoretischen und praktischen Unterrichts erforderlichen Räumlichkeiten an einem gemeinsamen Standort untergebracht sind.

Fahrten zu Praktika, die außerhalb des Schulstandortes stattfinden, sind hingegen nicht Gegenstand von Freifahrten. Vielmehr besteht seit der letzten Novelle zum FLAG für Zeiträume ab 1. September 2004 bei einer Wegstrecke zu derartigen Praktikumsplätzen von 2 Kilometern oder darüber ein Anspruch auf eine nach Streckenlänge und Fahrtenhäufigkeit gestaffelte pauschale Schulfahrtbeihilfe. Dafür ist aber kein Selbstbehalt zu entrichten.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 17. Jänner 2005 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluss Nr. 1414 des Steiermärkischen Landtages vom 25. Mai 2004 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Majcen, Mag. Koller und Dr. Forenbacher, betreffend Freifahrt für Lehrlinge und Krankenpflegeschüler und -schülerinnen, wird zur Kenntnis genommen.

Ich bitte um Annahme. (16.15 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Ich danke für die Berichterstattung. Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Majcen.

Abg. Majcen (16.15 Uhr): Meine Damen und Herren!

Ich will es ganz kurz machen. Wir haben diesen Antrag seinerzeit gestellt, weil er im Zuge einer Diskussion beim Schülerlandtag sozusagen an die Politik herangetragen wurde und sind mit der Stellungnahme eigentlich sehr einverstanden, weil es ja letztendlich nur um die Fahrten gegangen ist zu den Praktika und das ist etwas, was durchaus zumutbar und vertretbar ist. Ich glaube, die Regelung ist annehmbar und wir nehmen gerne diese Regierungsvorlage zur Kenntnis. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 16.15 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Ich ersuche daher die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin die Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke.

Das ist die einstimmige Annahme.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt

19. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2162/1, betreffend Hospizstation am Geriatrischen Krankenhaus in Graz.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Margarethe Gruber. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Margarethe Gruber (16.16 Uhr): Ich berichte zur Einl.-Zahl 2162/1 der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend Hospizstation am Geriatrischen Krankenhaus in Graz.

Die Stadt Graz plant am Geriatrischen Krankenhaus in Graz eine eigene Hospizstation „Albert-Schweitzer-Hospiz Neu“ für Pflegebedürftige einzurichten. Seit März 2002 betreiben die Geriatrischen Gesundheitszentren der Stadt Graz das erste stationäre Hospiz in der Steiermark, davor war die Steiermark eine der letzten Regionen der OECD, die kein stationäres Hospiz hatte. Nun soll diese Hospizstation am Geriatrischen Krankenhaus den internationalen Standards angepasst werden und als Pilotprojekt für Hospizstationen in steirischen Pflegeheimen geführt werden. Die Adaptierungskosten für die Hospizstation für Pflegebedürftige betragen 3 Millionen Euro. Um dieses Projekt finanzieren zu können, sollen von Seiten der Stadt Graz 1,5 Millionen Euro und von Seiten des Landes ebenfalls 1,5 Millionen aufgebracht werden. Die 1,5 Millionen Euro des Landes sollen je zu Hälfte aus den Ressorts der Landesräte Mag. Erlitz und Dr. Flecker fließen. Die entsprechenden Mittel sind in zwei Tranchen in den Landesvoranschlägen 2006 und 2007 als Pflichtmittel vorzusehen.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge dieses Beschlusses vom 24. Jänner 2005 den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Das Land Steiermark übernimmt für die Errichtung einer Hospizstation „Albert-Schweitzer-Hospiz Neu“ für Pflege am Geriatrischen Krankenhaus in Graz Adaptierungskosten in der Höhe von 1,5 Millionen Euro. Diese Finanzierung erfolgt je zur Hälfte über das Sozial- und Gesundheitsressort, wobei die Mittel in je zwei Jahrestanchen in den Landesvoranschlägen 2006 und 2007 als Pflichtmittel vorgesehen sind.

Ich ersuche Sie um Zustimmung. (16.18 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Ich danke für die Berichterstattung und als Erster zu Wort gemeldet vorläufig der Herr Abgeordnete Hammerl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hammerl (16.18 Uhr): Frau Präsident, meine Landesräte, meine geschätzten Damen und Herren!

Hospiz, eine Raststätte für Menschen, die sich an besonders verwundbaren Punkten ihres Lebens befinden. Meine Damen und Herren, das Wort Hospiz kommt aus dem Lateinischen und bedeutet so viel wie Gast oder auch Gastgeber. Und genau in diesem Sinn möchten Hospizeinrichtungen Raststätten sein für Menschen, die schwer erkrankt sind und gleichermaßen für ihre Angehörigen und Bezugspersonen, Rast-

stätten für Menschen, die sich an besonders verwundbaren Punkten ihres Lebens befinden. Alle heute bestehenden Hospizinitiativen basieren auf menschliche Zuwendung für Schwerkranke und Sterbende, deren Angehörige und Bezugspersonen sowie Einsatz für eine optimale Schmerztherapie und Symptomkontrolle. Einen unverzichtbaren Teil in dieser Arbeit bildet neben eigens ausgebildetem ärztlichem und pflegerischem Personal eine große Anzahl an ehrenamtlichen Hospizhelferinnen und -helfern. Allein in der Steiermark, meine Damen und Herren, sind es fast 400, welche durch ihr Dasein für Patientinnen und Patienten und Angehörige einen wesentlichen Teil beziehungsweise Faktor zur Qualität der Betreuung darstellen. Diese ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden durch eine eigene Ausbildung auf ihre Tätigkeit vorbereitet und bieten Unterstützung in Form eines Gespräches oder indem sie kleinere Hilfestellungen anbieten und damit den Betroffenen zeigen, dass sie nicht allein sind, dass jemand da ist, der sich auch kümmert. Stationäre Hospize müssen sich den Sterbenden und deren Angehörigen anpassen, nicht umgekehrt. Daran müssen sich die baulichen Strukturen und die Ablauforganisation in der Hospizstation „Albert-Schweitzer-Hospiz Neu“ richten. Deshalb, meine Damen und Herren, sollte unser stationäres Albert-Schweitzer-Hospiz-Haus möglichst viel an häuslich vertrauter Atmosphäre ausstrahlen, die Menschen in der letzten Lebensphase ebenfalls erreicht, wie deren Angehörige und Freunde. Die Steiermark hat in den letzten Jahren das gesellschaftlich anerkannte Hospizwesen konsequent ausgebaut und nimmt nunmehr innerhalb Österreichs eine Pionierstellung ein. Hier haben wir im Sozialen im Land viel erreicht. Im letzten Jahrzehnt konnten alle drei Säulen, auf denen die modernen Hospizeinrichtungen ruhen, auf- und ausgebaut werden. Es sind dies Palliativstationen und mobile Dienste an steirischen Krankenhäusern, ehrenamtliche Betreuungsteams im Rahmen des Hospizvereins Steiermark und in Zukunft der heutige Antrag, im Geriatrischen Krankenhaus in Graz eine eigene Hospizstation „Albert-Schweitzer-Hospiz Neu“ für Pflegebedürftige einzurichten. Ich möchte ein Danke an die Damen und Herren im Hause auch namens der Stadt Graz aussprechen, an die beiden Landesräte und keine Frage, meine Damen und Herren, dass Sie heute auch diesem wichtigen Punkt zustimmen. Nicht nur die ältere Generation jetzt, sondern auch die zukünftigen Generationen werden dies zu schätzen wissen. Ich danke Ihnen. (Beifall bei der ÖVP. – 16.21 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Es liegt keine weitere Wortmeldung vor, daher kommen wir zur Abstimmung und ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin die Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke.

Das ist die einstimmige Annahme.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt

20. Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2175/1, betreffend Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern über Sozialbetriebsberufe.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Barbara Gross. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Gross (16.22 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Der Ausschuss für Soziales und Kindergärten hat in seiner Sitzung am 8. März 2005 über die obgenannte Regierungsvorlage die Beratung durchgeführt.

Der Ausschuss für Soziales und Kindergärten stellt den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Die Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern über Sozialbetriebsberufe wird durch den Landtag genehmigt.

Ich ersuche um Abstimmung. (16.22 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Danke für die Berichterstattung. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Hammerl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hammerl (16.23 Uhr): Frau Präsident, meine Landesräte, meine Damen und Herren!

Die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern über Sozialbetriebsberufe ist zu begrüßen. Hier liegt ein wesentlicher Teil aus unserem Sozialsystem in der Zukunft. Der Sicherung des Personals für den Pflegebereich wird auf Grund der demografischen Entwicklung dabei besondere Bedeutung zukommen. Diese Vereinbarung zwischen Bund und Ländern ist in mehrfacher Hinsicht sinnvoll. Neue Sozialberufe sind aus Antwort auf die Herausforderungen der Entwicklung der Gesellschaft entstanden, die Berufsbilder sind sehr uneinheitlich und regional verschiedentlich ausgeprägt und es gibt verschiedene Berufsanforderungen, Bildanforderungen. Diese können nun auf Grund dieses Antrages vereinheitlicht werden und dadurch entsteht auch eine Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Berufen in der Alten- und Familienbetreuung, in der Heimhilfe oder in der Behindertenhilfe. Eine solche Durchlässigkeit ist besonders angesichts des aktuellen Engpasses in Bezug auf solche Dienste notwendig. So ist etwa in der Steiermark ein Bedarf von über 200 Diplomkrankenschwestern im stationären und ambulanten Bereich gegeben. Und der Bedarf wird angesichts der Gesellschaftsentwicklung in Zukunft noch steigen. Die Durchlässigkeit ist aber auch angesichts der Tatsache, dass der Pflegeberuf sehr fordernd ist und eine einseitige Belastung durch einen Wechsel in einen anderen Bereich vermindert werden kann, von großer Bedeutung. So könnte ein Pfleger beziehungsweise

eine Pflegerin, der zum Beispiel den körperlichen Anforderungen in einem Pflegebereich nicht mehr gerecht werden kann, in einen anderen Pflegebereich wechseln. Ein Aufbau der Ausbildung in Modulen ermöglicht einen niederschweligen Einstieg in den Pflegeberuf, zum Beispiel über die Heimhilfe, stellt aber auch Möglichkeiten zur Höherqualifikation und zur Weiterbildung zur Verfügung. Auch hier sind wir im Sozialbereich weitergekommen. Solche Qualifikationen können auch parallel zur Berufsausübung und in Ergänzung dazu erworben werden. Hier sind wir in der Steiermark, meine Damen und Herren, Vorbild. In der Praxis werden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit breiter Ausbildung benötigt. Etwa im gerontopsychosozialen Bereich. Das Ausbildungssystem in Modulen kann auf diese neuen Entwicklungen flexibel reagieren, und diese Flexibilität muss konkret als Ziel definiert werden. Wir werden uns aber auch in Hinsicht, meine Damen und Herren, auf das Lohnniveau der Betreuten Gedanken machen müssen. Es kann ja nicht so sein, dass die Ausbildung nicht in das Lohnschema einbezogen wird. Um die Ausbildung für Pflegeberufe zu verbreiten, wäre es auch wichtig, Kooperationen mit Schulen, etwas AHS oder BHS einzugehen, um Module einer solchen Ausbildung möglichst weit zu streuen und so den Zugang zum Pflegeberuf zu ermöglichen. Es gibt bereits jetzt AHS in anderen Bundesländern, wo man in der 7. oder in der 8. Klasse die Heimhilfeausbildung abschließen und so in den Ferien hier auch unter anderem arbeiten kann. Und durch diese breite Streuung könnte auch das Wissen und die Fertigkeit in Bezug auf Pflege im privaten Bereich abrufbar sein. Meine Damen und Herren, klare Berufsbilder und klare Ausbildungsvorgaben zur Stärkung von Pflegeberufen sind eine wichtige Voraussetzung für das Gelingen unseres Systems für die soziale Sicherheit in der Steiermark. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP. – 16.26 Uhr.)

Präsident Purr: Eine weitere Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nicht vor. Meine Damen und Herren, ich komme zur Abstimmung. Wenn Sie dem Antrag der Berichterstatterin Ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen und stelle dazu die einstimmige Annahme fest.

Ich komme zu Punkt

21. Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1796/2, zum Beschluss Nr. 1468 des Steiermärkischen Landtages vom 22. Juni 2004 über den Antrag der Abgeordneten Mag. Zitz, Lechner-Sonnek und Hagenauer, betreffend Unterkünfte für Flüchtlinge in der Steiermark.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Mag. Edith Zitz. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Zitz (16.27 Uhr): Es liegt Ihnen eine Vorlage vor zum Antrag der Grünen. Bericht über die Grundversorgung für hilfs- und schutzbedürftige Fremde in der Steiermark – Unterkünfte für Flüchtlinge in der Steiermark.

Zu diesem Antrag wird einerseits berichtet, wie der Vollzug der Bund-Land-Vereinbarung im Allgemeinen aussieht. Der zweite Punkt ist die Kontrolle und Sicherstellung der Qualitätsstandards in den Flüchtlingsquartieren und drittens wird die Zusammenarbeit mit NGOs im Flüchtlingswesen infolge der neuen Rechtslage dargelegt.

Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Dieser Bericht wird zur Kenntnis genommen. (16.28 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung. Es liegt mir zum Tagesordnungspunkt 21 keine Wortmeldung vor, daher schreite ich zur Abstimmung.

Die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin ihre Zustimmung geben, ersuche ich nunmehr um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Wir kommen damit zum Tagesordnungspunkt

22. Bericht des Ausschusses für Gemeinden und Sicherheit über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1530/2, zum Beschluss Nr. 1278 des Steiermärkischen Landtages vom 4. Dezember 2003 über den Antrag der Abgeordneten Gross, Margarethe Gruber und Stöhrmann, betreffend Unfallversicherung für ehrenamtliche HelferInnen aller Hilfsorganisationen.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Siegfried Schrittwieser. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schrittwieser (16.29 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Jetzt habe ich den falschen Zettel mit. (Präsident Purr: „Wir befinden uns in einer Serie der Verwechslungen, glaube ich. Aber das kann doch nicht Absicht sein, Herr Abgeordneter!“)

Herr Präsident! Sollte uns nicht mehr passieren, geht es uns gut, nicht? (Präsident Purr: „Ich erwarte den Bericht, bitte!“)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluss Nr. 1278 des Steiermärkischen Landtages vom 4. Dezember 2003 über den Antrag der Abgeordneten Gross, Margarethe Gruber und Stöhrmann, betreffend Unfallversicherung für ehrenamtliche Helferinnen und Helfer aller Hilfsorganisationen.

In dieser Vorlage stellt die Steiermärkische Landesregierung zufolge ihres Beschlusses vom 20. Dezember 2004 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluss Nr. 1278 des Steiermärkischen Landtages vom 4. Dezember 2003 über den Antrag der Abgeordneten Gross, Margarethe Gruber und Stöhrmann, betreffend Unfallversicherung für ehrenamtliche Helferinnen und Helfer aller Hilfsorganisationen, wird zur Kenntnis genommen. (16.30 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung. Bei diesem Tagesordnungspunkt bestünde für die Mitglieder des Bundesrates auch ein Rederecht, aber ich habe keine Wortmeldung. Ich darf nun zur Abstimmung kommen.

Wenn Sie, meine Damen und Herren, dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Wir kommen damit zu Punkt

23. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über den Antrag, Einl.-Zahl 2159/1, der Abgeordneten Gangl, List, Bacher, Lafer, Ing. Ober und Tschernko, betreffend Mehrfachtherapeutisches Zentrum – Frühförderung von behinderten Kindern in der Maria-Theresia-Klinik in Bad Radkersburg.

Berichtersteller ist Herr Landtagsabgeordneter Anton Gangl. Ich bitte, den richtigen Bericht gleich zur Hand zu nehmen.

Abg. Gangl (16.31 Uhr): Ich berichte über den Antrag mit der Einl.-Zahl 2159/1 der Abgeordneten Gangl, Bacher, List, Lafer, Ing. Ober und Tschernko, betreffend Mehrfachtherapeutisches Zentrum – Frühförderung von behinderten Kindern in der Maria-Theresia-Klinik in Bad Radkersburg.

Die Frühförderung von Kindern mit zerebralen Defiziten ist ein wichtiges Anliegen. Bereits derzeit besteht an der REHA-Klinik Maria-Theresia in Bad Radkersburg die Möglichkeit, Kinder mit zerebralen Schäden zur Rehabilitation aufzunehmen, wodurch dort bereits große Erfahrungen in der Therapie dieser Kinder gesammelt werden konnten. Mit einer speziellen Frühförderung könnte man diesen Kindern noch bessere Chancen auf eine normale Entwicklung geben. Anschließend oder begleitende REHA-Maßnahmen könnten hierdurch reduziert werden, wodurch neben der sozialen und menschlichen Förderung zusätzlich ein ökonomischer Nutzen zu erzielen wäre.

Derzeit gibt es in der gesamten Steiermark keine derartige Frühförderungseinrichtung, weshalb die Betroffenen gezwungen sind, in andere Bundesländer auszuweichen.

Der Verein „LEHA“ bemüht sich bereits seit vier Jahren für eine derartige Einrichtung in der Steiermark und unterstützt daher den Standort Bad Radkersburg.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, mit der Kurklinik Maria-Theresia einen Leistungsvertrag zur Einrichtung eines Mehrfachtherapeutischen Frühförderungszentrums für Kinder mit zerebralen Defiziten in Bad Radkersburg abzuschließen. (16.32 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung. Erste Wortmeldung Herr Abgeordneter Gangl. Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort.

Abg. Gangl (16.32 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landesrat! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wie im Antrag schon ersichtlich und hörbar, haben wir in der Steiermark viele Familien und Betroffene mit behinderten Kindern, Kinder mit zerebralen Schäden. Und diese besuchen mehrmals jährlich Förderzentren in Oberösterreich, in Niederösterreich und Wien und sogar über die Staatsgrenzen hinaus. Wir haben in der Steiermark zirka 220 Familien, die betroffen sind und diesbezüglich besteht ein wirklicher Bedarf in unserem Bundesland.

Zum Therapiekonzept: Hier geht es um produktive Mehrfachtherapie. Das bedeutet eben ein intensives Training vorwiegend in Gruppen zur Förderung von Bewegung, Intelligenz, Sprache und Sozialverhalten mit dem Ziel, Eigeninitiative zu wecken, um Alltagsbedürfnisse zu bewältigen. Diese Förderung verbindet im

Besonderen Erkenntnisse aus der Physiotherapie, der Ergotherapie, Logopädie und auch der Sozialpädagogik. Und es gibt hier einen Verein, den Elternverein „LEHA“, der sich schon seit Jahren bemüht, hier eine Einrichtung in der Steiermark zu bekommen beziehungsweise zu integrieren. Die Etablierung eines Zentrums mit dreiwöchigen Blockaufenthalten zur Intensivtherapie für Gruppen mit je drei bis vier Kindern wäre von besonderem Vorteil.

Vielleicht vorab, welche Vorteile würde es noch geben? Es würde möglich sein, dass die Eltern ihr Berufsleben mit dem der Therapiemöglichkeiten und Fördermöglichkeiten kombinieren könnten, weil das vor Ort abgewickelt werden kann und die Eltern nicht Urlaub nehmen müssen, um in andere Bundesländer zu reisen. Es würden die finanziellen Ressourcen in der Steiermark bleiben. Es würde Arbeitsplatzbeschaffung bedeuten. Es wäre ein zeitgemäßes, kundenorientiertes Angebot und es wäre längerfristig durch die Therapie auch ein verminderter Pflegebedarf und vor allem auch ein Vorbeugen gegen Spätschäden gegeben.

Warum das heute im Landtag gelandet ist, das hat auch eine Geschichte und ich möchte ganz kurz auf diese Geschichte eingehen.

Das ist keine Geschichtsvorlesung, aber die Eltern bemühen sich, wie schon aus dem Antrag hervorgeht, bereits seit mehreren Jahren, ein derartiges Zentrum in der Steiermark zu etablieren. Es hat hier mehrere Kontakte mit Soziallandesrat Flecker gegeben und es ist einfach nichts weitergegangen. Auch ich selbst war beim Herrn Landesrat. Ich habe dadurch erst den Eindruck gehabt, dass er sich der Sache annimmt, aber es sind wieder Wochen vergangen und es ist nichts geschehen. Daher sah ich mich gezwungen, hier den Landtag mit einem Antrag zu konfrontieren. Ich möchte ganz einfach das Schreiben hernehmen, das dieser Verein an den Herrn Soziallandesrat geschickt hat, wo drinnen steht:

„Sehr geehrter Herr Landesrat Flecker! Seit unserem letzten Schreiben sind viereinhalb Monate vergangen und seit der Gründung unseres Vereines genau fünf Jahre. Von Ihrer Seite haben wir noch immer keine offizielle Stellungnahme bezüglich unseres Vorschlages, die Therapie – das war damals noch in Seiersberg – zu beginnen, bekommen. Wir wollen Ihnen mit diesem Vorschlag die Sache einfacher machen, nun machen wir Ihnen es noch einfacher. In den letzten Wochen hat sich eine neue Chance für uns ergeben, nämlich die der Maria-Theresia-Klinik in Bad Radkersburg. Um den Gedanken vorwegzunehmen, dass wir nicht wissen könnten, was wir wollen, viele von uns warten seit fünf Jahren auf die konduktive Mehrfachtherapie. Wir Eltern wissen, dass diese Therapie optimal für unsere Kinder ist. Daher fassen wir jede Gelegenheit, jeden Strohhalm, der uns dabei helfen könnte, die Therapie endlich hier in der Steiermark zu etablieren. Wir haben das Mosaik vorgeschlagen. Keine Antwort Ihrerseits. Wir haben SOFA Seiersberg vorgeschlagen, keine Antwort Ihrerseits. Wir haben Schloss Laubegg im Visier, keine Antwort Ihrerseits.“

Unser Vorstand wurde nun von der Geschäftsführung der Maria-Theresien-Klinik eingeladen. Wir sind durch die Räume des Hotels und des Zentrums geführt worden. Wir waren begeistert, wir sind so freundlich aufgenommen worden, wie wir es uns nur wünschen konnten. Und was auch hier gesagt werden muss, der Herr Primarius Kubek beziehungsweise die Geschäftsführung, die haben bereits eine Konduktorin angestellt, damit diesen Eltern-Kind-Bedürfnissen Rechnung getragen werden kann. Und was auch fix ist, man könnte dort sofort mit der Therapie beginnen und man könnte die Erfahrungen, die dort im Rehabbereich gesammelt worden sind und das, was mit der neuen Konduktorin an Wissen da ist, zusammenführen und es wäre dies die optimale Betreuung von solchen Kindern mit zerebralen Schäden. Und was noch wichtig ist, es würden für das Land Steiermark keine Investitionskosten entstehen, weil das vor Ort vorgenommen wird. Und ich zitiere weiter, ein zusätzlicher großer Pluspunkt wäre die Therme. Sie wäre die optimale Ergänzung zur ganzheitlichen Therapie. Wir haben dort nicht nur das Umfeld der Therme, weil die Therapie manchmal durchaus auch als eine Schmerztherapie bezeichnet werden kann und im Nachhinein nach den Dehnungsübungen warmes Wasser das ideale Medium ist für solche Kinder. Wir haben auch das optimale Umfeld für die Eltern, die in der Zwischenzeit sich im Thermenbereich aufhalten können oder wo es auch für die Übernachtungsmöglichkeiten optimale Voraussetzungen gibt. Und man könnte dort mit sofortigem Beginn zirka 30 Kinder in die Frühförderung aufnehmen. Sollte mehr Bedarf sein und wir wissen, dass mehr Bedarf in der Steiermark ist, ist dort ein Ausbau jederzeit möglich und das würde auch die Klinik übernehmen. Also auch weiterhin keine Kosten. Es wäre möglich, hier ein Zentrum für das südliche Burgenland, für Kärnten und für die Südoststeiermark oder auch den Großraum Graz zu schaffen. Und die Eltern schreiben: „Herr Landesrat, unterschreiben Sie bitten den Leistungskatalog, fünf Jahre Wartezeit sind genug. Sollte wider Erwartung eine baldigst mögliche Unterschrift nicht möglich sein, erbitten wir einen dringenden Termin persönlich bei Ihnen, um allfällige Fragen noch zu klären.“ Ich weiß mittlerweile, ich glaube, diesen Termin gibt es diese Woche. Wir haben auch einen Termin und ich hoffe, dass es nicht bei diesem Termin bleibt und bei weiteren Zusagen und Vertröstungen, sondern dass endlich dieser Leistungsvertrag von Ihnen, Herr Landesrat, für die betroffenen Eltern, für die betroffenen Kinder, für ein Zentrum, das wir in der Steiermark nicht haben, unterschrieben werden. Keine zusätzlichen Kosten, sondern nur Hilfe für Betroffene. In diesem Sinne bitte ich um Ihre Unterschrift. (Beifall bei der ÖVP. – 16.39 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Dr. Flecker. Herr Landesrat, bitte.

Landesrat Dr. Flecker: Herr Präsident, meine Damen und Herren, Herr Abgeordneter Gangl!

Ich schätze Ihre grimmige Entschlossenheit und das hat auch dazu geführt, dass Sie, glaube ich, übermorgen mit mir einen Termin haben, der sich allerdings erübrigt. Ich erzähle Ihnen jetzt alles, dann brauchen wir uns nicht extra treffen, aber es wird für alle Damen und Herren von Interesse sein.

Zum Grundsätzlichen, wir haben etwa 600 Kinder, die in der Steiermark betroffen sind. Wir haben dem Grunde nach in etwa 50 Kinder, die sich nach Oberösterreich, nach Waldhausen, wo ein derartiges Zentrum ist, begeben. Das ist etwas wenig im Vergleich zu dem von uns geschätzten Bedürfnis von in etwa 250 Familien, die eine derartige Einrichtung regelmäßig nutzen würden. Die Maria-Theresien-Klinik hat sich im Dezember das erste Mal schriftlich an mich gewandt. Es laufen die Verhandlungen, wie immer, Herr Kollege, über den Tagsatz. Der Tagsatz wird zwischen 185 und 195 Euro liegen. Das ist ein gewisser Verhandlungsspielraum, den ich tatsächlich noch ausreizen will und wir werden auch zu einem Ergebnis kommen. Die Maria-Theresien-Klinik wird in etwa eine Kapazität für 40 Familien bringen. Es gibt dann weiter einen zweiten Elternverein im Bezirk Liezen, der sich ebenso um eine derartige Einrichtung bemüht. Wir versuchen zurzeit durch Verhandlungen mit einer ähnlichen Einrichtung wie in Radkersburg auch über eine Vertragslösung eine Möglichkeit für den Norden der Steiermark zu finden, aber beides, und auf das komme ich jetzt zu sprechen, auf das Wesentliche, beides ersetzt nicht den Plan, ein eigenes Zentrum, Mehrfachtherapiezentrum in der Steiermark zu errichten. Das ist für uns geplant in der Nähe von Graz auf Grund der Entfernungen und die beiden dislozierten Stellen, einerseits Radkersburg, andererseits, hoffe ich, im Bezirk Liezen, werden dortige Bedürfnisse abdecken. Ich habe nicht die Absicht und das sage ich auch aus geografischen Gründen und nichts anderes verleitet mich dazu, ich halte es für wenig sinnvoll, für Burgenland und Kärnten ein Zentrum in Radkersburg zu machen, sondern entschieße mich eher für einen Leistungsvertrag für Radkersburg, das den örtlichen Bedarf, den regionalen Bedarf abdeckt. Für den Leistungsvertrag, hoffentlich einen Leistungsvertrag mit Liezen, und die Errichtung eines Zentrums in Graz, in der Nähe von Graz, wo wir bereits seit langem mit Mosaik, die ja bereits jetzt Ähnliches wie Radkersburg anbieten, mit Mosaik in Verhandlungen sind. Es fehlt noch ein genauer Finanzierungsplan, weil Sie ja daran denken müssen, dass wir hier entsprechende Gebäude errichten müssen und wir wissen noch nicht, ob wir das über Baurechtsverträge oder Ähnliches machen. Dass wir natürlich als Politiker es schwer haben auf jeden Vorschlag eines Elternvereins zu reagieren; stellen Sie sich vor, die Frau Kollegin Edlinger würde bei jedem Vorschlag eines Elternvereins sofort reagieren und jedes Projekt extra neu anfangen, dann würde sie sich wahrscheinlich damit auslasten in ihrer Arbeit. Das heißt, wir gehen die Sache dem Grunde nach aus unserer sozialen Perspektive an und haben diese Perspektive im Auge und die Schreiben des Elternvereins sind zwar lieb und nett und die Vorschläge sind lieb und nett, für mich ist entscheidend, was die Maria-Theresien-Klinik zu bieten hat und uns tatsächlich angeboten hat. Ich denke, dass wir nun bis Mitte April, Ende April zu einem Leistungsvertrag mit der Maria-Theresien-Klinik kommen, dass wir eine Übersicht über die Kosten und die Finanzierbarkeit eines Therapiezentrums in der Nähe von Graz bis Mitte, Ende dieses Jahres haben. Wenn wir dort etwas machen, wird es ohnehin nicht gehen, ohne den Landtag damit zu befassen und wir hoffen, dass wir in Liezen einen Partner für einen ebensolchen Leistungsvertrag finden, wie das in Radkersburg der Fall sein wird. Jedenfalls werden wir auch eines jener Bundesländer sein, zumindest ist das mein Ziel, dass die Steiermark ein derartiges Leistungszentrum, grundsätzlich, das sich ausschließlich mit diesem Klientel befasst, errichten wird, so dass ein Auspendeln nach Oberösterreich, und das ist das eigentliche Therapiezentrum, das zurzeit am meisten angesprochen wird, sich erübrigt.

In diesem Sinne hoffe ich Sie entsprechend informiert zu haben, erübrigt sich der Termin, wo ich Ihnen das persönlich auch noch erklären wollte und der Elternverein ist bereits von mir verständigt.

Danke auch für Ihre Mithilfe. (Beifall bei der SPÖ. – 16.46 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren, eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor. Somit schreite ich zur Abstimmung zum Tagesordnungspunkt 23.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Die Tagesordnung scheint erschöpft. Ich darf Ihnen meinerseits schon jetzt ein frohes Osterfest wünschen. Die nächste Sitzung des Landtages wird auf schriftlichem Wege einberufen.

Die Sitzung ist beendet. (Ende der Sitzung: 16.46 Uhr.)